



DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die sandinistische Revolution in Nicaragua im Spiegel der
entwicklungspolitischen Presse in Österreich – eine
Diskursanalyse

Verfasser

Alexander Stoff

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im September 2007

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 312 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Geschichte

Betreuerin: Univ.-Prof. Dr. Martina Kaller-Dietrich

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite 1
1. Erkenntnisinteresse	3
2. Forschungsstand	8
2.a. Zum Begriff Solidarität	8
2.a.1. Ursprung des Begriffes	8
2.a.2. Solidarität und Brüderlichkeit	9
2.a.3. Der Sozialstaat	12
2.b. Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in Österreich	13
2.b.1. Die Zeit vor dem Sturz Somozas	13
2.b.2. Der Wiederaufbau	16
2.b.3. Contrakrieg	18
3. Zur Methode	21
3.a. Diskurstheorie und Diskursanalyse	21
4. Institutionen und Personen	27
4.a. Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)	27
4.b. Die Agencia Periodística de Información Alternativa (APIA)	30
4.c. Die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)	31
4.d. AutorInnen-Portraits	32
5. Diskursanalyse der Entwicklungspolitischen Nachrichten	39
5.a. Die Entwicklungspolitischen Nachrichten (EPN)	39
5.a.1. Struktur	40
5.a.2. Inhalte	43
5.a.3. Selbstverständnis	46
5.a.4. Nicaragua	47
5.b. Feinanalyse ausgewählter Artikel	51
5.c. Schlussfolgerungen aus der Artikel-Feinanalyse	92
5.c.1. Partizipation und Demokratie	94
5.c.2. Politische Legitimität	95
5.c.3. Politisches Bewusstsein	96
5.c.4. Ökonomie und soziale Reformen	96
5.c.5. US-Außenpolitik	97
5.c.6. Zentralamerikanischer Friedensprozess	98

6. Zusammenfassung	99
7. Forschungsausblick	101
Literaturverzeichnis	103
Summary und Zusammenfassung	107

Vorwort

Die auf der folgenden Seite abgebildeten Buttons stellen verschiedene Motive dar, die von der österreichischen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua verwendet wurden. Das erste Motiv fordert zur Solidarität mit Nicaragua auf. Das zweite Motiv „No pasaran“ bezieht sich auf den Krieg gegen die Contras. Das dritte Motiv schliesslich trägt den Namen eines Projektes der Solidaritätsbewegung, nämlich „Ein Dorf für Nicaragua“. Ich bedanke mich bei meiner Mutter, die mir das Foto mit den Buttons zur Verfügung gestellt hat.



1. ERKENNTNISINTERESSE

Die 1970er Jahre waren eine Zeit des gesellschaftlichen Aufbruchs. Der Kapitalismus war in eine Krise geraten und an vielen Orten der Welt kam es zu politischen und sozialen Auseinandersetzungen, die die Legitimität des marktwirtschaftlichen Systems herausforderten. Vor allem in den Peripherien des kapitalistischen Weltsystems, in Afrika, Asien und Lateinamerika, wurden Wege gesucht, aus den hegemonialen Strukturen der Abhängigkeit vom Weltmarkt auszubrechen und alternative Formationen der Vergesellschaftung zu erproben. In der offiziellen Entwicklungspolitik „dominierten in den 70er Jahren Verteilungskonzepte, Grundbedürfnisstrategien und Programme zur Förderung landwirtschaftlicher Entwicklung“ (Höll 1992: 691). In den Institutionen der Vereinten Nationen wurden Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung laut (Hierlmeier 2002: 87).

Stellvertretend für die Versuche der Abkoppelung vom Weltmarkt steht für mich der Versuch einer breiten Parteienkoalition in Chile, der *Unidad Popular* (Volkseinheit), einen durch demokratische Wahlen abgesicherten Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Auch der Ausgang dieses Projektes, der gewaltsame Sturz der Regierung der *Unidad Popular* 1973 durch das Militär mit Unterstützung der US-Regierung und die anschließende Etablierung einer marktwirtschaftlichen Diktatur, findet ein paralleles Muster in anderen Ländern, die aus der Abhängigkeit auszubrechen versuchten oder in denen die sozialen Kämpfe sich verschärften.

Doch der gesellschaftliche Aufbruch fand auch in den kapitalistischen Zentren statt. So machten die StudentInnenbewegung von 1968 und die vehementen Fabrikskämpfe in Ländern wie Italien und Frankreich Ende der 1960er Jahre deutlich, dass die kapitalistischen Strukturen auch in Europa und den USA in eine politische Krise geraten waren.

Es gab dabei eine Bezugnahme der AkteurInnen der StudentInnenbewegung auf antikoloniale Befreiungsbewegungen und die sozialen und politischen Auseinandersetzungen in den Peripherien. So gingen Studierende in den europäischen Städten gegen die Diktatur des Schah in Iran sowie gegen die Ermordung des kongolesischen Unabhängigkeitskämpfers Patrice Lumumba auf die Strasse. Einen zentralen Kristallisationspunkt dieser Herstellung eines internationalen Kontextes durch die StudentInnenbewegung stellte ab Mitte der 1960er Jahre der Krieg in Vietnam dar. Auf

dem internationalen Vietnam-Kongress in Westberlin Mitte Februar 1968 bezeichnete der studentische Aktivist Rudi Dutschke die „Globalisierung der revolutionären Kräfte“ (zit.n. Balsen/Rössel 1986: 192) als die wichtigste Aufgabe seiner Zeit. Gleichzeitig plädierte Dutschke für das Ansetzen an den Widersprüchen in der eigenen Gesellschaft: „Die wirkliche revolutionäre Solidarität mit der vietnamesischen Revolution besteht in der aktuellen Schwächung und der prozessualen Umwälzung der Zentren des Imperialismus“ (zit.n. Balsen/Rössel 1986: 197).

Auch die Wirkung des Militärputsches in Chile ging über die Grenzen des Landes hinaus. Überall auf der Welt bewirkte dieses Ereignis eine die Parteigrenzen überschreitende Welle der Solidarisierung mit den verfolgten Oppositionellen und den Werktätigen Chiles. Anders als heute konnten politische Flüchtlinge damals noch mit der Gewährung von Asyl in den europäischen Staaten rechnen.

Insbesondere in der politischen Linken lieferte der Putsch den Anlass zu intensiver Beschäftigung mit den Ereignissen in Chile vor und nach dem 11. September 1973.

Bedeutete der Putsch in Chile aus der Sicht der europäischen Linken und progressiver Teile des Christentums noch die Enttäuschung der Hoffnungen auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus in den Peripherien des Weltsystems, so führte die sandinistische Revolution in Nicaragua ab Juli 1979 zu einem erneuten Aufkeimen der Hoffnungen auf sozioökonomische und politische Umwälzungen in der „Dritten Welt“. „Während in Südamerika von Chile bis Brasilien, von Argentinien bis Peru rechte Militärregimes keine Aussichten auf demokratische Veränderungen eröffneten, war in Nicaragua eine Guerilla im Anmarsch, die zum ersten Mal seit der „Bewegung des 26.Juli“ in Kuba Erfolgsaussichten zu haben schien“ (Balsen/Rössel 1986: 403). In der damaligen BRD wechselten zahlreiche AktivistInnen aus den sich in einer Krise befindenden Chile-Solidaritätsgruppen ihren Fokus auf den gesamten lateinamerikanischen Kontinent (Bahlsen/Rössel 1986: 394). Beispielhaft dargestellt ist diese Veränderung an der 1977 erfolgten Umbenennung der 1973 gegründeten Zeitschrift „Chile-Nachrichten“ in die bis heute bestehenden „Lateinamerika-Nachrichten“ (Kranz 2003: 34).

Doch hatte sich das gesellschaftliche Klima gegenüber den 1960er und 70er Jahren geändert. „Die Anteilnahme galt Menschen, Völkern und Staaten, die sich gegen die Imperative der Moderne wehrten und für sich scheinbar oder tatsächlich in Anspruch nahmen, einen eigenen, anderen Entwicklungsweg einzuschlagen. Statt um Angriff auf die Totalität des Systems ging es nun um Verteidigung dieser Refugien. Dieser strukturell defensive Charakter prägte die Dritte-Welt-

Bewegung [...] in den 80er Jahren“ (Hierlmeier 2002: 88).

Gegen Ende des jahrzehntelangen Befreiungskampfes der SandinistInnen gegen die Diktatur Somozas formierte sich in europäischen Ländern und in den USA eine Solidaritätsbewegung, welche politische und materielle Unterstützungsarbeit für die SandinistInnen leistete. Besonders in Phasen der Bedrohung der Revolution – durch den Contrakrieg und eine befürchtete US-Intervention – wurden zahlreiche Menschen motiviert, der Bevölkerung in Nicaragua zur Seite zu stehen. Dies geschah durch Spenden, Projektarbeit oder direkte Beteiligung am revolutionären Prozess im Rahmen der Brigadenbewegung (Erntehilfe u.a.). Für die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung stellt Rosemarie Karges fest, dass sich dabei ein Widerspruch zwischen politischem Anspruch und humanitärer Hilfspraxis ergab. Die Verwirklichung von Entwicklungsprojekten stand dem Anspruch gegenüber, gar keine humanitäre Hilfe – also „Entwicklungshilfe“ – sondern politisch verstandene Unterstützung für den revolutionären Prozess in Nicaragua leisten zu wollen (Karges 1995: 20).

In Österreich entstanden die ersten Ansätze einer Solidaritätsbewegung 1978, unter dem Eindruck der anhaltenden Repression gegen die sich erhebende Bevölkerung Nicaraguas. Insbesondere die Situation der in den Nachbarländern Costa Rica und Honduras niedergelassenen Flüchtlinge gab den Impuls für österreichische ÄrztInnen, sich mit der Lage in dem zentralamerikanischen Land zu beschäftigen. Der Bericht der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin führte zur Gründung des *Österreichischen Solidaritätskomitees mit Nicaragua ÖSKN*, einem breiten Bündnis verschiedener Interessensgruppen (Franz 2006: 241).

Anders als bei vergangenen Solidaritätsbewegungen verstärkte sich die Unterstützung nach dem Sieg der SandinistInnen gegen das Somoza-Regime (Franz 2006: 249). Auch in der BRD endete die Solidarität nicht, wie in anderen Fällen (zB Algerien oder Vietnam), mit der Machtübernahme durch die Befreiungsbewegung (Balsen/Rössel 1986: 413; Karges 1995: 50). Balsen/Rössel schreiben diese lang anhaltende Konjunktur der Solidarität mit Nicaragua dem offenen Umgang mit Kritik und Zweifeln innerhalb der Bewegung zu (Balsen/Rössel 1986: 416).

Die Solidaritätsbewegung kann charakterisiert werden als „eine breite soziale Bewegung, die von politisch, religiös oder humanitär motivierten Minderheiten bestimmt wurde [...] Ihre Auswirkung lag im Bereich der Erziehung, des Bewusstseinstrainings und in der Erzeugung eines Gefühls von Solidarität in der österreichischen Öffentlichkeit“ (Franz 2006: 253, Übers.d.A.).

Den Spuren dieser Bewegung in Österreich nachzugehen soll im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen. Dabei liegt der Schwerpunkt meines Interesses auf dem Diskurs, den die österreichische Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in ihren Medien prägte. Anhand der inhaltlichen Auseinandersetzung in den *Entwicklungspolitischen Nachrichten EPN* soll aus heutiger Sicht herausgearbeitet werden, welche Themen und Ereignisse im Zeitraum von 1979 bis 1990 Eingang in den Diskurs der Bewegung fanden und warum. Es dreht sich also um den spezifischen Blick der Solidaritätsbewegung auf die Ereignisse und die Handelnden in Nicaragua, wie er sich in einem ihrer Medien widerspiegelt und um das diesem Blick zugrunde liegende Verhältnis zwischen der Bewegung und den Betroffenen ihrer Solidarität.

Ich möchte der Frage nachgehen, ob die Revolution in Nicaragua einen internationalistischen Diskurs in der österreichischen „Dritte Welt“-Bewegung auslöste und wodurch dieser gekennzeichnet war. Wo lagen dabei die Kontinuitäten und Brüche? Welche politischen oder anderen Ziele wurden mit diesem Diskurs verfolgt? In diesem Kontext ist zu fragen, ob es primär die Ereignisse in Nicaragua waren oder vielmehr die politischen Verhältnisse in Österreich selbst, die einen solchen Diskurs beeinflusst haben. Es stellt sich die Frage, in welcher Beziehung der Diskurs der aus Nichtregierungsorganisationen (NGO) zusammengesetzten Solidaritätsbewegung zur offiziellen Entwicklungspolitik des österreichischen Staates stand. Bestand hier eine Konvergenz oder gab es Konflikte?

Die zeitliche Eingrenzung ergibt sich daraus, dass die sandinistische Revolution im Juli 1979 ihren Anfang nahm. 1990 ist schließlich das Jahr, in dem die SandinistInnen – nach 10 Jahren Kontraktkrieg und aggressiver Aussenpolitik der US-Regierung von Ronald Reagan – dennoch für viele überraschend eine Niederlage bei den Wahlen einstecken mussten. Ferner ist festzuhalten, dass die *EPN* als solche nur im Zeitraum von 1979-90 existiert haben.

Die *EPN* waren bis 1990 (ab diesem Zeitpunkt *Südwind-Magazin*) das Periodikum des *Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik ÖIE* (heute *Verein Südwind*). Zu den vorrangigen Aufgaben des 1979 gegründeten *ÖIE* (<http://www.oneworld.at/suedwind.agentur/oeie.htm>) zählte die öffentliche Bewusstmachung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozessen in den Ländern der „Dritten Welt“ und deren Verhältnis zu den Strukturen des internationalen Systems. „Die Gründung des *ÖIE* war der institutionelle Ausdruck dafür, dass Entwicklungspolitik im eigenen Land beginnen muss“ (<http://www.oneworld.at/swagentur/detail.asp?showmenu=yes&fr=&b=50&ID=5190>).

Die *EPN* sind eine relevante Zeitschrift der österreichischen „Dritte Welt“-Bewegung, in der sich die Diskussionen dieser Bewegung widerspiegeln.

Mein persönlicher Bezug zu diesem Thema liegt einmal darin begründet, dass ich durch meine Familie mit internationalen Themen konfrontiert wurde, indem ich zu Ausstellungen, kulturellen Veranstaltungen und auf Demonstrationen mitgenommen wurde.

Im Verlauf meines Studiums habe ich außerdem ein besonderes Interesse für die Geschichte Lateinamerikas entwickelt. Schließlich möchte ich mit dieser Arbeit einen Beitrag zur Internationalismus-Debatte leisten.

2. FORSCHUNGSSTAND

In diesem Kapitel soll es zunächst darum gehen, eine Einführung in die bestehende Literatur zu geben. Es soll dem Begriff der Solidarität nachgegangen werden, sowohl seine begrifflichen Ursprünge wie auch seine verschiedenen, historischen Anwendungsformen. Daran anschließend soll die Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in Österreich im Mittelpunkt des Interesses stehen. Ihr Charakter und ihre geschichtliche Entwicklung sollen dargestellt werden.

2.a. Zum Begriff Solidarität

2.a.1. Ursprung des Begriffes

Der Begriff „Solidarität“ lässt sich auf das französische Wort „solidarité“ zurückführen, welches wiederum vom lateinischen Adjektiv „solidus“ hergeleitet wird, was „dicht“ oder „fest“ bedeutet. In der Sprache des römischen Rechts steht der „solidus“ für ein Mitglied einer Bürgergemeinschaft, in welcher der einzelne für die Gemeinschaft sowie in gleicher Weise die Gemeinschaft für den einzelnen bürgt, nach dem Motto „Einer für alle – alle für einen“ (Bayertz 1998: 11; [http://egora.uni-muenster.de/fb2/ics/\(Solidarit_344t_-_Modulforum_-_Begriff,_Geschichte,_Differenzierungen\).pdf](http://egora.uni-muenster.de/fb2/ics/(Solidarit_344t_-_Modulforum_-_Begriff,_Geschichte,_Differenzierungen).pdf), Seite 1). „Die Grundvorstellung politischer Solidarität wurzelt in neuzeitlichem Rechtsdenken: „Solidarhaftung“ war eine kollektive Haftungsform, eigentlich aber die Haftung jedes einzelnen für eine Gesamtschuld. Bei Zahlung durch einen Schuldner erlosch die Schuld auch für alle übrigen. Diese rechtlich fundierte Idee des Solidarischen wurde später zunehmend politisiert [...] und in den wichtigen politischen Innovationen des 19. Jahrhunderts verwertet [...]“, nämlich namentlich in den Gewerkschaften und Sozialversicherungen (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>). Kurt Bayertz weist darauf hin, dass mit der Transformation des Solidaritätsgedankens von der Sprache des Schuldrechts hin zu einem verallgemeinerten Verständnis von Solidarität auch die Übertragung auf die Gebiete der Politik, Gesellschaft und Moral einherging. Solidarität machte einen Bedeutungswandel durch und bezeichnete nun eine wechselseitige moralische Verpflichtung zwischen Individuum und Gemeinschaft (Bayertz 1998: 11).

Den Ausgang einer Politisierung des ursprünglichen Rechtsgedankens nahm Solidarität während der

Französischen Revolution, wobei damals auch der Begriff der „Brüderlichkeit“ eine Rolle spielte. Karl M. Metz meint dazu: „Nach Ausbruch der Großen Revolution politisiert sich der Gedanke wechselseitiger Haftung zum eigentlichen Begriff der >solidarité<, der in der Umgangssprache häufig für den der >fraternité< verwandt wird“ (Metz 1998: 172).

Eva Kreisky definiert Solidarität aus einer geschlechterkritischen Perspektive als einen Begriff, der darauf abziele, „ethische Verpflichtungen gegenüber Benachteiligten zu benennen wie auch gemeinsame Interessen politisch zu manifestieren“. Durch Bildung von sozialer Macht opponiere Solidarität gegen Auswirkungen ökonomischer oder politischer Macht. Dabei können Machtpositionen in Zweifel gezogen oder überhaupt die Emanzipation von Macht bewirkt werden (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>). Solidarität kann sich dabei aus Gemeinsamkeiten herleiten, aber auch auf eine als fremd wahrgenommene Aussengruppe beziehen.

„Der Ruf nach Solidarität kann das Engagement für gemeinsame Interessen und den festen Bund unter Gleichen ebenso fordern wie die aktive Parteinahme für ausdrücklich als Andere Wahrgenommene, Fremde. [...] Die Frage nach Solidarität stellt [...] unmittelbar auch die nach Differenz und Identität und in aller Regel auch die nach Abgrenzung“ (Kößler/Melber 2002: 12). Im Gegensatz zur „privaten“, gefühlsmässigen Nächstenliebe ist Solidarität in öffentlich-politischen Räumen verortet und erscheint als vernunftmässig hergestellt. Ein Unterschied findet sich weiters in ihrer Reichweite, denn Solidarität bezieht sich auf depersonalisierte, abstrakte Vorstellungen wie etwa Klasse oder Nationalstaat, während Nächstenliebe und Karitativität auf konkrete Menschen ausgerichtet sind. Kreisky weist auch darauf hin, dass beide Konzepte eindeutig „mit einseitig vergeschlechtlichten Lebensräumen korrespondieren“ (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>).

Solidarität steht in enger Verbindung mit dem Begriff der Brüderlichkeit. „Brüderlichkeit als Solidarkategorie“ wurzelt in einem vor-staatlichen und vor-bürgerlichen, obendrein auch christlich fundierten Gemeinschaftsverständnis, das sich der individualisierenden und rivalisierenden Fortschrittsdynamik des Bürgertums widersetzt“ (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>).

2.a.2. Solidarität und Brüderlichkeit

Während der Französischen Revolution diente Brüderlichkeit als Klammer für die Forderungen nach Freiheit und Gleichheit, die politische „Kategorien der Individualisierung“ waren (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>). Der ebenfalls verwendete Begriff der

Solidarität wurde dabei auf die Armut bezogen. Solidarität „bezeichnet [...] eine neue Position, die das überkommene gesellschaftliche Begriffsfeld der Armut und der Armenhilfe [...] tiefgreifend verändern mußte. Denn Solidarität ließ sich als Zusammenhalt unter Gleichen, also in der Horizontalen, begreifen, während die bisherigen Leitbegriffe hierarchisch-vertikal verfaßt waren“ (Metz 1998: 173). Zu diesen bis dahin den Diskurs über Armut bestimmenden Begriffen zählt Karl M. Metz die „charité“ (Barmherzigkeit), „mendicité“ („Bettelei“) sowie „philanthropie“ (Menschenliebe). „Wo die Arbeit das Leben nicht mehr zu erhalten vermochte, entstand die Hilfesuchende Armut, die auf lange Zeit hin im Spannungsfeld von >charité< und >mendicité<, von kirchlicher Wohltätigkeit und staatlicher Bettlerrepression wahrgenommen wurde“ (Metz 1998: 173). Die durch den christlichen Glauben aufgeladene Barmherzigkeit drückte sich institutionell in den Klöstern, Spitälern und Stiftungen aus und war ein Akt der Gnade, der zugleich die Anerkennung der sozialen Hierarchie verlangte. Der Staat wirkte seit dem späten Mittelalter gegenüber den Armen rein repressiv, was sich etwa in einer entsprechenden Gesetzgebung widerspiegelte. Die Philanthropie schliesslich war „eine im kritischen, antiklerikalen Geist der Aufklärung entworfene Form tätiger Menschenfreundlichkeit. Der Mensch wurde selbst zur wertgebenden Bezugsgröße, ihn allein meinte die Hilfe“ (Metz 1998: 173 f). Das Streben nach Glück wurde als Wesen der Individualität begriffen, weshalb für die Armenhilfe das Ziel der Selbsthilfe formuliert wurde. Die Philanthropie bereitete das Feld für die Brüderlichkeit/Solidarität der Französischen Revolution, dennoch stellte der Solidaritätsbegriff etwas Neues dar. So brachte die Französische Revolution eine Überwindung der alten Konzeptionen von Armenhilfe mit sich – die Hilfe für die Armen wurde nämlich zum Bürger- und Menschenrecht erklärt. Das fand bereits im September 1790 seinen Ausdruck in der Zusicherung staatlich subventionierter Mindestlöhne und einer staatlichen Subsistenzgarantie im Falle von Arbeitsunfähigkeit. Der Höhepunkt war dann die explizite Zuerkennung eines Bürgerrechtes auf Unterhalt für alle hilfsbedürftigen Franzosen im März 1793. „Mit der durch die Philanthropie geistig vorbereiteten, in der Revolution dann vollzogenen Zerstörung der christlichen Caritas, in ihrer Verbindung mit Freiheit und Gleichheit, gewann die Vorstellung der Brüderlichkeit eine vollkommen neue Bedeutungsrichtung. Sie wurde zum politisch einforderbaren Anspruch, der die rechtliche Gleichheit verinhaltlichte“ (Metz 1998: 174). Die enge Verwandtschaft der beiden Begriffe Solidarität und Brüderlichkeit ist zwar offensichtlich, dennoch fand die Solidarität im Gegensatz zur Brüderlichkeit noch nicht Eingang in den politischen Sprachgebrauch. Karl M. Metz führt das darauf zurück, dass die „revolutionäre Umwälzung der alten Armenhilfe in ein neues Unterstützungsrecht zum Fiasko geriet“ (Metz 1998: 175), denn der französische Staat kehrte bereits 1794 wieder zum Prinzip der gelegentlichen, wohlthätigen Unterstützung ohne Rechtsanspruch zurück. Was sich dennoch durchgesetzt hatte, war

immerhin die weltanschauliche Überwindung der Ausgrenzung der Armen, denn ideologisch wurde nun jeder (männliche) Franzose, unabhängig von der Klassenlage, als Mitglied der politischen Gemeinschaft anerkannt (Metz 1998: 175).

Erst um 1840 erfuhr der Solidaritätsbegriff eine politisch richtungsgebende Bedeutung durch Schüler der französischen Sozialutopisten Charles Fourier und Henri Saint-Simon. „Mit dem Solidaritätsbegriff wurde jene sozialpolitische Radikalisierung markiert, die die christliche Forderung nach Wohltätigkeit und Barmherzigkeit weiterentwickeln wollte“

(<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>). Pierre Leroux, ein Schüler von Saint-Simon, griff die revolutionäre Verknüpfung des Solidaritätsbegriffes mit der Brüderlichkeit wieder auf und machte den Gedanken für den Sozialismus fruchtbar. Leroux kehrte wieder zur Vorstellung eines Rechtsanspruches auf Sicherung der materiellen Existenz zurück und stellte diesen der Wohltätigkeit entgegen. Für Leroux bildete dieses Recht die Basis für eine neue Form der Vergesellschaftung, die er „sozialistisch“ nannte (Metz 1998: 176). Von Anfang an waren die Vorstellungen der FrühsozialistInnen dabei auf den Staat bezogen. Das hängt damit zusammen, dass als dritte Form der sozialen Hilfe in Frankreich, neben der kommunalen Armenpflege und der freien Wohltätigkeit, sich diejenige etablierte, in deren Mittelpunkt der Staat und das Versicherungsprinzip standen (Metz 1998: 177 f).

Starke Impulse bekam das Konzept der Solidarität schliesslich durch das Denken der FrühsozialistInnen und ProtagonistInnen der Revolution von 1848. Louis Blanc empfahl den ArbeiterInnen, mit staatlichen Krediten Assoziationen zu schaffen. Pierre Proudhon plädierte für alternative Formen von Vergesellschaftung, konkret für ein „mutualistisches“ Wirtschaftssystem, welches auf Gegenseitigkeit der Leistungen beruhen sollte (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>).

Der Solidarismus schliesslich stellte eine Sozialphilosophie in Frankreich dar, aus der im 20. Jahrhundert der Gedanke des Wohlfahrtsstaates abgeleitet werden sollte. Dem Solidarismus lag eine Vorstellung von Solidarität zugrunde, die sozialreformerisch wirken sollte – seinen praktischen Ausdruck fand dies in zahlreichen Sozialgesetzen Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts. Theoretiker wie Léon Bourgeois und Emile Durkheim stehen für die Ideen des Solidarismus (Metz 1998: 178). In diesem Verständnis von Solidarität wurde ein Zusammenhang hergestellt zu sozialreformerischen und genossenschaftlichen Bestrebungen in Frankreich, welche von den Theoretikern des Solidarismus als systemimmanente Alternative zu Sozialismus und Revolution angesehen wurden (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>).

Emile Durkheim etablierte die Solidarität als einen Grundbegriff der Soziologie. Durkheim grenzte die „organische Solidarität“ in modernen, differenzierten Gesellschaften, welche in sozialer

Arbeitsteilung und Ungleichheit der Individuen begründet sei, von der „mechanischen Solidarität“ in vorindustriellen Gesellschaften ab, die auf Ähnlichkeit oder Gleichheit der Bewusstseinszustände beruhe und nur durch äusseren Zwang herstellbar sei (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>). Für Durkheim „verläuft die Entwicklung von einer im Kollektivhandeln wie mechanisch geübten Solidarität zu einer bewußt angenommenen Solidarität als moralischer Anerkennung der wechselseitigen Abhängigkeit der Individuen in einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft“ (Metz 1998: 179).

2.a.3. Der Sozialstaat

Eine Form, in der sich Solidarität in Bezug auf den Staat ausdrücken kann, ist das Konzept des Sozialstaates. Es handelt sich dabei um eine abstrakte Form von Solidarität, die nicht direkt zwischen den Individuen, sondern vermittelt durch staatliche Bürokratien hergestellt wird. Solidarität nimmt hier die Form von institutioneller und durch Verrechtlichung garantierte Unterstützung und Hilfe für sozial Marginalisierte und abhängig Beschäftigte an (Kranken- und Gesundheitsversorgung, sozialer Wohnbau). Kurt Bayertz schreibt dazu: „Charakteristisch für den Sozialstaat ist nicht, daß in ihm *moralische* Ideale oder Pflichten zur Unterstützung Bedürftiger bestehen; charakteristisch ist vielmehr die Verrechtlichung und Institutionalisierung der Unterstützung“ (Bayertz 1998: 37; Kursivsetzung im Original). Sozialstaatliche Massnahmen sind das Ergebnis eines Klassenkompromisses. „Politisches Ringen um staatliche Sozialgesetzgebung steht in gewissem Zusammenhang mit voranschreitender Demokratisierung, es entspringt aber auch einem bloßen Bedürfnis nach politischer Abwehr zufälliger christlicher Mildtätigkeiten. Als Ergebnis stand schließlich die paradigmatische Wende vom Grundsatz unverbindlicher Freiwilligkeit zu politisch und rechtlich einforderbaren Ansprüchen“ (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>). Wobei anzumerken ist, dass Sozialgesetzgebung durchaus auch eine herrschaftsstabilisierende Funktion haben kann, welche im Widerspruch zur Demokratisierung steht. Das zeigen etwa die Sozialgesetze, die von Bismarck verabschiedet wurden, um die ArbeiterInnenbewegung „ruhigzustellen“. (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>) Eva Kreisky unterstreicht ferner, dass der Sozialstaat von Beginn an einen grundlegenden Konstruktionsfehler hatte, da er Frauen von den Früchten der Sozialgesetzgebung ausschloss: „So ist der Sozialstaat von seiner baulichen Anlage her zweifelsohne ein Kompromiß zwischen Männern und für Männer“ (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html>).

2.b. Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in Österreich

Im folgenden soll den Spuren der österreichischen Solidaritätsbewegung mit dem sandinistischen Nicaragua nachgegangen werden. Es soll damit ein Überblick gegeben werden, was gemeint ist, wenn von der Solidaritätsbewegung die Rede ist. Ein Verständnis dieser Bewegung ist unerlässlich, um die aus der nachfolgenden Diskursanalyse gewonnenen Erkenntnisse einordnen zu können. Um den Diskurs der Solidaritätsbewegung zu erfassen, ist es wichtig, erst die zugrundeliegenden sozialen Strukturen offenzulegen und die Institutionen historisch darzustellen, in welchen dieser Diskurs stattfindet.

Unter Solidaritätsbewegung verstehe ich zunächst eine soziale Bewegung, die sich ausserhalb von staatlichen Strukturen und Institutionen abspielt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es keine Beziehung zwischen Staat und sozialer Bewegung gibt – im Gegenteil: dass dieses Verhältnis gerade im Falle der österreichischen Nicaragua-Solidaritätsbewegung besonders stark ausgeprägt war, soll im Laufe dieses Abschnittes noch gezeigt werden. Ein anderes Merkmal ist die im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft eindeutige Minderheitenposition der Solidaritätsbewegung, ebenso wie der „Dritte Welt-“Bewegung ganz allgemein.

Inhaltlich steht diese Bewegung der sog. „Dritte Welt-“Bewegung nahe, von der sie als ein Teil angesehen werden kann. Diese Nähe impliziert, dass die Beschäftigung mit Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses und der Entwicklungspolitik einen bedeutenden Teil der Tätigkeit ausmacht. Dennoch kann diese Auseinandersetzung nicht als einheitlich angesehen werden, sondern hängt von der politischen Verortung ab. So gab es innerhalb der Solidaritätsbewegung unterschiedliche Initiativen, die sich je nach dem politischen Standpunkt mehr mit Informations-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit beschäftigten, während andere ihre Ressourcen stärker in die Abwicklung von Entwicklungsprojekten steckten. Die Übergänge zwischen diesen beiden Polen sind aber fließend. Charakteristisch ist die Beteiligung von progressiven Kräften des Christentums sowie verschiedenen Strömungen der politischen Linken. Gemeinsam ist ihnen der positive Bezug auf die politischen und sozialen Entwicklungen im Nicaragua der sandinistischen Revolution.

2.b.1. Die Zeit vor dem Sturz Somozas

Margit Franz schildert in ihrem umfassenden Werk die Anfänge der Solidaritätsbewegung in Österreich mit der Gründung der ersten Solidaritätskomitees in Braunau, Graz und Salzburg, welche

sich in Folge der brutalen Niederschlagung des Volksaufstandes in mehreren nicaraguanischen Städten im September 1978 etablierten (Franz 1993: 210; Kanamüller 1992: 91; Kovacs 1996: 57 f). Fritz Kovacs nennt auch die spektakuläre Besetzung des Nationalpalastes durch ein Kommando der *FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional)* 1978 als einen weiteren Grund für die internationale Öffentlichkeit für Nicaragua (Kovacs 1996: 57). Kovacs schreibt weiter: „In der internationalen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung fand daraufhin eine Schwerpunktverlagerung von der Chile-Solidarität über die kurz aufgeflammete Argentinien-Solidarität (rund um die Fußball-WM 1978) nach Mittelamerika statt“ (Kovacs 1996: 57). Diese Solidaritätskomitees, die es in mehreren Bundesländern gab, waren später die Anlaufstelle für die Regionalstellen des *Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE)*. Das heisst, es gab eine personelle Übereinstimmung zwischen den Mitgliedern der Solidaritätskomitees und der Bundesländerstellen des *ÖIE*. Hermann Klosius zufolge gaben die Solidaritätskomitees einen wichtigen Impuls zu der Zeit, als der *ÖIE* seine Arbeit in den Bundesländern ausdehnen wollte (Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007). Zu Beginn der Arbeit spielten die Sammlung von Spenden sowie die Öffentlichkeitsarbeit eine grosse Rolle. Es wurden Informationsveranstaltungen, auch mit VertreterInnen der *FSLN*, durchgeführt (Kovacs 1996: 57 f).

Nachdem die Regierung von Costa Rica einen internationalen Appell veröffentlicht hatte, Hilfsaktionen für die vor der Armee Somozas über die Grenze geflüchteten Menschen zu leisten, schickte die „*Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin*“ im Oktober 1978 drei Ärzte zu einer fact-finding-mission nach Costa Rica und Honduras. Der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky unterstützte diese Mission und verhalf ihr damit zu einer breiten Öffentlichkeit (Franz 1993: 211 f). Im Zusammenhang mit der Entsendung von Ärzten nach Zentralamerika wurden im österreichischen Fernsehen eigene Spots übertragen, die für diese Aktion eine Öffentlichkeit herstellen sollten (Interview mit Werner Hörtnner vom 3.5.2007; Kovacs 1996: 60). Die österreichische Ärzte-Delegation erarbeitete gemeinsam mit Vertretern der Nationalen Universität von Honduras ein Hilfsprojekt, das die dramatische Situation der Flüchtlinge lindern sollte. In der Zeit von Ende 1978 bis Juli 1979 betreuten österreichische ÄrztInnen gemeinsam mit medizinischen Brigaden der Nationalen Universität von Honduras die in Lagern untergebrachten Flüchtlinge. Dazu kam der Betrieb von lagerinternen Schulen. (Kovacs 1996: 59 f).

Im November 1978 schliesslich wurde das „*Österreichische Solidaritätskomitee für Nicaragua*“ (*ÖSKN*) gegründet, in dem sich verschiedene Jugendorganisationen, StudentInnenverbände sowie die *Caritas*, die „*Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin*“, die „*Aktion Kritisches Christentum*“ und „*Christen für Chile*“ verbündeten. Das *ÖSKN* bemühte sich in der Folgezeit um die Sendung von

ÄrztInnen und Pflegepersonal, welche die nicaraguanischen Flüchtlinge betreuen sollten. Bundeskanzler Kreisky verhalf auch dem *ÖSKN* zu mehr Publizität, indem er sich an dessen Präsidium beteiligte (Franz 1993: 212 f). Neben Kreisky waren der *Caritas*-Chef Leopold Ungar und der Sekretär des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB)*, Alfred Ströer, Mitglied im Präsidium des *ÖSKN* (Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007; Kovacs 1996: 60). Die Rolle Bruno Kreiskys schätzt Leo Gabriel als vor allem symbolischer Natur ein. In diesem Zusammenhang ist etwa auch die Spendenverdoppelungsaktion (siehe weiter unten) zu sehen, die einen wichtigen symbolischen Wert für die Solidaritätsbewegung besaß. Jedoch war die Nicaragua-Solidaritätsbewegung eine sehr selbständige Bewegung, weshalb der Einfluss Kreiskys – im Gegensatz zum Einfluss seiner aussenpolitischen Konzeption und seines Verständnisses der Nord-Süd-Beziehungen - auf die Bewegung nicht gross war (Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007). Als Schwerpunkte der Arbeit betrachtete das *ÖSKN* einerseits die Öffentlichkeitsarbeit, zum anderen konkrete personelle und materielle Hilfsmassnahmen. Die „*Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin*“ spielte innerhalb des *ÖSKN* eine tragende Rolle, was dadurch deutlich wird, dass der Bericht über deren fact-finding-mission nach Zentralamerika den Auslöser für die Gründung des *ÖSKN* darstellte (Kanamüller 1992: 92).

Einen starken Impuls für die Solidaritätsarbeit sieht Ursula Kanamüller in der Übernahme einiger Entwicklungsprojekte in Nicaragua durch die kirchlichen Entwicklungshilfe-Organisationen *Österreichischer Entwicklungsdienst (ÖED)* und *Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ)*, die Nicaragua zu einem Schwerpunktland erhoben. Vor allem in kirchlichen Kreisen führte es dazu, dass vermehrt materielle Mittel für Projekte in Nicaragua aufgestellt wurden (Kanamüller 1992: 93). Die Solidaritätsbewegung beteiligte sich an der Ausarbeitung von Projekten in Nicaragua, die später von der staatlichen Entwicklungshilfe übernommen wurden. Diese direkte Beteiligung der Bewegung war einzigartig und kam bei keiner anderen Solidaritätsbewegung mehr vor. So gab es auch enge Kontakte zwischen der Solidaritätsbewegung und dem Koordinator der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Managua, Josef Pernerstorfer (Interview mit Werner Hörtnner vom 3.5.2007). Dass Nicaragua schliesslich das einzige Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungshilfe in Lateinamerika werden sollte, ist wohl nicht zuletzt auf die intensive Arbeit der Solidaritätsbewegung zurückzuführen. Wobei davon nicht mehr die SandinistInnen profitierten, weil die Deklaration als Schwerpunktland erst nach der Abwahl der *FSLN* stattfand. Dennoch spielen österreichische Entwicklungsprojekte auf der Basisebene bis heute noch eine Rolle (Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007). Viele Personen, die in den 1980er Jahren Projekte in Nicaragua betrieben, knüpften dort enge persönliche Beziehungen. Diese persönlichen Beziehungen trugen dazu bei, dass solidarische Aktivitäten bis heute noch Bestand haben. Nach

ihrer Rückkehr nach Österreich waren es häufig diese Menschen, die hier Solidaritätskomitees aufbauten (Interview mit Werner Hörtner vom 3.5.2007).

Ihre Informationen erhielt die Solidaritätsbewegung bereits während des Befreiungskampfes direkt von der *FSLN*. So wurden die Nachrichten-Bulletins der SandinistInnen in Österreich publiziert. Dazu kamen regelmässige gegenseitige Besuche. Eine zentrale vermittelnde Rolle spielte dabei der in Deutschland studierende Aktivist der *FSLN*, Enrique Schmidt. Einen wichtigen Stellenwert in der Öffentlichkeitsarbeit für den Befreiungskampf der SandinistInnen nahmen ferner auch kulturelle Veranstaltungen ein, etwa mit dem nicaraguanischen Musiker und *FSLN*-Sympathisanten Carlos M. Godoy, der Tourneen durch Österreich durchführte (Interview mit Werner Hörtner vom 3.5.2007).

2.b.2. Der Wiederaufbau

Die Solidaritätsbewegung stellte – entgegen allen bisherigen historischen Erfahrungen – ihre Aktivitäten nach dem Sieg der Befreiungsbewegung *FSLN* nicht ein. Es kam im Gegenteil zu einer Verbreiterung der Tätigkeiten unmittelbar nach dem erfolgreichen Sturz der Somoza-Diktatur. „Sie [die Solidaritätsbewegung] wurde nach dem Sieg der Befreiungsbewegung größer als zuvor und verankerte sich über die Basis in oppositionellen politischen Kräften (unter anderem KPÖ, ALÖ, „Unorganisierte Linke“) hinaus auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wie der katholischen Kirche und der SPÖ“ (Kanamüller 1992: 88). Wobei gerade für die christlichen Gruppen eine Wende festzustellen ist weg von einem karitativ-assistenzialistischen Verständnis der Solidarität hin zu einer politischen Solidarität. Denn diese Organisationen unterstützten den Prozess in Nicaragua im vollen Bewusstsein, dass die Projekte von einer politischen Bewegung, nämlich den SandinistInnen, getragen wurden. Dies geschah zu einem guten Teil, weil die *FSLN* eine stark von ChristInnen, wie Ernesto Cardenal, geprägte Bewegung darstellte. Dem stellt Leo Gabriel ein Verständnis von Solidarität gegenüber, das vor allem von der Hierarchie des *Österreichischen Gewerkschaftsbundes* vertreten wurde und das paradoxerweise stärker in der karitativen Tradition verankert war (Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007).

Der allgemeine Fokus der Solidaritätsbewegung veränderte sich durch die geänderten Umstände. So stand nicht mehr die Hilfe für Flüchtlinge im Mittelpunkt, sondern die Unterstützung für den Aufbauprozess in Nicaragua. Oder anders gesagt: Der Schwerpunkt verlagerte sich von der humanitären Hilfe zur politischen Solidarität (Kanamüller 1992: 94; Kovacs 1996: 63). Das fand etwa seinen Ausdruck in der Forderung nach der Errichtung einer österreichischen Botschaft in Managua (Kovacs 1996: 63).

Dennoch bildete ein Entwicklungsprojekt zunächst ein wichtiges Standbein der zu dieser Zeit um das *ÖSKN* zentrierten Solidaritätsbewegung. Die österreichischen ÄrztInnen begleiteten die nach dem Juli 1979 zurückkehrenden Flüchtlinge nach Nicaragua. In Gesprächen zwischen dem *ÖSKN* und der neuen Regierung Nicaraguas wurde von Seiten der SandinistInnen ersucht, die Hilfe im Rahmen des Wiederaufbaus fortzusetzen. Konkret ging es um den Erhalt eines Kleinspitals in einem medizinisch unterversorgten Gebiet, nämlich in dem Ort La Esperanza in der Region Zelaya (Franz 1993: 218 f). Die österreichische Regierung sagte dem *ÖSKN* einen jährlichen Betrag im Rahmen einer Spendenverdoppelungsaktion aus den Mitteln der Katastrophenhilfe für den Betrieb des Spitals in La Esperanza zu (Franz 1993: 219). Diese Spendenverdoppelungsaktion wurde jedoch bereits Ende 1982 von der Regierung wieder eingestellt. Im Rahmen dieser Aktion waren etwa 5 Mio. Schilling (ca. 363.364 Euro) nach Nicaragua geflossen (Franz 1993: 225). In den Jahren 1982 und 1983 übermittelte die österreichische Regierung ausserdem Kredite in der Höhe von 214 Mio. öS (15,551.986 Euro) an die SandinistInnen (Kovacs 1996: 64).

Die Betreuung des Spitalsprojektes in La Esperanza wurde 1983 vom *ÖSKN* an das kirchennahe *IIZ* übergeben (Franz 1993: 225).

Schon länger schwelende Spannungen über die effektivste Art der Solidaritätsarbeit, verstärkt durch Orientierungslosigkeit und den permanenten Druck einer drohenden US-Intervention in Nicaragua brachen nun offen aus, so dass einige MitarbeiterInnen das *ÖSKN* verliessen. Ein Grossteil der VertreterInnen der „*Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin*“ zog sich nach und nach aus der Solidaritätsarbeit zurück (Kanamüller 1992: 95). Frühe Kontroversen innerhalb der Solidaritätsbewegung entstanden bereits um die Ausweisung der an der Endoffensive der *FSLN* gegen Somoza beteiligten internationalen Brigade Simón Bolívar sowie um die Schliessung der linken Tageszeitung „*El Pueblo*“ und die Verhaftung von linken Gewerkschaftern der Organisation „*Frente Obrero*“ (Kovacs 1996: 61).

Ursula Kanamüller zufolge gibt es unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob die Politik der SandinistInnen selbst Widersprüche innerhalb der österreichischen Solidaritätsbewegung ausgelöst habe. So wird den österreichischen Verhältnissen etwa die Situation in der damaligen BRD gegenübergestellt, wo der Miskitokonflikt zu scharfen Kontroversen und Entsolidarisierung geführt habe, was in Österreich nicht der Fall gewesen sei (Kanamüller 1992: 96). Es stand die Unterstützung für einen Befreiungsprozess im Mittelpunkt, dabei traten ideologische Konflikte in den Hintergrund. Es gab Diskussionen, die damit zusammenhingen, dass zunächst Skepsis aufgrund des Führungskultes der SandinistInnen geweckt wurde. Später drehten sich die Diskussionen um die Form, in der Solidarität geübt werden sollte. Damit war gemeint, ob man die Politik der *FSLN* als

gegeben nehmen sollte oder ob die Solidarität eine kritische Form annehmen sollte, bei der durchaus auch die Unzulänglichkeiten und Probleme des Prozesses in Nicaragua hinterfragt werden konnten. So führten besonders die Berichte von Ralf Leonhard und Werner Hörtnner aufgrund ihres kritischen Zuganges zu Kontroversen innerhalb der Solidaritätsbewegung (Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007; Interview mit Ralf Leonhard vom 17.4.2007).

Im Jahr 1980 wurde zum ersten Mal der Versuch unternommen, die Gruppen der Solidaritätsbewegung österreichweit zu koordinieren. So fand im Mai 1980 die erste „Konferenz der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua“ statt. Dazu kamen Versuche, die verschiedenen länderspezifischen Komitees zu einer gemeinsamen Plattform zusammenzuschliessen, etwa 1980 in der „*Österreichischen Solidaritätsbewegung für Zentralamerika*“ und später im „*Lateinamerikaforum*“ (Kovacs 1996: 62 f).

Die Nicaragua-Solidaritätsbewegung unterschied sich von anderen Bewegungen, etwa zu Guatemala und El Salvador, dadurch, dass der Triumph der Befreiungsbewegung am Anfang stand und erst danach Widersprüche wahrgenommen wurden. Im Falle Guatemalas führten die Massaker des Staates an der indigenen Bevölkerung 1982/83 zu einem Rückgang der Solidarität, weil diese als Niederlage der Befreiungsbewegung erlebt wurden, was Spaltungen in der Solidaritätsbewegung zur Folge hatte (Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007).

2.b.3. *Contrakrieg*

Die Gründung des „*Österreichischen Hilfskomitees für Nicaragua*“ im Herbst 1983 markierte laut Margit Franz den erneuten Übergang von einer politisch verstandenen Solidarität zu einer mehr entpolitisierten, humanitären Projekthilfe (Franz 1993: 227 f). Insbesondere die US-Intervention in Grenada 1983 machte die aggressive Aussenpolitik der Reagan-Administration für eine breite Öffentlichkeit sichtbar. Das hatte einen Anstieg der Solidaritätsaktivitäten und eben auch die Gründung neuer Organisationen wie dem *Hilfskomitee* im Dezember 1983 zur Folge (Kovacs 1996: 66). In dem überparteilichen Personenkomitee waren neben Bruno Kreisky u.a. die Vorsitzende der sozialistischen FreiheitskämpferInnen, Rosa Jochmann, Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer, Staatssekretärin Johanna Dohnal, Aussenminister Erwin Lanc, *Caritas*-Präsident Leopold Ungar sowie der leitende *ÖGB*-Sekretär Alfred Stroer beteiligt (Kovacs 1996: 66 f). Das *Hilfskomitee* trat mit Spendensammlungen an die österreichische Bevölkerung heran und initiierte das Projekt „Ein Dorf für Nicaragua“, bei dem 158 Häuser in verschiedenen nicaraguanischen Dörfern errichtet wurden (Franz 1993: 228). Von dem Projekt gingen Impulse für die gesamte, im Süden Nicaraguas

gelegene, Region Rio San Juan aus: Die Abwanderung in die städtischen Slums wurde verhindert, Fachkräfte wurden ausgebildet, die Infrastruktur wurde verbessert und Sozialprojekte wurden etabliert (Kovacs 1996: 68 f). In 14tägiger Erscheinungsweise gab das *Hilfskomitee* ein Informationsblatt heraus, das ab Juni 1987 den Namen „Nicaragua Nachrichten“ trug und bis heute existiert. Die Informationen der „Nicaragua Nachrichten“ stammten zum Teil von der Nachrichtenagentur *APIA*, teilweise wurden auch Inhalte von EntwicklungshelferInnen übernommen (Kovacs 1996: 67).

Im Zusammenhang mit einer befürchteten militärischen Intervention durch die US-Armee in Nicaragua riefen die SandinistInnen im Herbst 1983 die internationale Solidaritätsbewegung zu Hilfsaktionen auf. In Österreich veröffentlichte das *ÖSKN* im Dezember 1983 einen Aufruf, in dem für den Einsatz in Erntebriegen in Nicaragua geworben wurde (Franz 1993: 229; Kanamüller 1992: 99; Kovacs 1996: 69). Der Aufruf stiess auf ein grösseres Echo, allein in Wien meldeten sich zunächst 100 Personen für den Einsatz in den Nicaragua-Brigaden, was einen kleinen Anteil der weltweit ca. 2.000 BrigadistInnen ausmachte. Hintergrund für den Erfolg war die erhöhte Aufmerksamkeit für die aggressive Aussenpolitik der US-Regierung nach der Intervention in Grenada sowie die breite Öffentlichkeit der Kampagne mit Hilfe der österreichischen Medien (Kanamüller 1992: 99 f).

Mit den Brigaden wurde das Ziel verfolgt, die SandinistInnen im wirtschaftlichen Bereich zu entlasten, da diese eine Vielzahl an Ressourcen in die Verteidigung gegen die Angriffe der Contras stecken mussten und somit Schwierigkeiten hatten, die gesteckten ökonomischen und sozialen Ziele zu erreichen. Ferner übernahmen diese Brigaden eine Schutzfunktion und stellten eine politische Stellungnahme für das „Modell Nicaragua“ dar. Die erste Brigade mit dem Namen „*Brigade Jura Soyfer*“ verliess Österreich im Januar 1984, es folgten zwei weitere im Februar („*Brigade Februar '84*“) und März („*Brigade Anton Dobritzhofer – Spanien 1936*“) desselben Jahres (Franz 1993: 230). „Die Brigaden waren altersmäßig, beruflich und politisch bunt zusammengesetzt; von SchülerInnen bis zu PensionistInnen, vom Landwirt, Mechaniker, Maurer, Koch bis zum Polizisten, ÖBBler, Priester, Schriftsteller, von StudentInnen bis zu LehrerInnen, von SozialarbeiterInnen bis zu Arbeitslosen reichte die Palette der Teilnehmer. Sie setzten sich zusammen aus Mitgliedern der SPÖ, KPÖ, ALÖ, GewerkschafterInnen, ChristInnen und AktivistInnen autonomer Basisbewegungen“ (Kovacs 1996: 70).

Nach ihrer Rückkehr aus Nicaragua engagierten sich die TeilnehmerInnen an den Brigaden in verschiedenen Initiativen und politischen Gruppen zur Öffentlichkeitsarbeit und Informationsverbreitung über die Situation in dem zentralamerikanischen Land (Franz 1993: 233).

Es ist festzustellen, dass die persönlichen Erfahrungen und die in Nicaragua geknüpften Kontakte einen Anstieg von Solidaritätsaktionen in Österreich bewirkten. Es kam zur Gründung von zahlreichen neuen Gruppen, wie etwa der 1984 in Wien etablierte österreichweite Verein „*Nicaragua-Brigaden - Arbeitsgemeinschaft für das neue Nicaragua*“ (Franz 1993: 238; Kanamüller 1992: 100). Dieser Verein legte seinen Schwerpunkt auf die Öffentlichkeitsarbeit, während die Projektarbeit im Vergleich zum ÖSKN einen untergeordneten Stellenwert einnahm. Der Verein „*Nicaragua-Brigaden*“ organisierte Informationsveranstaltungen und Vorträge, ab und zu eine spektakuläre Aktion. Seit Oktober 1984 wurden regelmässig Brigaden nach Nicaragua entsandt. Weiters finanzierte der Verein einen Kindergarten und eine Schule in Nicaragua. Dadurch trug der Verein dazu bei, dass auch in Zeiten des verminderten Interesses an Nicaragua eine Kontinuität bei der Solidaritätsarbeit herrschte (Kanamüller 1992: 101). Fritz Kovacs stellte fest, dass die Nicaragua-Solidaritätsbewegung 1984 von den BrigadistInnen geprägt war. Bis zum Juni 1985 schickte der Verein „*Nicaragua-Brigaden*“ bereits die achte Brigade in das zentralamerikanische Land, vor allem in das Gebiet des im Mai 1984 von den Contras zerstörten Dorfes San Jeronimo. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Verein 400 Mitglieder. Es wurden aufgrund schlechter Erfahrungen Vorbereitungsseminare durchgeführt, Spanischkenntnisse galten als Grundvoraussetzung für einen Einsatz in den Brigaden (Kovacs 1996: 73). „*Nicaragua Libre*“ war der Titel einer eigenen Publikation des Vereins, die zwischen 1985 und 1989 als Vierteljahresheft erschien (Kovacs 1996: 73).

1988 wurde in Wien eine „*Koordinationsstelle der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua*“ eingerichtet, die organisatorische Aufgaben bewerkstelligte, sowie als Anlaufstelle für internationale Kontakte und Vermittlungsinstanz zu den nicaraguanischen Behörden fungierte. Die *Koordinationsstelle* publizierte einen österreichweiten, 14-tägig erscheinenden Rundbrief zum Zweck der Diskussion und des Informationsaustausches (Franz 1993: 239).

3. Zur Methode

3.a. Diskurstheorie und Diskursanalyse

Der Duisburger Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger bezeichnet als knappste Definition von Diskurs die von Jürgen Link entworfene Benennung als „eine institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon Macht ausübt.“ Für Jäger selbst stellt sich Diskurs als „Fluß von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“ dar, der individuelles und kollektives Handeln und Gestalten bestimmt, wodurch er Macht ausübt (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm).

Begriffsgeschichtlich leitet sich das Wort Diskurs vom lateinischen „discursus“ her, was so viel bedeutet wie „das Sich-Ergehen über etwas“. Ganz allgemein werden damit bestimmte Sprachmuster bezeichnet. Bis ins 20. Jahrhundert wurde der Begriff für gelehrte Abhandlungen gebraucht. Im Französischen kommt die Bedeutung „Rede“ hinzu. Auch im deutschen Sprachgebrauch hat diese Bedeutung seinen Niederschlag gefunden, wobei hier mit Rede vor allem die dialogische Auseinandersetzung gemeint ist (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/nachlese/121202.html>).

Siegfried Jäger stellt fest, dass Diskurse eine eigene Materialität besitzen, d.h. sie widerspiegeln nicht einfach nur die Wirklichkeit, sondern prägen und gestalten Realität, sie führen gegenüber der Wirklichkeit ein „Eigenleben“, das sich aus vergangenen und aktuellen anderen Diskursen speist. „Das bedeutet auch, daß Diskurse Realität determinieren, natürlich immer nur über die dazwischentretenden tätigen Subjekte in ihren gesellschaftlichen Kontexten als (Co-)Produzenten und (Mit-)Agenten der Diskurse und der Veränderung von Wirklichkeit. Diese tätigen Subjekte vollziehen diskursive und nichtdiskursive Praxen“ (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm). Diskurse sind „überindividuell“, d.h. alle beteiligten Personen „stricken zwar am Diskurs mit, aber kein einzelner und keine einzelne Gruppe bestimmt den Diskurs oder hat genau das gewollt, was letztlich dabei herauskommt“ (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm). „Diskursanalyse erfaßt das jeweils Sagbare in seiner qualitativen Bandbreite und in seinen

Häufungen bzw. alle Aussagen, die in einer bestimmten Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit geäußert werden (können), aber auch die Strategien, mit denen das Feld des Sagbaren ausgeweitet oder auch eingengt wird, etwa Verleugnungsstrategien, Relativierungsstrategien, Enttabuisierungsstrategien etc“ (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm). Jäger weist auf die enge Verflechtung und Verschränkung der Diskurse hin, ein „diskursives Gewimmel“, welches von der Diskursanalyse zu entwirren ist. Ferner ist zur Position des Wissenschaftlers/der Wissenschaftlerin zu sagen, dass diese/r seinen/ihren Standort nicht ausserhalb der Diskurse hat. Sämtliche Normen, Werte und Rechte, auf die sich der Wissenschaftler/die Wissenschaftlerin beziehen mag, sind selbst Produkte von Diskursen, seine/ihre Positionen sind „diskursiv-historisch gegründet“ (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm).

Mit Bezugnahme auf Link beschreibt Jäger eine diskursive Formation als ein begrenztes „positives“ Feld von Aussagen-Häufungen. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass mögliche andere Aussagen oder Fragestellungen dadurch ausgeschlossen sind. Solche Ausschliessungen ergeben sich aus der Struktur des Diskurses und können institutionell verstärkt werden (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm).

Grundsätzlich unterscheidet Jäger zwischen Spezialdiskursen und Interdiskursen, wobei erstere den Diskurs der Wissenschaften meinen und letztere alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse zum Bestandteil haben. Elemente der Spezialdiskurse fließen ständig in den Interdiskurs ein (Jäger 2004: 159). Wenn ein Diskursverlauf thematisch einheitlich abläuft, dann spricht Jäger von einem Diskursstrang. Ein synchroner Schnitt durch einen solchen Diskursstrang ermittelt, was zu einem bestimmten gegenwärtigen oder vergangenen Zeitpunkt in seiner gesamten Bandbreite gesagt wurde bzw. sagbar war oder ist. Jeder Diskursstrang setzt sich aus einer Anzahl von Texten zusammen, für welche Jäger den Begriff des Diskursfragments vorzieht. Diskursfragmente sind also Texte oder Textteile, die ein bestimmtes Thema behandeln. Werden Diskursfragmente miteinander verbunden, so ergeben sich Diskursstränge. Ein Text kann thematische Bezüge zu verschiedenen Diskurssträngen besitzen, d.h. ein Text kann verschiedene Diskursfragmente enthalten. Jäger spricht in einem solchen Fall von einer Diskurs(strang)verschränkung. Nach Jäger lassen sich alle Ereignisse auf bestimmte diskursive Konstellationen zurückführen (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm).

Diskursanalyse verfolgt nun das Ziel, das stark verzweigte Netz der Diskursstränge – welche zusammen den gesamtgesellschaftlichen Diskurs ergeben – zu entwirren. Dabei werden in der

Regel einzelne Diskursstränge auf einzelnen diskursiven Ebenen herausgearbeitet (Jäger 2004: 166). Jäger stellt heraus, dass „Diskursstränge niemals isoliert auftreten, sondern immer als Bestandteile des gesamtgesellschaftlichen Diskurses aufgefaßt werden müssen und daß dabei besondere Effekte erzielt werden“ (Jäger 2004: 167). Diskursive Ereignisse definiert Jäger als „solche Ereignisse [...], die politisch, und das heißt in aller Regel auch durch die Medien, besonders herausgestellt werden und als solche Ereignisse die Richtung und die Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören, mehr oder minder stark beeinflussen“ (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm). Als Beispiel nennt Jäger etwa den atomaren Gau in Tschernobyl, der im Gegensatz zum ähnlich schweren Unfall in Harrisbourg ein mediales Grossereignis, und damit zum diskursiven Ereignis, wurde. Die jeweiligen Diskursstränge gestalten sich auf verschiedenen diskursiven Ebenen, zB Wissenschaften, Politik, Medien oder Alltag. Jäger nennt sie die sozialen Orte, von denen aus „gesprochen“ wird. Diese Diskursebenen wirken auf einander ein und beziehen sich auf einander. So geschieht es etwa, dass auf der Ebene der Medien Diskursfragmente eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses aufgenommen werden (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm). Eine Diskursposition schliesslich beschreibt Jäger als den spezifischen ideologischen Standort einer Person oder eines Mediums. Mit Margret Jäger argumentiert er, dass die Diskursposition „die besonderen diskursiven Verstrickungen [produziert und reproduziert], die sich aus den bisher durchlebten und aktuellen Lebenslagen der Diskursbeteiligten speisen. Die Diskursposition ist also das Resultat der Verstricktheiten in diverse Diskurse, denen das Individuum ausgesetzt war und die es im Verlauf seines Lebens zu einer bestimmten ideologischen bzw. weltanschaulichen Position (...) verarbeitet hat“ (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm). Siegfried Jäger weist darauf hin, dass solche Diskurspositionen als Resultat einer Diskursanalyse ermittelt werden können. Innerhalb eines hegemonialen Diskurses sind die Diskurspositionen sehr homogen, was bereits als eine Wirkung des hegemonialen Diskurses verstanden werden kann. Davon abweichende Diskurspositionen werden Gegendiskursen zugeordnet (Jäger 2004: 165). Zur Frage der Vollständigkeit von Diskursanalysen stellt Jäger fest, dass diese dann erreicht ist, „wenn die Analyse keine inhaltlich und formal neuen Erkenntnisse zu Tage fördert“ (http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm).

Eine vor allem in der Sprachwissenschaft verbreitete Form der Diskursanalyse ist die Kritische Diskursanalyse, zu deren VertreterInnen etwa die österreichische Wissenschaftlerin Ruth Wodak

gehört. Diskurs steht hier für die „Summe institutionalisierter und interpersoneller 'Texte' und Dialoge, und diese wieder als konkrete bedeutungstragende soziale Handlungen, als Einzelfälle einer sozio-kulturellen, politischen und ideologischen Praxis, die gesellschaftliche Systeme und Strukturen bestimmen“ (Bernd Matouschek, Ruth Wodak, Franz Januschek, zit.n. <http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/nachlese/121202.html>). Die Texte beziehen sich „auf verschiedene Vergangenheiten, auf andere Texte (Intertextualität), auf bestimmte Zeiträume und Orte in der näheren oder weiteren Vergangenheit. Die Texte stehen damit in diskursiven Beziehungen zueinander, die sich linguistisch nachweisen lassen“ (<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/nachlese/121202.html>).

Bei der Erfassung des Materials für diese Arbeit – nämlich sämtlichen Artikeln der *Entwicklungspolitischen Nachrichten EPN* zum Thema Nicaragua im Zeitraum zwischen 1979 und 1990 – habe ich mich darauf beschränkt, die geschriebenen Texte auszuwerten. Bilder als Quellen habe ich von der Bearbeitung ausgeschlossen, da es mir als ausreichend erschienen ist, Texte für die Analyse heranzuziehen.

Um die gesamte Anzahl an Artikeln der *EPN* zu ordnen, habe ich zunächst eine Einteilung nach der Textsorte getroffen. Dabei wurde unterschieden zwischen Reportagen, Interviews und Themenartikeln.

Zu den Reportagen zähle ich jene Artikel, in denen der/die AutorIn aus seiner/ihrer Perspektive den Verlauf eines Ereignisses darstellt und mit welchem primär der Zweck der Information verfolgt wird. Die übrigen Artikelarten, wie Hintergrundberichte, Analysen, Redebeiträge, Essays und historische Abrisse, wurden dem weiten Bereich der Themenartikel zugeordnet.

Beachtet man, dass zahlreiche Artikel nicht eindeutig oder ausschließlich einer der Kategorien zugeordnet werden konnten, so war dabei ausschlaggebend, ob der überwiegende Teil des Artikels (ca. 70%) zu einer Kategorie passte.

Bei dieser Vorgehensweise ergab sich für den untersuchten Zeitraum folgende Verteilung: 64 Themenartikel, 18 Reportagen sowie 6 Interviews.

Der Großteil der Reportagen erschien zwischen 1984 und 1987, d.h. am Höhepunkt des Krieges der SandinistInnen gegen die Contra. Es ist weiters anzumerken, dass sich die meisten Reportagen inhaltlich auf das Thema des Krieges beziehen.

Als nächster Schritt wurden die Artikel bestimmten übergeordneten Themen zugeordnet, wobei ich

versucht habe, möglichst prägnante Begriffe zu finden.

Dabei ist festzustellen, dass viele Artikel mehreren solchen Themen zugeordnet wurden, da sie inhaltlich nicht auf ein einziges Thema reduziert werden konnten.

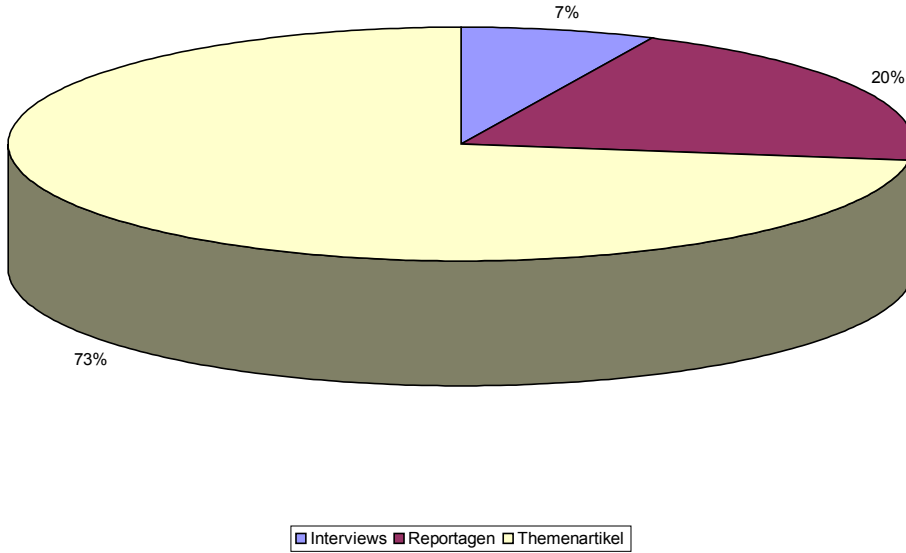
Ferner wurden Kästen, die mitunter an die Artikel angehängt sind, als eigener Text gewertet, da in diesen Kästen meist thematisch zusammenhängende, aber für sich stehende Information enthalten ist. So wurde etwa in *EPN* 6/87 ein Artikel über die Rolle von Medien im Contrakrieg mit einem Kasten zur allgemeinen Situation der Medien in Nicaragua verknüpft.

In Prozenten ausgedrückt ergab sich hier, dass annähernd 20% der Artikel den Contrakrieg in Nicaragua zum Thema haben, auf 5% oder mehr kommen die Themen EZA, Solidarität, Kultur, zentralamerikanischer Friedensprozess, Wahlen, Demokratie/Demokratisierung, Wirtschaftskrise, Opposition sowie Kirche.

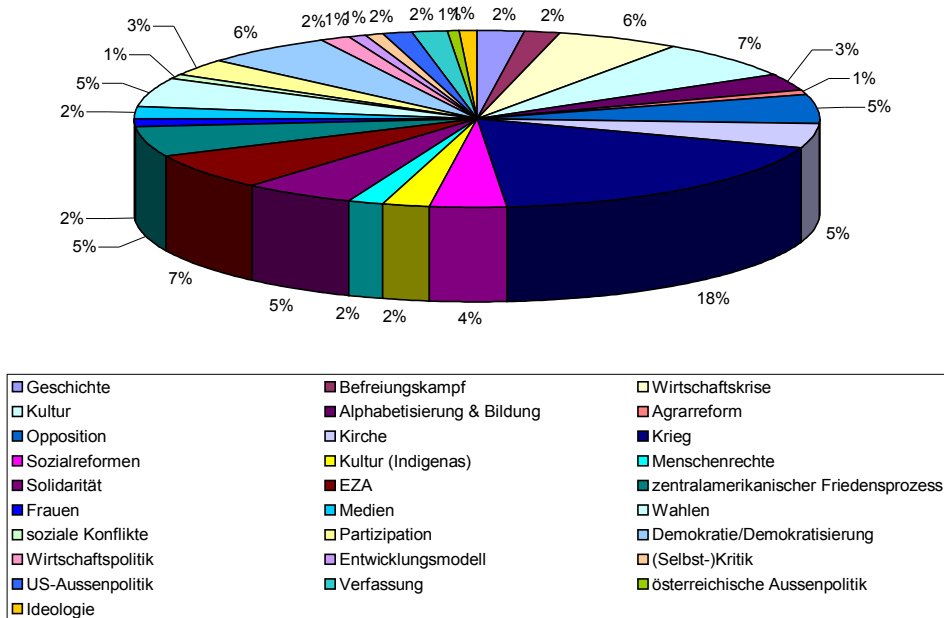
Nach einer Erörterung der für die Diskursanalyse relevanten Institutionen und kurzen Portraits der AutorInnen folgt die eigentliche Diskursanalyse. Zunächst wird die Zeitschrift *Entwicklungspolitische Nachrichten* auf ihre formale Struktur hin untersucht. Es folgt eine überblickshafte Erläuterung der Inhalte. Schliesslich wird auf den Stellenwert Nicaraguas innerhalb dieser Zeitschrift eingegangen.

Als eigentliches Kernstück der Diskursanalyse folgt die Feinauswertung von ausgewählten Artikeln. Diese wurden nach dem zeitlichen Horizont ausgewählt, d.h. es sollte möglichst der gesamte Zeitraum von 1979 – 1990 durch Artikel vertreten sein. Inhaltlich betrachtet wurden Artikel ausgewählt, die einen möglichst umfassenden Zugang hatten, d.h. Artikel, die sowohl politische als auch wirtschaftliche und soziale Aspekte miteinbezogen. Ferner wurden bestimmte – für den Diskurs über Nicaragua besonders relevante – AutorInnen ausgesucht und einige ihrer Artikel ausgewertet. Die Analyse folgte einem Schema, nach dem zunächst die formale Struktur der Artikel und danach die inhaltliche Ebene untersucht wurde. An die Feinanalyse schliesst die Interpretation der Ergebnisse an.

EPN - Textsorten



EPN-Themen



4. Institutionen und Personen

4.a. Der Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)

Nachdem sich der *Österreichische Jugendrat für Entwicklungshilfe* als Folge der Streichung von offiziellen Geldmitteln für seine Auslandsarbeit aufgelöst hatte, wurde 1979 der *Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)* als Verein gegründet. „Als sich der Jugendrat Ende 1978 selbst auflöste, begannen intensive Bemühungen um die Konstitutierung [sic!] einer Organisation, die sich ausschließlich der Öffentlichkeitsarbeit widmen und die Informationstätigkeit anderer Institutionen koordinieren sollte. An den mühsamen Verhandlungen beteiligten sich Vertreter der Jugendorganisationen politischer Parteien, kirchliche bzw. christliche Institutionen, Vertreter von Entwicklungshilfeorganisationen und das Bundeskanzleramt“ (Pernerstorfer 1982: 7). Die Aufgaben des *ÖIE* erstreckten sich über die Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit für entwicklungspolitische Themen, wofür auch die Regierung Gelder zur Verfügung stellte. Dabei verfolgte das Bundeskanzleramt vor allem das Ziel, dass die Informationsarbeit des *Jugendrates* fortgesetzt wurde. Josef Pernerstorfer schreibt dazu: „Das Fehlen einer staatlichen Entwicklungshilfeagentur, wie sie andere Industriestaaten besitzen, in Österreich, machte die Schaffung eines nichtstaatlichen Vereins, in dem die relevanten Gruppierungen mit entwicklungspolitischem Engagement in Österreich repräsentiert sein sollten, erforderlich“ (Pernerstorfer 1982: 7). Sowohl interessierte Organisationen als auch Einzelpersonen konnten dem *ÖIE* gleichberechtigt beitreten und dessen Arbeit mitgestalten. 1992 hatte der Verein 2.000 Mitglieder, im Jahr 2004 noch 1.600 Mitglieder (Pilz 2004: 33). „Ausgehend von der Überzeugung, dass Entwicklungspolitik im eigenen Land beginnt, da sie ihr volles Potential nur entwickeln kann, wenn sie von der österreichischen Zivilbevölkerung unterstützt und politisch eingefordert wird, machte es sich der Verein zu seiner Aufgabe, durch Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich, das Interesse der Bevölkerung für entwicklungspolitische Themen zu wecken“ (<http://www.suedwindagentur.at/start.asp?ID=543>). Ein wesentlicher Impuls für die Gründung des *ÖIE* war auch das aussenpolitische Konzept des damaligen Bundeskanzlers Bruno Kreisky - dessen Einsicht, dass die Zusammenarbeit mit den Ländern der „Dritten Welt“ verbessert werden musste und die damit verbundene Verantwortlichkeit der Länder des Nordens. Daraus ergab sich ein hoher Stellenwert der Entwicklungspolitik, den sie unter keiner anderen Regierung mehr haben sollte. Unter der Regierung Kreisky erfuhr der *ÖIE* eine sowohl geistige wie auch materielle Unterstützung durch das Bundeskanzleramt. Denn Kreisky sah die Notwendigkeit,

seine Aussenpolitik durch Informations- und Bewusstseinsarbeit in Schulen, Universitäten und Betrieben zu begleiten (Interview mit Margaretha Kopeinig vom 30.4.2007). In Zahlen ausgedrückt bedeutet dies, dass die finanziellen Zuwendungen seit Mitte 1979 bis 1982 eine steigende Tendenz einnahmen: von 4,500.000 öS (327.028 Euro) im Jahr 1980 auf 6,800.000 öS (494.175 Euro) im Jahr 1982. 1981 hatten die Subventionen mit 7,631.004 öS (554.567 Euro) ihren Höchststand erreicht (Pernerstorfer 1982: 7). Danach erfolgten kontinuierliche Kürzungen der Subventionen. Politische Unterstützung erfuhr der *ÖIE* von den zuständigen Stellen im Bundesministerium für Unterricht und Kunst und im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung sowie von einzelnen Landesregierungen, wie etwa der des Burgenlandes (Pernerstorfer 1982: 7). Es beteiligten sich in der Gründungsphase sozialistische (*Sozialistische Jugend*) wie katholische (*Institut für Internationale Zusammenarbeit IIZ*) Organisationen, das *Afro-Asiatische Institut AAI*, Solidaritätsgruppen (*Informationsgruppe Lateinamerika IGLA*) ebenso wie die *Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH)* und die *Junge Volkspartei (JVP)* (<http://www.suedwindagentur.at/start.asp?ID=543>), wobei der *ÖIE* nach seinem Selbstverständnis als überparteiliche und nicht-konfessionelle Dachorganisation etabliert wurde (Pilz 2004: 34 f).

Die Entscheidungen wurden im *ÖIE* dezentralistisch getroffen. Dies begünstigte vielfältige Initiativen in den verschiedenen, selbständig arbeitenden Arbeitsbereichen des *ÖIE*. Zu diesen gehörten: die Zeitschrift *EPN*, Materialien, Schule und Universität, Jugend, Aktion sowie Medien (Pernerstorfer 1982: 7). Was als wöchentliche Büroversammlung begann, wurde mit wachsendem Umfang der Arbeit in einen monatlichen Planungstag umgewandelt, auf dem die wichtigen Entscheidungen kollektiv getroffen wurden. Die Gehälter waren im *ÖIE* ursprünglich auf drei Stufen aufgeteilt. Nach einer zweijährigen Übergangslösung, einer „inoffiziellen Gehaltsangleichung“, bei der freiwillig die Löhne so aufgeteilt wurden, dass jede/r MitarbeiterIn auf den gleichen Stundenlohn kam, wurde letztlich der gleiche Lohn für alle auch offiziell durchgesetzt. Für bestimmte Tätigkeitsbereiche galt im *ÖIE* das Prinzip der Arbeitsrotation, d.h. jede/r musste die Tätigkeit abwechselnd verrichten. Die Rotation galt für die Bereiche Telefondienst, Putzen sowie technische Produktion der *EPN* (Winge 1982: 8).

Dem Obmann aus der Gründungszeit des *ÖIE*, dem Leiter der Evangelischen Akademie, Ulrich Trinks (Jäggle 1984: 14), folgte 1984 die Publizistin Freda Meissner-Blau (Freda Meissner-Blau: Neue Obfrau. Wechsel an der *ÖIE*-Spitze; in: *EPN* 7-8/84, Seite 15). „Innerhalb von zwei Jahren gelang es – bei gleichzeitiger voller Fortführung der Bildungsarbeit – die Informations- und Medienarbeit nachhaltig zu verstärken. [...] Schließlich konnte unter der Ägide Meissner-Blau und [Geschäftsführer] Payr das Netz der Regionalarbeit vervollständigt und damit viele neue Freunde

und Multiplikatoren für die entwicklungspolitische Arbeit gewonnen werden“ (Schennach 1986: 2). Meissner-Blau legte 1986 ihr Amt als *ÖIE*-Obfrau wegen ihrer Kandidatur bei den Bundespräsidentenwahlen zurück. Ihre Nachfolgerin wurde die Sozialwissenschaftlerin, Politologin, Mitarbeiterin des *Institutes für Höhere Studien (IHS)* sowie Aktivistin der „*Frauensolidarität*“, Eva Kreisky (Schennach 1986: 2).

In den Bundesländern wurden Regionalstellen des *ÖIE* eingerichtet. Dabei gibt es eine Überschneidung zwischen den regionalen Nicaragua-Solidaritätskomitees und den Bundesländerstellen des *ÖIE* (Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007). Bei der Umsetzung gemeinsamer Themen des *ÖIE* unterschieden sich die Praktiken der Regionalstellen stark: So engagierte sich etwa die Salzburger Regionalstelle mehr in der LehrerInnenfortbildung, während sich der oberösterreichische *ÖIE* eher auf die Arbeit mit Betriebsräten konzentrierte. Andere Stellen des *ÖIE* beschäftigten sich wieder verstärkt mit dem Bereich der Medien, wie Film und Radio (Pilz 2004: 33 f).

Der Rücktritt Bruno Kreiskys 1983 bedeutete für den *ÖIE* einen Einschnitt, weil nun jedes Jahr die finanziellen Mittel gekürzt wurden und die Arbeit des *ÖIE* von Einsparungen sowie der Suche nach Sponsoren und der Aufbringung von Eigenmitteln geprägt war (Interview mit Margaretha Kopeinig vom 30.4.2007). Im Jahr 1988 geriet der *ÖIE* in eine Krise, als Erich Hochleitner der neue Leiter der Sektion Entwicklungshilfe im Aussenministerium wurde. Mit Unterstützung von konservativen Kreisen in der *ÖVP* machte dieser es sich zur Aufgabe, den *ÖIE* durch Kürzung der finanziellen Mittel zu schwächen. Damals kursierte das von Andreas Khol in die Welt gesetzte Wort des „Sozialromantikers“ zur polemischen Umschreibung der „Dritte Welt“-Engagierten. Eine Konsequenz der 20%igen Kürzungen des *ÖIE*-Budgets war die Reduzierung der MitarbeiterInnen des Wiener Büros sowie die Umstellung von Jahresprogrammen auf Projektförderung. Dennoch unterschätzten die konservativen Gegner des *ÖIE* dessen Einfluss und Unterstützung durch die Gesellschaft, was sich darin ausdrückte, dass bisher zweifelnde Gruppierungen sich jetzt erst recht dafür entschieden, dem *ÖIE* beizutreten.

1997 bedeutete einen weiteren Einschnitt, als die *Südwind Agentur GmbH* gegründet wurde, womit das Ziel verfolgt wurde, die Dienstleistungen effizienter anzubieten und die ehrenamtlich Tätigen finanziell zu entlasten. Die Trägerorganisation erhielt nun den Namen *Verein Südwind Entwicklungspolitik* (Pilz 2004: 35 f). Neben der Herausgabe des *Südwind-Magazines* (ehemals *Entwicklungspolitische Nachrichten EPN*) ist der *Verein Südwind Entwicklungspolitik* Gesellschafter der *Südwind Buchwelt* sowie des *Klimabündnisses Österreich* (<http://www.suedwindagentur.at/start.asp?ID=543>). Weitere Impulse gingen vom *ÖIE/Südwind* zur

Gründung der *Clean Clothes*-Kampagne und der Etablierung von *Trans Fair/Fair Trade* in Österreich aus (Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007).

4.b. Die Agencia Periodística de Información Alternativa (APIA)

Die Gründung der *Agencia Periodística de Información Alternativa (APIA)* geht auf eine Initiative des Journalisten Leo Gabriel zurück. Dieser hielt sich während der Endoffensive der SandinistInnen im Mai 1979 in Nicaragua auf und arbeitete als Korrespondent für verschiedene europäische Medien. Als einzelner Journalist bediente Gabriel insgesamt 53 Medien, so war er u.a. für die Zentralamerika-Berichterstattung der Berliner Tageszeitung *taz* verantwortlich, aber auch konservative Blätter wie die *Neue Züricher Zeitung* sowie die italienische Presseagentur *ANSA* übernahmen seine Berichte.

Nach dem Sieg der Revolution gründete Gabriel zusammen mit holländischen und spanischen Kollegen eine eigene Nachrichtenagentur, was angesichts der hohen Anzahl an Abnehmer-Medien notwendig geworden war (Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007). Die *APIA* wurde als „Zentrum der Gegeninformation“ (Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007) zu den hauptsächlich von den US-Medien beeinflussten Informationsströmen etabliert. Ihre Wirkung erstreckte sich vor allem auf den deutschsprachigen Raum. Aus Österreich beteiligte sich später Ralf Leonhard von der *Informationsgruppe Lateinamerika* an der *APIA* (Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007). Dabei stützte sich die *APIA* auf ein Netz von zentralamerikanischen JournalistInnen. Die *APIA* stellte einen Pool von Artikeln zur Verfügung, aus dem die Abnehmer-Medien sich bedienen konnten. Zu den Abnehmern der *APIA* gehörten neben alternativen Medien auch die *Schweizer Depeschen Agentur (SDA)* oder die österreichische *Arbeiterzeitung* – der Kreis ging von „klar links bis bürgerlich“ (Ralf Leonhard im Interview vom 17.4.2007). Zunächst begann die *APIA* mit der Verbreitung von aktuellen Nachrichten, später kamen Artikel und Reportagen hinzu, die speziell für die Abnehmer-Medien verfasst wurden (Interview mit Ralf Leonhard vom 17.4.2007). Es gab personelle und organisatorische Überschneidungen zwischen *APIA* und *IGLA*. Die von der *IGLA* herausgegebene Zeitschrift „*Lateinamerika anders*“ wurde später mit der *APIA* zusammengelegt, was bedeutete, dass die Informationen der *APIA* vermittelt über diese Zeitschrift in Österreich verbreitet wurden (Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007). Für einige Zeit wurde der Versuch unternommen, eine *APIA*-Zeitschrift herauszugeben, die als linkes Medium für ganz Lateinamerika fungieren sollte. Dieses Unterfangen wurde jedoch wieder eingestellt, nachdem es zu Schwierigkeiten beim Vertrieb gekommen war – die Zeitschriften waren wochenlang beim Zoll

liegendeblieben (Interview mit Werner Hörtner vom 3.5.2007).

4.c. Die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)

Die *Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)* konstituierte sich 1975. Die *IGLA* wurde von Leo Gabriel, Werner Hörtner und anderen Lateinamerika-Interessierten im Anschluss an eine Filmvorführung gegründet (Interview mit Werner Hörtner vom 3.5.2007). Nach ihrem Selbstverständnis setzt sich diese Gruppe zum Ziel, eine Gegenöffentlichkeit zur einseitigen Berichterstattung in den Medien zum Thema Lateinamerika aufzubauen. Die *IGLA* nimmt dabei die Perspektive der sozialen Bewegungen ein. Dieser „andere Blick“ auf Lateinamerika soll vor allem durch die Herausgabe der Zeitschrift „*Lateinamerika anders*“ gelingen, was auch den Arbeitsschwerpunkt der *IGLA* darstellt. Die Zeitschrift erschien zunächst mit einem länderspezifischen Schwerpunkt ohne aktuellen Bezug, seit Mitte der 1980er Jahre war die Erscheinungsweise monatlich. Im Zuge der Fusionierung mit der *APIA* erschien „*Lateinamerika anders*“ bis Mitte der 1990er Jahre in einem 14-tägigen Rhythmus. Mittlerweile erscheint die Zeitschrift nur mehr fünf Mal im Jahr (Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007). Im Rahmen der *IGLA* entstanden verschiedene Solidaritätskomitees (El Salvador, Guatemala und Kolumbien), die sich im Laufe der Zeit verselbständigten. In dem kleinen Kreis, den die *IGLA* mit ihrer Zeitschrift und durch verschiedene Veranstaltungen (z.B. kultureller Natur) erreicht, bewirkt sie, dass etwa in Schulen und in anderen Medien die von ihr verbreiteten Informationen verarbeitet werden. Die *IGLA* sprach Einladungen an lateinamerikanische Persönlichkeiten wie Eduardo Galeano und Judith Reyes aus, um sie nach Österreich zu bringen (Interview mit Werner Hörtner vom 3.5.2007).

4.d. AutorInnen-Portraits

Die folgenden Portraits der *EPN*-AutorInnen gehen zum Teil auf Interviews zurück, die ich mit den Personen geführt habe. Es sind dies im einzelnen: Leo Gabriel (Interview am 26.5.2007), Werner Hörtner (Interview am 3.5.2007), Hermann Klosius (Interview am 30.5.2007), Margaretha Kopeinig (Interview am 30.4.2007) und Ralf Leonhard (Interview am 17.4.2007).

Autorinnen-Portrait von Johanna Dohnal

Johanna Dohnal wurde 1939 in Wien geboren. 1956 begann ihr politisches Engagement mit dem Beitritt zur *SPÖ* und ihrer Mitarbeit bei den *Kinderfreunden*. 1972 wurde sie Wiener Landesfrauensekretärin der *SPÖ*. Dohnal engagierte sich für die Fristenlösung, Sexualaufklärung und machte sich für die Rechte der Frauen stark, etwa durch die Förderung der autonomen Frauenbewegung. 1979 wurde sie als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt des Kabinetts Kreisky angelobt. Auf ihre Initiative kam es zu zahlreichen Gesetzesreformen, etwa beim Staatsbürgerschaftsrecht, Gewaltschutz, im Ehe- und Familienrecht. 1981 beteiligte sich Dohnal an der Gründung des Arbeitskreises „Frieden – Abrüstung – Dritte Welt“ innerhalb der *SPÖ*. 1983 war sie an der Gründung des *Hilfskomitees Nicaragua* beteiligt, dessen Koordinatorin sie bis 1991 war. 1987 wurde Dohnal zur Bundesvorsitzenden der *SPÖ*-Frauen und zur stellvertretenden *SPÖ*-Bundesparteivorsitzenden gewählt. 1990 wurde sie als Bundesministerin für Frauenangelegenheiten im Bundeskanzleramt angelobt. 1995 legte Johanna Dohnal ihre Ämter in der Regierung Vranitzky nieder (<http://www.johanna-dohnal.at>).

Autoren-Portrait von Leo Gabriel

Leo Gabriel wurde 1945 geboren. Nach dem Besuch eines humanistischen Gymnasiums begann er ein Jus-Studium, das er mit dem Doktorat abschloss. 1968 hielt er sich in Frankreich auf, wo er den Pariser Mai miterlebte. Gabriel sieht sich selbst auch als „68er“, seine politische Welt habe sich damals um 180 Grad gedreht, da er aus einem konservativen Elternhaus stammt. Gabriel ging nach Lateinamerika, konkret Mexico. An Ivan Illichs Zentrum in Guernavaca (CIDOC) lernte Gabriel einen Kreis von Menschen kennen, die im Kontext der aufkeimenden revolutionären Bewegungen

in ihren Ländern standen und nach ihrer Verfolgung in Mexico Asyl gefunden hatten und verbrachte er eine interessante Zeit mit ihnen. Gabriel beteiligte sich an der Gründung einer Strassentheatergruppe in Mexico und bereiste damit ganz Lateinamerika. Er lernte auf diese Weise Zentral- und Südamerika „von unten“, also aus der Sicht der sozialen Bewegungen, kennen. In den späten 1970er Jahren unterhielt er Kontakt zu den SandinistInnen, zu einem Zeitpunkt, als diese noch eine weniger bekannte Guerilla waren. Zwar schloss er sich der *FSLN* nicht an, aber er richtete seine journalistische Tätigkeit auf Nicaragua aus. So drehte er Filme und war auch mit der Guerilla in den Bergen. Gabriels Nähe zu dem Befreiungsprozess in Nicaragua machte ihn wichtig für die entstehende Solidaritätsbewegung in Österreich. Als Informant der Solidaritätsbewegung blieb er bis zur Abwahl der SandinistInnen 1990 in Nicaragua. Gabriel war wesentlich an der Gründung der alternativen Nachrichtenagentur *APIA* beteiligt, deren Leiter er war. In Österreich war er maßgeblich am Aufbau des *Ludwig Boltzmann Institutes für zeitgenössische Lateinamerika-Forschung* beteiligt. Bis 1996 war er als Sozialantropologe in Lateinamerika tätig, danach im Rahmen von Forschungsprojekten, etwa für die *Österreichische Akademie der Wissenschaften*. Er hält bis heute enge Beziehungen nach Lateinamerika aufrecht, seine Frau ist Salvadorianerin, seine Kinder sind in Nicaragua geboren. Seit 1996 lebt Gabriel in Wien, wo er sich vor allem im Rahmen seiner wissenschaftlichen Arbeit mit dem Thema der Autonomie (zB Kampf der Zapatistas für Autonomie in Chiapas/Mexico) befasste. 2005 wurde das *Ludwig Boltzmann Institut für zeitgenössische Lateinamerika-Forschung* nach 20-jährigem Bestehen von der ÖVP-nahen Boltzmann-Gesellschaft geschlossen, weil Gabriel es gewagt hatte, für eine politisch linksstehende Partei bei den EU-Wahlen zu kandidieren. Aus eigener Kraft arbeitet er nun am Aufbau eines neuen Institutes, dem *Institut für interkulturelle Forschung und Zusammenarbeit*.

Autoren-Portrait von Alfred Gusenbauer

Alfred Gusenbauer wurde 1960 in St. Pölten/NÖ geboren. Sein Studium der Politikwissenschaften, Philosophie und Rechtswissenschaften schloss er mit der Promotion 1987 in Wien ab. Von 1984 bis 1990 war Gusenbauer Vorsitzender der *Sozialistischen Jugend Österreichs*, sowie bis 1989 Vizepräsident der *Sozialistischen Jugendinternationale*. Im Jahr 1989 war er Vizepräsident der *Sozialistischen Internationale*. Zwischen 1990 und 2000 war Gusenbauer Bezirksparteivorsitzender der *SPÖ* Melk und seit 1991 Stadtparteivorsitzender der *SPÖ* Ybbs an der Donau. Weitere Ämter übernahm er als Mitglied des Landespartei Vorstandes der *SPÖ* Niederösterreich, Mitglied des Landesparteipräsidiums der *SPÖ* Niederösterreich, Bundesgeschäftsführer der *SPÖ* 2000, Mitglied

der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des *Europarates* seit 1991 und Vorsitzender des Sozialausschusses der Parlamentarischen Versammlung des *Europarates* 1995-98. Seit dem Jahr 2000 ist Gusenbauer *SPÖ*-Bundespartei-Vorsitzender und Klubobmann des Sozialdemokratischen Parlamentsklubs. Am 11.1.2007 wurde er als Bundeskanzler der Grossen Koalition aus *SPÖ* und *ÖVP* angelobt (<http://www.austria.gv.at/site/3332/default.aspx>).

Autoren-Portrait von Werner Hörtner

Werner Hörtner wurde am 29.2.1948 geboren. Er absolvierte die Handelsschule in Innsbruck, wollte jedoch nicht im wirtschaftlichen Bereich arbeiten. Hörtner war in mehreren kurzfristigen Jobs tätig, um sich seine Reisetätigkeit zu finanzieren. So arbeitete er einige Zeit bei der Post, war als freiberuflicher Übersetzer aktiv und war in der Druckerei des UN-Documentary Service tätig. Seit 1971 reiste er häufig nach Lateinamerika, seine erste Reise führte ihn nach Bolivien und Kolumbien, wo er seine kolumbianische Frau kennenlernte. 1975 war er an der Gründung der *Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)* beteiligt. Nach seiner Rückkehr von einer Reise nach Kolumbien lernte er in Wien bei einer Filmvorführung Leo Gabriel kennen, mit dem er gemeinsam die Idee entwickelte, eine Solidaritäts-Gruppe zu etablieren. Ebenfalls seit der Gründungszeit war Hörtner ehrenamtlicher Mitarbeiter beim *Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)*, in dessen Vorstand er Anfang der 1980er Jahre war. Im Rahmen seiner Tätigkeiten bei der *IGLA* und der Zeitschrift „*Lateinamerika anders*“ wurde Hörtner mit dem Befreiungskampf in Nicaragua konfrontiert, als dieser 1977/78 in seine stärkste Phase geriet. Seit 1978 war er dann in der Nicaragua-Solidaritätsbewegung engagiert. Im Herbst 1978 entschied er gemeinsam mit anderen, ein Solidaritätskomitee ins Leben zu rufen, wobei zu diesem Zeitpunkt bereits Kontakte mit VertreterInnen der *FSLN* in Europa bestanden. 1984/85 arbeitete Hörtner 15 Monate lang als Journalist für die alternative Nachrichtenagentur *APIA* in Nicaragua. Nach seiner Rückkehr bemühte er sich darum, die Meldungen der *APIA* an die österreichischen Medien weiterzuvermitteln. Daneben arbeitet er an dem Nachrichtenbulletin „*Nicaragua Nachrichten*“. Seit 1990 ist Hörtner in der Redaktion des *Südwind-Magazins* angestellt.

Autoren-Portrait von Joe Kemptner

Dr. Josef (Joe) Kemptner (1947-2004) absolvierte ein Studium der Publizistik und

Politikwissenschaft. (http://www.literaturhaus-salzburg.at/autoren/index.cfm?a_id=1319&detail=2787&select_month=0104) Er war zwischen 1977 und 1996 in der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der *Entwicklungszusammenarbeit Dritte Welt (EZA)* aktiv. Von 1996 bis 2003 arbeitete er bei der *Klimabündnis-Regionalstelle* in Salzburg (<http://www.suedwind-magazin.at/start.asp?artid=2864&ausg=200405&b=0&artart=>, *Südwind-Magazin* 5/2004).

Autoren-Portrait von Hermann Klosius

Nach einem abgebrochenen Studium in Physik und Mathematik begann Hermann Klosius eine Dolmetscherausbildung in Spanisch und Englisch. Danach studierte er Publizistik und Politikwissenschaft. Nach dem Abbruch des Physik-Studiums reiste er im Herbst 1977 für ein paar Monate durch Lateinamerika und lernte auf diese Weise Mexiko, Kolumbien und Zentralamerika kennen. Er hielt sich wenige Tage in Managua auf, wo er vor allem aus Zeitungen von den Kämpfen der *FSLN* gegen das Somoza-Regime erfuhr. Seither verfolgte er die Ereignisse in Nicaragua mit grossem Interesse. Klosius arbeitete bei der *Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)* mit. Obwohl er selbst noch zu jung für eine aktive Teilnahme an der Solidaritätsbewegung war, so war die Erfahrung des Putsches in Chile ein Impuls für ihn, im Zusammenhang mit Lateinamerika politisch aktiv zu werden. Im Herbst 1979 schloss er sich – wie andere *IGLA*-Mitarbeiter auch – dem Personenkomitee für Nicaragua an, das bald mit einem Aufruf zur Unterstützung der nicaraguanischen Flüchtlinge an die Öffentlichkeit trat. Bis 1981 war er eine Zeit lang als Aussenstelle der *APIA* aktiv. Zu Beginn der 1980er Jahre beteiligte er sich an der Gründung der Solidaritätskomitees für El Salvador und Guatemala, die beide u.a. auf Initiative der *IGLA* ins Leben gerufen wurden. Klosius beteiligte sich in der Gründungsphase am Aufbau des *Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik (ÖIE)* Ende 1979. Klosius war als Redakteur der *Entwicklungspolitischen Nachrichten (EPN)* tätig. Über seine Funktion beim *ÖIE* und den *EPN* nahm er eine koordinierende Rolle in der gesamtösterreichischen Solidaritätsbewegung ein. Aufgrund von Überlastung konzentrierte er sich bald auf seine Arbeit bei den *EPN*, der *IGLA* und im Guatemala-Komitee. Mit einer Karenzunterbrechung 1985 war er bei den *EPN* bis 1991 aktiv tätig. Danach arbeitete er drei Jahre lang im Bereich Werbung und Vertrieb für das *Südwind-Magazin*. Seither ist er als freischaffender Journalist tätig, mit den Schwerpunkten Nord-Süd-Beziehungen, Ökologie und Lateinamerika. Sporadisch arbeitet Klosius auch heute noch als freier Mitarbeiter des *Südwind-Magazines*.

Autorinnen-Portrait von Margaretha Kopeinig

Margaretha Kopeinig studierte Soziologie und Pädagogik. Parallel dazu absolvierte sie eine Ausbildung zur Sozialarbeiterin. Schliesslich begann sie ein weiteres Studium aus Politikwissenschaft und Geschichte. Neben dem Studieren arbeitete sie schon beim *Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)* mit. 1981/82 schloss Kopeinig ihr Soziologie-Studium ab. Weil ihr Österreich zu eng erschien, zog es sie ins Ausland, weshalb sie ein Stipendium für die Universidad de los Andes in Kolumbien annahm. Sie hielt sich zwei Jahre lang in Kolumbien auf, wo sie Spanisch lernte und ein Post-graduate-Studium abschloss. Daneben unternahm sie Recherchen für ihre Dissertation aus Politikwissenschaft zum Thema „Die Abhängigkeit Kolumbiens von den USA bis in die 1980er Jahre“. Sie stellte - zum Teil im Auftrag der Regierung - Studien über die „Entwicklung“ bestimmter Regionen Kolumbiens an, etwa Gebiete der indigenen Bevölkerung am Amazonas, deren Ergebnisse Einfluss auf die Politik nahmen. Ihr Interesse für Lateinamerika entwickelte sich zunächst dadurch, dass sie Spanisch lernte. Auch befasste sich Kopeinig im Rahmen ihres Politikwissenschaftsstudiums mit neuen Theorien wie der Dependencia-Theorie und der Befreiungstheologie. In Vorlesungen wurde sie mit den politischen Bewegungen in Lateinamerika sowie auch mit der Entkolonialisierung Afrikas konfrontiert. Ein weiterer Anknüpfungspunkt waren die Ereignisse in Chile und die nach dem Putsch 1973 nach Österreich geflüchteten ChilenInnen. Für Nicaragua begann sich Kopeinig ab 1979 zu interessieren, als sie sich vor allem in ausländischen Zeitungen über den Aufstand der SandinistInnen informierte. Einen Besuch stattete sie Nicaragua erst 1990 ab, im Rahmen ihrer Tätigkeit als UN-Wahlbeobachterin. Sie sympathisierte zwar mit der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, war jedoch selbst nie in einer Gruppe aktiv. Seit 1989 arbeitete sie als Journalistin, zunächst für die *Arbeiterzeitung*, dann für den *ORF*. Nach kurzer Tätigkeit für das Nachrichtenmagazin *profil* wurde sie schliesslich Redakteurin beim *Kurier* (<http://www.czerninverlag.com/czerninverlag/authorshow.xml?id=6>).

Autoren-Portrait von Adalbert Krims

Adalbert Krims wurde 1948 in Freistadt/OÖ geboren. Zwischen 1967 und 1970 war er Religionslehrer und in der *Katholischen Jugend* tätig. Seit 1972 war er als Vorsitzender der *Aktion*

Kritisches Christentum (AKC) aktiv. Er übernahm die Funktion als Chefredakteur der Monatszeitschrift „*Kritisches Christentum*“ und arbeitete bei verschiedenen anderen Medien sowie als Korrespondent der „Dritte Welt“-Nachrichtenagentur *Inter Press Service* (IPS) in Österreich. (http://www.sokrates-web.de/php_skripte/detailseite.php?ID=AQ+906753&PHPSESSID=0dceee3fe9338f51550e72f4b4593664)

Autoren-Portrait von Ralf Leonhard

Ralf Leonhard machte eine Ausbildung zum Juristen. Danach absolvierte er die Diplomatische Akademie in Wien. Bereits mit 17 Jahren lernte Leonhard Spanisch am Lateinamerika-Institut. Dadurch wurde auch sein Interesse an Lateinamerika geweckt. 1978 war er drei Monate lang in Süd- und Mittelamerika sowie in Mexico unterwegs. Von diesem Zeitpunkt an war Leonhard besonders sensibel für Nachrichten aus dieser Region. Seit 1980 ist er Mitglied bei der *Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)* in Wien. Schliesslich erhielt er die Einladung, am Aufbau einer alternativen Nachrichtenagentur, der *APIA*, in Lateinamerika mitzuwirken. Die Zeit zwischen 1982 und 1996 verbrachte er als Mitarbeiter verschiedener Medien in Zentralamerika. Seit seiner Rückkehr vor 11 Jahren ist Leonhard als freier Journalist in Österreich tätig, daneben hält er Vorträge und Seminare und verfasst Studien. Während seines Aufenthaltes in Lateinamerika nahm er Kontakt zur Solidaritätsbewegung mit Nicaragua in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf. Seine Aufmerksamkeit für die Situation in Nicaragua wurde durch die revolutionären Kämpfe und durch die Entrüstung über die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen unter Somoza geweckt. Ralf Leonhard betrachtet sich selbst nicht als Aktivist der Solidaritätsbewegung, sondern als jemand, der Informationen liefert, welche nicht in der breiten Presse zu finden sind. Dabei ist es ihm ein Anliegen, die Informationen in ihrem Kontext darzustellen und nicht zu unterdrücken, sobald sie nicht mehr in das – durch den europäischen Blick gefilterte - Schema passen.

Autoren-Portrait von Robert Lessmann

Robert Lessmann wurde 1960 in Fürth/Bayern geboren. Lessmann studierte Politische Wissenschaften, Soziologie, Geschichte, Philosophie und Englische Philologie in Wien und Erlangen. Er schloss 1994 mit seiner Promotion in Wien ab. Robert Lessmann ist als freier Publizist

und Berater tätig. Er arbeitete u.a für *Der Standard*, *Süddeutsche Zeitung*, *GEO* und *Südwind Magazin*. Im Rahmen von Forschungs- und Recherchetätigkeiten hielt er sich mehrmals in den Andenländern auf. (<http://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/person.php?id=193>)

Autoren-Portrait von Gerhard Steger

Gerhard Steger wurde 1957 geboren. Er studierte Politikwissenschaften und habilitierte sich 1988 an der Universität Innsbruck. Er engagierte sich bei der sozialdemokratischen „*Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus*“, deren Bundesvorsitzender er war. Seit 1991 war er Leiter der Budgetabteilung für Land- und Forstwirtschaft im Finanzministerium; seit 1997 ist Steger Leiter der Budgetsektion im Finanzministerium.

(<https://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4601&Alias=wzo&cob=259830¤tpage=2>, Wiener Zeitung vom 1.12.2006)

5. Diskursanalyse der Entwicklungspolitischen Nachrichten

5.a. Die Entwicklungspolitischen Nachrichten (EPN)

Die *Entwicklungspolitischen Nachrichten* existierten in dieser Form zwischen 1979 und 1990. Danach erfolgte die Umbenennung in *Südwind-Magazin*, welches bis heute besteht. Bis zu seiner Umstrukturierung 1997 bzw. Umbenennung 1998 in „*Südwind - Verein für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit*“ war der *Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)* Herausgeber der *EPN*. Die *EPN* erschienen als Nachfolge-Periodikum des „*Entwicklungshilfe-Informationsdienstes*“ (Die Entwicklungspolitischen Nachrichten. Was sie waren; wie sie wurden, was sie sind; in: *EPN* 6/82, Seite 11), welcher das Medium des *ÖIE*-Vorgängers „*Jugendrat für Entwicklungshilfe*“ war.

Zumindest in den Anfangsjahren war der *ÖIE* auch selbst verantwortlich für Herstellung, Druck und Versand der *EPN*. „Getragen wurde diese Zeitschrift von einer Handvoll Menschen, die überzeugt waren, daß in Österreich Bedarf an einer entwicklungspolitischen Zeitschrift gegeben ist, die nicht nur ein reines Fachpublikum anspricht“ (Klosius / Schennach 1988: 3). Die Ausgabe 19-20/80 der *EPN* hatte schliesslich das erste Titelblatt in Farbe. Ferner machten die ursprünglich von ihrer Tendenz her aus anderen Medien übernommenen Artikel vermehrt eigenverfassten Berichten Platz. (Klosius / Schennach 1988: 3)

Letztverantwortlich für den Inhalt der *EPN* war in den frühen Jahren Richard Langthaler. Ab der Ausgabe 5/82 übernahm Stefan Schennach die Funktion des leitenden Redakteurs der *EPN*. Diese Funktion sollte in den folgenden Jahren zwischen Schennach und dem Afrika-Kenner Walter Sauer jährlich rotieren. Im Zuge einer allgemeinen Umstrukturierung der Arbeitsbereiche des *ÖIE* wurde die Funktion des leitenden Redakteurs Anfang 1986 jedoch abgeschafft. Stattdessen wurde laut Editorial der *EPN*-Ausgabe 1/86 ein von Heft zu Heft wechselnder „Chef vom Dienst“ eingeführt, der die Verantwortung für die Produktion übernahm sowie für die Schlussredaktion zuständig war. Stefan Schennach verliess die Redaktion der *EPN* im Mai 1988, um als Pressesprecher für den Parlamentsklub der *Grünen* tätig zu werden. Walter Sauer wechselte Anfang 1986 in das neu gegründete *ÖIE*-Referat „Informationsmanagement“ und gab somit teilweise seine Funktionen innerhalb der *EPN* ab. Die neue Organisation der Redaktionsarbeit wird von Hermann Klosius und Stefan Schennach erörtert und als Ausdruck einer allgemeinen Professionalisierung gesehen: „Die inhaltliche Verantwortung für das Heft liegt bei der/dem jeweiligen Schlußredakteur/in. Diese

Funktion wird von den drei Mitgliedern der Redaktion, die mit umfangreichen inhaltlichen Ressortkompetenzen ausgestattet sind, abwechselnd wahrgenommen“ (Klosius / Schennach 1988: 3). Über die kontinuierlichen Veränderungen der *EPN* schrieb die Redaktion im Editorial der *EPN* 9/84: „1979 waren die *EPN* noch ein dreiwöchig erscheinendes Heft, auf eigener Offsetmaschine gedruckt, von den Kollegen im Büro rückengeleimt und versandt. Eigene Texte waren mit Schreibmaschine geschrieben, wenige Bilder, Zeitungsausschnitte kopiert, und die starren Blöcke im Heft waren seinerzeit äußeres Kennzeichen. Langsam, aber kontinuierlich vollzog sich eine Änderung in Richtung „Dritte-Wlet-Magazin“ [sic!], das aller erklärtes Ziel war.“ Die im Verlauf der Zeit zunehmende Professionalisierung drückte sich in dem Bemühen aus, „die Dritte Welt-Problematik an Hand von konkreten Beispielen, journalistisch aufbereiteten Analysen, Reportagen und aus dem Mund von Betroffenen in einer allgemein verständlichen Sprache nachvollziehbar und greifbar zu machen“ (Klosius / Schennach 1988: 3)

Klosius und Schennach zufolge waren Wien und die Steiermark, später gefolgt von Tirol und Oberösterreich, die Bundesländer mit den meisten verkauften Abonnements (Klosius / Schennach 1988: 3)

Subventionskürzungen – 1988 verweigerte die österreichische Regierung dem *ÖIE* die Basisfinanzierung - führten dazu, dass im Jahr 1988 keine eigene September-Ausgabe der *EPN* erscheinen konnte, sondern es nur eine Doppelnummer 9-10/88 gab, wie im Editorial verlaubart wurde. Besonders in dieser Situation setzte sich die Redaktion zum Ziel, ihre Eigenmittel durch höhere Abonnementzahlen zu erhöhen und so ihre Abhängigkeit von Subventionen zu reduzieren.

5.a.1. Struktur

Die Erscheinungsweise der *EPN* war zunächst unregelmäßig, aber in der Anfangszeit tendenziell zwei Mal im Monat, zumeist zu Beginn und in der Mitte des Monats. Im Jahr 1980 gab es ferner vier Doppelnummern. Insgesamt erschienen im Jahr 1980 bis zum Dezember 16 Ausgaben. Ab dem Jahr 1981 war die Erscheinungsweise dann tendenziell einmal im Monat. Dabei ist festzustellen, dass es auch weiterhin Doppelnummern gab, etwa die Ausgabe 7-8/82 vom Juli 1982. Diese Doppelnummern erschienen mehrheitlich in den Sommermonaten (Ausgabe 7-8), wobei es mitunter auch im Dezember Doppelnummern gab sowie in den letzten beiden Jahren auch im Januar. Mit der Ausgabe 11-12/80 erfolgte erstmals eine Umstellung des Layouts auf Umweltpapier. Aber erst in *EPN*-Ausgabe 4/89 heisst es im Editorial, dass diese Ausgabe die erste sei, die „ganz auf Umweltpapier gedruckt“ wurde.

Die Seitenzahlen der *EPN* bewegen sich in den ersten Jahren zwischen 32 und 36 Seiten, ab 1981 zwischen 36 und 44 Seiten. Eine Ausnahme bilden die Doppelnummern, die zwischen 48 und 58 Seiten enthalten. Ab *EPN* 11/84 bewegen sich die Seitenzahlen auf einem niedrigeren Niveau, nämlich zwischen 28 und 32 Seiten, um sich ab *EPN* 5/85 wieder bei 36 Seiten einzupendeln. Ab *EPN* 5/87 steigt die Seitenzahl auf 40 Seiten, wobei Doppelnummern 48 Seiten haben. Eine Sonderstellung nimmt die Ausgabe 4/88 der *EPN* ein, welche ein Sonderheft zur Nord-Süd-Kampagne des Europarates darstellt und 64 Seiten zählt.

Der Preis für die *EPN* betrug bis zur Ausgabe 7-8/80 10 öS (0,73 Euro), danach 15 öS (1,09 Euro). Ab der Ausgabe 1/82 stieg der Preis auf 20 öS (1,45 Euro), wobei Doppelnummern 30 öS (2,18 Euro) kosteten. Mit der Ausgabe 1/85 erfuhren die *EPN* eine weitere Preiserhöhung auf 25 öS (1,82 Euro), Doppelnummern hielten den alten Preis von 30 öS. Schliesslich gab es mit der *EPN*-Ausgabe 1/88 eine erneute Preissteigerung: Von nun an betrug der Preis 30 öS (2,18 Euro), Doppelnummern kosteten 40 öS (2,91 Euro). Eine Ausnahme stellt das Sonderheft 4/88 dar, welches 40 öS kostete, jedoch auch 64 Seiten beinhaltete.

Mit der *EPN*-Ausgabe 18/80 wurde eine neue Sparte eingeführt, die Kurznachrichten aus Ländern des Trikonts aus anderen Medien zusammenfasste. Ab den *EPN* 7-8/82 wurde die Sparte „Titelgeschichte“ eingeführt, die einen breiter angelegten Themenartikel inklusive Fotos enthielt. Die erste Titelgeschichte befasste sich mit Grenada. Seit der Ausgabe 11/82 brachten die *EPN* eine Rubrik „EPN-Hintergrund“ mit Hintergrundinformationen zu spezifischen Themen wie den Menschenrechten der dritten Generation (*EPN* 11/82) oder zur multilateralen Entwicklungshilfe (*EPN* 12/82).

Die Struktur der Rubriken teilte sich in den Anfangsjahren auf die Sparten „Analysen, Berichte, Kommentare“, „Entwicklungspolitik in den Medien“ sowie „EPN-Forum“ auf. Diese Aufteilung blieb bis zur Ausgabe 15/80 bestehen, ab der dann auch die Titel der Schwerpunktthemen ins Inhaltsverzeichnis aufgenommen wurden. Eine abgeänderte Struktur erhielten die *EPN* mit der Ausgabe 18/80: Die Rubriken teilten sich nun auf in „Kurznachrichten“, „Aktion aktuell“, „EPN-Forum“, „Entwicklungspolitik in den Medien“ sowie „Termine“. Ab der Ausgabe 1/81 kam ein „Aktueller Kommentar“ als eigene Sparte hinzu. Ab der *EPN*-Ausgabe 11/81 wurde die Struktur gänzlich verändert: Die Sparten hiessen jetzt „Dritte Welt und Österreich“, „Entwicklung international“ (manchmal auch „Internationale Entwicklung“), „Ländergeschehen“, „Kultur, Bücher, Termine“ (später nur „Kultur“, ab *EPN* 1/84 „Kultur, Bildung, Wissenschaft“). In Ausgabe 1/82 kam die Rubrik „Aktion aktuell“ kurzzeitig wieder hinzu. Abgelöst wurde diese Sparte ab der *EPN*-Ausgabe 5/82 durch die Nennung des Schwerpunktthemas. Diese Entwicklung fand sich ab

nun ständig in den *EPN*: Es wurden die Schwerpunktthemen des Heftes bereits im Inhaltsverzeichnis als eigene Rubrik angeführt. In der Ausgabe 4/82 kam als neue Rubrik „Entwicklungspolitische Diskussion“ hinzu. Ab der *EPN*-Ausgabe 7-8/82 wurde die neue Sparte „EPN-Titelgeschichte“ eingeführt. Auch die „Serie“ wurde in dieser Ausgabe neu etabliert. Der „EPN-Hintergrund“ kam ab Ausgabe 11/82 hinzu. Ab der Ausgabe 6/83 fiel die Rubrik „Internationale Entwicklung“ weg, die Schilderung der Ereignisse in der „Dritten Welt“ blieb von nun an der Sparte „Ländergeschehen“ vorbehalten. Ferner wurde die Rubrik „Internationale Entwicklungspolitik“ eingeführt. Als neue Sparte wurde in Ausgabe 11/83 die Rubrik „Gruppenforum“ etabliert. Mit der Ausgabe 1/85 wurden die *EPN* erneut reformiert. Neben einem neuen äusseren Erscheinungsbild änderte sich laut Editorial die Aufteilung und Besetzung der Ressorts. Die Redaktion kommentierte diese Reform im Editorial der *EPN*-Ausgabe 5/85 folgendermaßen: „Im sechsten Erscheinungsjahr der *EPN* war die zu Jahreswende durchgeführte Konzeptänderung dringend gefordert, wollen wir doch zu neuen Zielgruppen gelangen. Bei aller gebotenen Kritik einiger unserer alten und treuen Leser, die im Laufe der Jahre ihre *EPN* liebgewonnen haben, gibt uns der Abonnentenboom zu Beginn dieses Jahres hinsichtlich der Blattreform in vielem recht. 300 neue Leser in drei Monaten haben durch ihr Abonnement eine Entwicklung positiv beantwortet, die aber noch lange nicht abgeschlossen ist. Die Gratwanderung zwischen Unterhaltung, Information, Analyse und sinnlichen Elementen ist schwieriger als wir es uns gedacht haben. Doch auch durch die sinnvolle Neugestaltung der Ressortverteilung innerhalb der Redaktion, wo mehr denn je eine ganzheitliche Sichtweise frühere Spezialisierungen verdrängt und das Konzept sich darin zu bewähren scheint, kann diese Gratwanderung ohne Absturz in das eine oder andere Extrem gut überstanden werden.“ Die *EPN*-Redakteure Hermann Klosius und Stefan Schennach kommentierten die Reform der *EPN* auf diese Weise: „Man begann, sich am publizistischen Konzept eines Magazins auszurichten. *EPN* – Das Dritte-Welt-Magazin sollte nicht nur Dritte Welt-Insiderkreise ansprechen, sondern auch solche Leserinnen und Leser erreichen, die für Entwicklungsprobleme ganz allgemein sensibilisiert sind. Seither beschreiten wir eine schwierige Gratwanderung: Einerseits wollen wir ein gut gemachtes und abwechslungsreiches Magazin erstellen, andererseits soll nicht „der Einfachheit halber“ auf Inhalte verzichtet werden“ (Klosius / Schennach 1988: 3).

Ab *EPN* 9/86 wurde das Inhaltsverzeichnis nach den Regionen Afrika, Asien und Lateinamerika eingeteilt. Mit der *EPN*-Ausgabe 1-2/89 erhielt das Heft eine neue Struktur: Die Rubriken „EPN-Hintergrund“ und „Titelgeschichte“ wurden abgeschafft und stattdessen die Sparte „EPN-Schwerpunkt“ eingeführt. Den ersten derartigen Schwerpunkt bildete das Thema Giftmüllexporte in die „Dritte Welt“. In der Ausgabe 6/89 gab es ferner einen Schwerpunkt zu Nicaragua. Ebenfalls zu

Nicaragua findet sich in der Ausgabe 12/84 eine *EPN*-Titelgeschichte („Nicaragua unter Geiern“). In der Ausgabe 3/89 wurde eine weitere Neuigkeit etabliert: die Glosse, für deren Abfassung abwechselnd drei JournalistInnen, unter ihnen Leo Gabriel, gewonnen werden konnten.

Die Editorials wurden bis Anfang 1981 von verschiedenen Mitgliedern der *EPN*-Redaktion geschrieben und waren namentlich gekennzeichnet. Ab der *EPN*-Ausgabe 1/81 scheint die Redaktion als Verfasserin der Editorials auf. Ab *EPN* 6/83 wurde das Editorial mehrheitlich vom zu dieser Zeit leitenden Redakteur Walter Sauer verfasst. Wiederum ab Ausgabe 6/84 scheint die Redaktion der *EPN* als Schreiberin der Editorials auf.

Eine Sonderstellung nehmen die Beilagen der *EPN* sowie die beiden „Nebenprojekte“ der *EPN*-Redaktion - „*EPN*-aktuell“ und „*EPN* – zum Beispiel“ - ein. Für diese Arbeit wurden diese nicht berücksichtigt. „*EPN*-aktuell“ stellte einen Terminkalender zur Verfügung und sollte dem Anspruch gerecht werden, trotz der Erscheinungsweise als Monatsmagazin auch Aktualität zu bieten. Die – im Gegensatz zu den Beilagen und „*EPN*-aktuell“ - nicht in den *EPN* enthaltene „*EPN* – zum Beispiel“ sollte zur Vertiefung spezifischer Themenkreise beitragen (Die Entwicklungspolitischen Nachrichten. Was sie waren; wie sie wurden, was sie sind; in: *EPN* 6/82, Seite 11).

5.a.2. Inhalte

In den Anfangsjahren gab es häufig Schwerpunkte zu allgemeinen Themen der „Dritten Welt“ sowie spezifisch regionale Schwerpunkte. So finden sich etwa ein Schwerpunkt zur dritten Konferenz der *UNIDO* (*United Nations Industrial Development Organization*) (*EPN* 4/80), zur *UNO*-Frauenkonferenz in Kopenhagen (*EPN* 13-14/80) sowie Schule und „Dritte Welt“ (*EPN* 5/80). Zu den regionalen Schwerpunkten gehörten 1980 Afrika und Lateinamerika. Ferner gab es Schwerpunkte zu den Kampagnen des *ÖIE*, wie etwa „Hunger ist kein Schicksal – Hunger wird gemacht“ (*EPN* 17/80). Ereignisbezogene Schwerpunkte finden sich etwa in der Ausgabe 3/80 der *EPN*, wo der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan sowie in der Ausgabe 6/80, wo die Wahlen in Zimbabwe thematisiert wurden. Auch der geplante Waffenexport der österreichischen Steyr-Werke an die Militärdiktatur in Chile wurde schwerpunktmäßig erfasst (*EPN* 15/80). Ein weiterer Fixpunkt der frühen *EPN*-Ausgaben waren die Jahresrückblicke, in denen die wichtigsten politischen Ereignisse auf den drei Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika im Abriss behandelt wurden. Dieser Bestandteil der *EPN* wurde mit der Zeit nicht mehr weiter verfolgt. In der Ausgabe 1/84 erschien noch ein Jahresrückblick in der Form eines Interviews mit

Minister Erwin Lanc, zuletzt ein Jahresrückblick zu Afrika in der Ausgabe 12/85.

Ab der Ausgabe 7-8/82 wurde die „Serie“ zu einem kontinuierlichen Bestandteil der *EPN*. Die erste Serie lautete „Dritte Welt kontra Hollywood“ und beschäftigte sich mit dem Filmschaffen von „Dritte Welt“-KünstlerInnen. Von der Ausgabe 3/84 an erstreckte sich bis über das Jahr 1985 eine Serie über die Entwicklungspolitik der österreichischen Bundesländer („G'schichten aus Österreich“). Es folgten ab *EPN* 2/86 eine Serie über Fragen von Flucht und Asyl („Leben auf der Flucht“), ab *EPN* 4/87 die Serie „Kolonialwaren“, schliesslich nach einer längeren Pause 1988/89 eine Serie über die Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ab *EPN* 3/90.

Neben den „grossen“ Schwerpunkt-Themen finden sich in den *EPN* Artikel, die sich spezifisch mit der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Situation in den Ländern des Trikonts auseinandersetzten. Die kulturelle Thematik fristete zunächst noch ein Rand-Dasein. Erst mit der *EPN*-Ausgabe 11/81, mit der sich auch die allgemeine Struktur der *EPN* – ein neuer Aufbau der Sparten – änderte, wurde eine eigene Sparte für kulturelle Themen eingeführt.

Die AutorInnen bewegen sich in engem Zusammenhang zu den Kampagnen des *ÖIE* wie zB „Hunger ist kein Schicksal“ (1980) und „Entwicklung statt Rüstung“ (1982). Die Thematik kreiste um die Zusammenhänge von internationaler Wirtschaftsordnung, Ernährung und Rüstung. Es wurde beklagt, dass die österreichische Entwicklungshilfe eine fallende Tendenz aufweise, während zugleich die Ausgaben für die Rüstung weltweit steigen. Es wurden bestimmte Produkte, wie zB Kaffee, im Kontext der weltweiten Handelsstrukturen behandelt sowie länderspezifische Artikel unter dem Oberbegriff des Hungers verfasst. Die Forderungen der sog. „Entwicklungsländer“ nach einer „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ sowie Bruno Kreiskys „Marshall-Plan“ für die „Dritte Welt“ wurden von den *EPN* aufgegriffen und immer wieder in die Diskussion gebracht. Es kam vor, dass sich die AutorInnen mit einem Schwerpunkt-Thema in seiner Ausprägung in verschiedenen Ländern befassten. So wurde etwa das Thema „Kirche in Lateinamerika“ (*EPN* 7-8/80) nicht nur unter unterschiedlichen Gesichtspunkten sondern auch länderspezifisch beleuchtet. Daneben waren Artikel zur österreichischen Entwicklungspolitik ein immer wiederkehrendes Thema in den *EPN*. So war etwa die Ausgabe 11-12/80 ganz dem Thema Entwicklungspolitik gewidmet. Die Auseinandersetzung mit dem jährlichen Entwicklungshilfe-Plan der österreichischen Regierung gehörte ebenfalls zum Themenrepertoire. Ab der *EPN*-Ausgabe 11/81 wurden häufiger Berichte über Entwicklungshilfe-Projekte veröffentlicht. Ergänzt wurde dies durch den Abdruck von Stellungnahmen von Personen und Organisationen der entwicklungspolitischen „Szene“ in Österreich, zB des *Österreichischen Entwicklungsdienstes* (ÖED). Auch die österreichischen

Waffenexporte in autoritär regierte Länder der „Dritten Welt“, wie Chile, Argentinien und Marokko, wurden häufig behandelt. Die Ausgabe 15/80 war mit einem Schwerpunkt zu den geplanten Panzerlieferungen an die Pinochet-Diktatur versehen. Die *EPN*-Ausgaben 10/81 und 2/82 standen unter dem Motto der Kampagne „Entwicklung statt Rüstung“, die als Weiterführung der Kampagne „Hunger ist kein Schicksal“ gedacht wurde.

Im Laufe des Jahres 1983 begann sich das Themenrepertoire der *EPN* weiter aufzufächern. Neben die „alten“ Kernthemen wie Entwicklungshilfe, Länderberichte und internationale Konferenzen traten die Thematisierung der Politik von Konzernen gegenüber den „Entwicklungsländern“, etwa der Pharmaindustrie (*EPN* 2/83), von Rassismus (*EPN* 3/83) und von der Beziehung zwischen Gewerkschaften und „Dritter Welt“ (*EPN* 7-8/83). Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Norden und Süden, insbesondere die Frage von Agrarwirtschaft, Ernährung und Hunger sowie soziale Themen wie Gesundheit und Bildung blieben kontinuierliche Themen in den *EPN* und bildeten weiterhin den Hintergrund für Schwerpunkte, so etwa in *EPN* 11/83 (Bildung) und 2/84 („giftige Produkte“). Als neue Kernthemen traten ab Mitte der 1980er Jahre hinzu: Frauen, Süd-Süd-Kooperation, Verschuldung, österreichische Entwicklungspolitik und Ökologie. So waren etwa die *EPN* 3/84 und 12/90 („Frauenarbeit“) und *EPN* 3/89 („Frauen in Afrika“) mit einem Schwerpunkt dem Thema Frauen gewidmet. In den späteren Jahren widmeten sich die *EPN* vermehrt auch spezifischen Ländern und Regionen im Rahmen von Schwerpunkten. Im Rahmen des Schwerpunktes „Lateinamerika – zwischen Elend und Befreiung“ in den *EPN* 6/83 gab es mehrere Bezugnahmen auf Nicaragua. Als dominierend kann man jedoch in der Berichterstattung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre den afrikanischen Kontinent ansehen, wobei insbesondere das südliche Afrika (Südafrika, Namibia, Zimbabwe) sowie die afrikanische Integration (*SADCC – South African Development Coordination Conference*) einen wesentlichen Raum in den *EPN* einnehmen. So waren u.a. *EPN* 1/85 („Dürre in Afrika“), *EPN* 1/86 (Südafrika), *EPN* 2/87 („AIDS in Afrika“) und *EPN* 6/90 („SADCC“) allein dem Thema Afrika als Schwerpunkt gewidmet. Einen neuen, an der österreichischen Entwicklungspolitik orientierten Themenschwerpunkt erhielten die *EPN* Anfang 1988. Im Editorial der Ausgabe 3/88 heisst es: „Ab diesem Heft ist die Österreichberichterstattung stark ausgeweitet. Ziel ist eine kontinuierliche und umfassende Information. Private Initiativen werden ebenso Gegenstand von Erörterungen sein wie die staatliche Entwicklungshilfe und -politik – bekanntlich eines der Stiefkinder österreichischer Politiker. Unsere Berichte sollen und müssen helfen, Entwicklungspolitik zum Thema zu machen, also einen festen Platz im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu finden, damit die Ausrede endlich wegfällt: Mit Entwicklungshilfe sei ohnehin kein Staat zu machen.“

5.a.3. Selbstverständnis

Die *EPN* als Medium des *ÖIE* sollten Ausdruck von Eigenständigkeit sein. Die Berichterstattung sollte – wie es im Editorial der Erstausgabe *EPN* 0/79 heisst - „weder einen einseitigen SP-Einschlag haben, wie es manche dem Jugendrat nachsagten, noch einseitig kirchlich geprägt sein (auch dazu wurden Vorwürfe laut) [...]. Versucht werden soll eine unabhängige Berichterstattung über aktuelle entwicklungspolitische Fragen, gebunden an die Grundsatzerklärung des *ÖIE* [...]“. In der Grundsatzerklärung des *ÖIE* heisst es zum Aufgabenbereich dieser Organisation: „Weltweit setzt sich [...] immer mehr die Erkenntnis durch, daß entscheidende politische und sozio-ökonomische Veränderungen in den [Entwicklungs- und Industrieländern] notwendig sind. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist eine systematische Bewußtseinsbildung und grundlegende Änderung der Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung in den [Industrieländern]. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ist daher ein wesentlicher Bestandteil jeder Entwicklungspolitik“ (noch im Diskussionsstadium befindliche Entwicklungspolitische Grundsatzerklärung des *ÖIE*; abgedruckt in *EPN* 4/79, Seite 27-30).

Im Editorial der *EPN*-Ausgabe 1/81 wird als Selbstverständnis festgestellt, dass die *EPN* ein Gegengewicht zur oberflächlichen und verzerrenden Medienberichterstattung darstellen wollen, „indem sie aus der Sicht der heute in Abhängigkeit und Hunger Lebenden über ihren Befreiungskampf betreffende wichtige Entwicklungen berichtet“. In der Ausgabe 10/81 wird darauf hingewiesen, dass die Parteinahme der *EPN* sich auf die „unterdrückten Länder“ sowie Marginalisierte erstreckt, also „Frauen, Kinder, alte Leute, Behinderte, ethnische und religiöse Minderheiten“. Im Editorial der Ausgabe 1/82 heißt es nochmal, dass Entwicklungspolitik für die Redaktion der *EPN* bedeute, für die unterprivilegierten Länder und Bevölkerungsgruppen einzutreten. Dazu sollten die Systeme und Instrumente aufgezeigt und kritisiert werden, welche die Ungleichheit verfestigten. Dies solle insbesondere am Verhältnis Österreichs zur „Dritten Welt“ deutlich gemacht werden. Inhaltlich seien die *EPN* der entwicklungspolitischen Grundsatzerklärung des *ÖIE* verpflichtet. Dabei wurde Wert darauf gelegt, die Betroffenen als aktiv Handelnde wahrzunehmen: „Die Dritte Welt und ihre Bewohner sollen nicht als Objekte und Opfer präsentiert werden, sondern als handelnde Subjekte. Indem wir Beispiele der Eigeninitiative vorstellen, wollen wir zu „solidarischem Handeln“ anregen, statt Mutlosigkeit hervorzurufen“ (Klosius / Schennach 1988: 3). [Anmerkung: eine weitere Kampagne des *ÖIE*, auf die hier angespielt wird, trug den Namen „Solidarisch handeln“.]

In der Ausgabe 1/82 wird festgestellt, dass das aktuelle Elend der „Dritten Welt“ eine „Folge des

Kolonialismus und der daraus ererbten ungerechten Welt(wirtschafts-)ordnung“ sei. Der „Unterentwicklung“ im Trikont entspreche eine „Überentwicklung“ in den Industriestaaten. Ziel sei eine „autozentrierte Entwicklung“ auf der Basis von Grundbedürfnisbefriedigung in überschaubaren Lebensräumen bei sparsamer Verwendung vor allem lokaler Ressourcen, arbeitsintensiver Technologie und dem Ausbau des Binnenmarktes.

Als Zielgruppe nennt die Redaktion im Editorial der Ausgabe 1/82 „entwicklungspolitisch Interessierte und Interessierbare“. Die *EPN* wollten über die sog. „Insider“ zur Nord-Süd-Problematik hinausgehen. „Zielgruppen waren dabei entwicklungspolitisch Interessierte und Multiplikatoren in den verschiedenen Arbeitsbereichen des ÖIE: Jugend, Schule, Medien, Hochschule, entwicklungspolitische Aktionen“ (Die Entwicklungspolitischen Nachrichten. Was sie waren; wie sie wurden, was sie sind; in: *EPN* 6/82, Seite 11). Im Editorial der *EPN*-Ausgabe 9/81 bezieht sich die Redaktion auf ihre LeserInnenschaft und stellt fest, dass Rückmeldungen wichtig seien, weil die *EPN* nicht Ergebnis der Ansichten der Redaktion sein wolle, sondern ein „Forum für eine ständig wachsende Bewegung der entwicklungspolitisch Interessierten in Österreich“.

In der Ausgabe 10/81 schreibt die Redaktion, dass sie von nun an bei den eigenverfassten Artikeln Wert auf „gegenläufige Aktualität“ lege, das heißt es werden Artikel veröffentlicht, die nicht eindeutig der Nachrichtenpolitik der grossen Nachrichtenagenturen folgten. Das bedeute, dass in den *EPN* mehr Berichte mit Hintergrundinformationen zur sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation in den Ländern des Trikonts erscheinen würden. Eingehender schreibt die Redaktion in der Ausgabe 4/82, dass es Aufgabe der *EPN* sei, „den von den Massenmedien gelieferten Informationsstücken eine zusammenhängende, umfassendere Darstellung gegenüberzustellen, die Einzelereignisse höchstens zum Anlaß nimmt, sich mit dahinterstehenden Entwicklungen und Prozessen auseinanderzusetzen“. Konsequenz dieser Konzeption sind nun folgende Themenhefte der *EPN*, die ein Schwerpunktthema aus mehreren Blickrichtungen beleuchten, etwa zur internationalen Informationsordnung (*EPN* 3/82) oder zu Gesundheitsversorgung (*EPN* 4/82).

5.a.4. Nicaragua

Nicaragua nimmt in den Editorials der *EPN* gleich mehrmals eine wichtige Stellung ein. Walter Sauer erkennt u.a. in der Berichterstattung der *EPN* einen Beitrag zur Bewusstwerdung breiter Bevölkerungskreise über die Probleme des zentralamerikanischen Landes. Im Editorial der *EPN* 2/84 schreibt Sauer: „Auf die jahrelangen Bemühungen der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung

und der großen entwicklungspolitischen Institutionen ist es mit zurückzuführen, wenn sich heute alle politischen Lager gegen eine US-Invasion Zentralamerikas wenden, wenn derzeit schon die dritte Erntehelfer-Brigade nach Nicaragua zusammengestellt wird und wenn Tausende Protestkarten und -briefe die Wiener US-Botschaft schockieren.“ Im Editorial der *EPN* 5/84 verknüpft Walter Sauer die Anliegen der Friedensbewegung mit denen der „Dritte Welt-“Bewegung und nimmt dabei Bezug auf die Situation in Nicaragua: „„*Ohne Friede keine Befreiung*“. Nehmen wir Nicaragua als Beispiel: Eine US-amerikanische Intervention in diesem Land würde den umfassenden Selbstbefreiungsprozeß des nicaraguanischen Volkes ohne Zweifel schädigen, wenn nicht zerstören. Ähnlich wissen auch andere Bewegungen, die in Ländern der Dritten Welt um Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, daß ihre Chancen in einem Klima der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und – zumindest – der Abwesenheit eines Weltkrieges steigen.“ Die Redaktion schreibt im Editorial der *EPN* 12/84, dass sich „die Unterdrückten [in verschiedenen Ländern] wieder deutlich zu Wort und auf die Straßen melden [werden].“ Und rückblickend auf das Jahr 1984 und den Wahlerfolg der SandinistInnen schreibt die Redaktion weiter: „Im freien Nicaragua haben sie in den Wahlzellen jenen Weg gewählt, der zutiefst im Gerechtigkeitsdenken der Menschen liegt.“ Im Editorial der *EPN*-Ausgabe 10/85 wird neuerlich die aktuelle Situation in Nicaragua thematisiert: „Kurz nach Redaktionsschluß haben Contras – unterstützt von der honduranischen Luftwaffe – erneut die Grenzen zu Nicaragua überschritten, die schwelende Krise in Zentralamerika hat sich drastisch verschärft.“ Bereits in der darauffolgenden Ausgabe *EPN* 11/85 bezieht sich die Redaktion im Editorial wieder auf Nicaragua: „Die entwicklungspolitischen Nachrichten haben an ihrer kompromißlosen und unbedingten Solidarität mit Nicaragua nie einen Zweifel gelassen. Dies gilt heute – angesichts der fortschreitenden Versuche, das Leben des Landes zu destabilisieren [sic!] und den Wiederaufbau einer freien Gesellschaft mit politischen und militärischen Mitteln zu schwächen – genauso. Dennoch geben wir in dieser Ausgabe der *EPN* [...] einem Contra Raum.“ Damit gemeint ist das Interview mit einem Contra in diesem Heft, das sich mit der Rolle von Costa Rica als Rückzugsbasis der Contras befasst. Im Editorial der *EPN*-Ausgabe 12/86 geht die Redaktion auf eine Resolution des ÖIE in Bezug auf Nicaragua ein, wenn sie schreibt: „In einer [...] Resolution forderten die Mitglieder des ÖIE bei ihrer Generalversammlung in Graz, daß die österreichische Projekthilfe für *Nicaraguas* [sic!] auf jeden Fall im derzeitigem Umfang erhalten und weiter ausgebaut werden soll. Gerade angesichts der Bedrohung Nicaraguas von außen ist eine Unterstützung des Entwicklungsprogramms dieses Landes eine wichtige Herausforderung für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit.“ Das Editorial der *EPN*-Ausgabe 3/87 ist erstmals zur Gänze Nicaragua gewidmet, denn es handelt von der Reise des indischen Schriftstellers Salman Rushdie nach Nicaragua und seiner anschließenden Buchpublikation über seine dabei gemachten

Erfahrungen. Dazu heisst es im Editorial: „An sich eine beachtenswerte kulturelle Süd-Süd-Kooperation. Trotz seiner ganzen Sympathie für den nicaraguanischen Weg hat er in seinem Buch auch das in Solidarität kritisiert, was er kritisieren mußte. An sich richtig, denn die nicaraguanische Revolution kann sich selbst nur weiterentwickeln, wenn die Freunde auch offen ihre Meinung zu gemachten Fehlern äußern.“ Es wird ferner begründet, warum die *EPN* aus diesem Buch einen Abschnitt abdruckten: „Trotzdem fragten wir uns, ob es opportun sei, in dieser international schwierigen Lage Nicaraguas, in *EPN* eine Kritik zur Pressefreiheit von solcher Heftigkeit abzudrucken. Wir entschieden uns dafür. Einmal, weil jeder die solidarische Grundhaltung der *EPN* zu Nicaragua kennt und diese unbestritten ist. Zweitens, weil das Buch von Salman Rusdhie [sic!] hinsichtlich Autor, Thema und Zustandekommen als Dritte-Welt-Literatur doch etwas Einmaliges ist.“ Einen breiten Raum nimmt der Friedensprozess in Nicaragua im Editorial der *EPN*-Ausgabe 10/87 ein: „Für diesen kleinen zentralamerikanischen Staat hat der Friede zwischen Ost und West weniger Bedeutung als das Ende des Krieges im eigenen Land. Und Nicaragua hat einiges unternommen, um dem in Esquipulas verabschiedeten zentralamerikanischen Friedensplan Genüge zu tun [...] Nicht zuletzt – und davon handelt die Titelgeschichte dieses Heftes – wurde ein für Lateinamerika einmaliges Gesetz über die Rechte der nationalen Minderheiten verabschiedet.“ Ferner wird in diesem Editorial vom bevorstehenden Besuch Ernesto Cardenals sowie der Tournee einer nicaraguanischen Musikgruppe berichtet: „Sie werden uns am Beispiel Nicaraguas verdeutlichen, wie eng Friede und Entwicklung zusammenhängen: Durch den der sandinistischen Revolution aufgezwungenen Krieg wurde versucht, ein Beispiel für die Möglichkeit eigenständiger, selbstbestimmter Entwicklung zu zerstören. Entwicklung und Friede haben in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Voraussetzung: Solidarität. Solidarität mit Nicaragua üben heißt, an die Möglichkeit von Frieden und Entwicklung glauben.“ Zum zehnjährigen Jubiläum des Sturzes der Somoza-Diktatur und des Beginns der sandinistischen Revolution leitet die Redaktion ihr Schwerpunktheft zu Nicaragua im Editorial der *EPN* 6/89 mit den Worten ein: „Am 19. Juli 1989 werden es zehn Jahre her sein, daß der sandinistischen Befreiungsbewegung der Sturz des jahrzehntelang brutal herrschenden Somoza-Regimes gelang. Und trotz zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten in Zusammenhang mit Krieg und Boykott steht der Großteil des nicaraguanischen Volkes noch immer hinter der Regierung – auch wenn die Opposition im Land selbst und auch im Ausland es gerne anders darstellt.“

Ferner bildet die sandinistische Revolution den Hintergrund für zwei „*EPN*-Titelgeschichten“ mit dem Titel „Nicaragua unter Geiern“ von Werner Hörtner (*EPN* 12/84) und „Friede für die Miskitos“ von Barbara Lucas (*EPN* 10/87) sowie einen „Schwerpunkt“ mit dem Titel „Nicaragua 1979-1989.“

Verteidigung der Würde“ (*EPN* 6/89). In Ausgabe 5/86 der *EPN* legt Gerhard Kunze bei den Rezensionen einen Schwerpunkt auf „Bücher über Nicaragua“.

In der „Glosse“ bezieht sich Leo Gabriel zwei Mal auf Nicaragua. In der *EPN*-Ausgabe 7-8/89 (Seite 2) vergleicht er unter dem Titel „Nicaragua hat's überlebt ... und wir?“ zunächst die Geschichte der beiden Länder Österreich und Nicaragua – „die miteinander nichts anderes gemeinsam hatten, als daß sie irgendwann in diesem Jahrhundert von ihren bösen Nachbarn in ihrer Existenz bedroht wurden“ - um schliesslich darauf zu verweisen, dass im Gegensatz zu Österreichs Erfahrung mit dem Marshall-Plan die aktuelle Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua durch die Verweigerung von Unterstützung – im wirtschaftlichen, sozialen sowie kulturellen Bereich - gekennzeichnet sei. In den *EPN* 4/90 (Seite 2) schreibt Gabriel unter dem Titel „Bewaffnete Basisdemokratie“ über die Niederlage der SandinistInnen bei den Wahlen 1990. Er betont, dass trotz der Niederlage dennoch die *FSLN* über die bessere Organisation, gerade auch in der Armee, verfüge. Dieser Organisationsgrad werde nicht dazu dienen, die Macht zu ergreifen, „sondern um soziale Errungenschaften der Revolution wie etwa die Bodenreform zu schützen sowie der seit Panama noch immer aktuellen Gefahr einer US-Intervention vorzubeugen.“ Gabriel schliesst mit den Worten: „Auf dieser schwierigen Gratwanderung bedarf Nicaragua heute mehr denn je einer kreativen Solidarität, die wie immer jenen Bevölkerungsmehrheiten zugute kommen soll, die nach der Amtsübergabe der Sandinisten [...] von der Politik der Geschäftemacher in der UNO [Anmerkung: *Unión Nacional Opositora*, konservative Oppositionspartei und Wahlsiegerin] ausgeschlossen sein werden.“

5.b. Feinanalyse ausgewählter Artikel

EPN 18 (1980), Seite 6 – 7

Alfred Gusenbauer/Margaretha Kopeinig

Nikaragua – Triumph eines Befreiungskampfes oder das Bündnis von Christen und Sozialisten

Dieser Artikel aus den frühen Jahren der sandinistischen Revolution in Nicaragua befasst sich mit dem erfolgreichen Befreiungskampf, wobei verschiedene Aspekte der Revolution einbezogen werden.

Der Text beruht auf einer Rede von sowie einem Interview mit Ernesto Cardenal, anlässlich eines Besuches des nicaraguanischen Kulturministers in Österreich. Ein maßgeblicher Teil des Artikels besteht aus direkten Zitaten Cardenals. Die Rubrik, in welcher der Artikel erschienen ist, lautet „Nikaragua“. Die beiden AutorInnen scheinen an keiner späteren Stelle mehr als VerfasserInnen zu Nicaragua auf.

Die Überschriften sind lang, allgemein gehalten und tragen wenig zu einer Gliederung bei. Entsprechend fehlt auch eine Aufteilung in Sinneinheiten. Der Text setzt sich viel mehr aus einer sehr dichten Aneinanderreihung von Inhalten zusammen.

Die *Schlüsselwörter* dieses Textes sind: Aufbau, Befreiung, Veränderung, Klassenauseinandersetzung, Revolution, Beteiligung, Verstaatlichung, Bildung.

Die AutorInnen wenden das Mittel der Gegenüberstellung an. Es wird ein Szenario des „Vorher – Nachher“ gegenübergestellt, d.h. die Zeit unter der Diktatur Somozas wird den Maßnahmen der sandinistischen Regierung entgegengesetzt: „War die Medizin vorher ein Mittel, um Geld zu verdienen, so denkt man heute an erster Stelle an die Ärmsten, die Gedemütigten.“ – (Seite 7); „Eine Bildungs- und Spielkampagne für die Kinder, die auf den Straßen Zeitungen, Süßigkeiten verkauften, die Autos putzten, für die Kinder, die nie eine Kindheit gehabt hatten, da sie die Arbeit Erwachsener verrichten, wurde begonnen.“ - (Seite 7); „Es ist endlich keine Erziehung mehr, die Egoisten heranbilden will, die nur lernen, wie man andere ausbeutet.“ - (Seite 7).

Die sandinistische Revolution wird in einen Kontext mit der Situation in Europa und der Solidaritätsbewegung gestellt. Es wird einerseits die Kritik in europäischen Medien angesprochen, andererseits die Ermutigung, der eigenen Solidaritätsarbeit einen Sinn zu geben. „Das Mißtrauen ist schon in den Spalten der Feuilletons zu lesen [...]. – (Seite 6); „Ernesto Cardenal konnte

Mißverständnisse aufklären, Falschmeldungen berichtigen und uns, die wir auf Lichtblicke hoffen und warten, auch von neuem Mut machen, weiterzutun, der Arbeit einen Sinn geben, Solidarität zu lernen und zu üben. Nichts gilt als unveränderlich.“ – (Seite 7).

Die Absicht des Textes ist es vermutlich, auch wenn das nicht explizit ausgesprochen wird, materielle sowie politische Unterstützung für das sandinistische Projekt zu wecken und zu fördern. Es wird zwar nicht näher benannt, wie die Hilfe für Nicaragua konkret aussehen könnte, jedoch ist der Bezug zur „Entwicklungshilfe“ offenkundig.

Die Argumentation erfolgt auf einer stark moralischen und emotionalen Ebene und soll implizit zur Unterstützung/Solidarität ermutigen, weil der Aufbau des neuen Nicaragua „natürlich auch Hilfe – von außen“ (Seite 7) erfordere und sich die Situation „mit massiver internationaler Hilfe rasch verbessern“ ließe (Seite 7): „Somozas Anhänger sind zur Zeit keine Gefahr und werden angemessen, das heißt mit Milde, behandelt.“ – (Seite 7); „Die Revolutionsbewegung wird sie [die bevorstehenden Klassenkämpfe] hoffentlich mit dem gleichen Bewußtsein von Humanität durchstehen können, durch das sich die nikaraguanische Revolution ausgezeichnet hat.“ – (Seite 7); „[E]s ist die großzügigste Revolution, die je stattgefunden hat – eine Revolution ohne Todesstrafe.“ (Zitat von E.Cardenal) – (Seite 7); „Eine Bildungs- und Spielkampagne für die Kinder, die auf den Straßen Zeitungen, Süßigkeiten verkauften, die Autos putzten, für die Kinder, die nie eine Kindheit gehabt hatten, da sie die Arbeit Erwachsener verrichten, wurde begonnen.“ - (Seite 7); „Es ist endlich keine Erziehung mehr, die Egoisten heranbilden will, die nur lernen, wie man andere ausbeutet.“ - (Seite 7); „Unsere Erziehung soll solidarische Menschen schaffen, neue Nikaraguaner, die die Schöpfung des „neuen Menschen“ in unserem Lande einleiten.“ (Zitat von E.Cardenal) - (Seite 7); „Ernesto Cardenal glaubt an das Gute im Menschen – und dieser Glaube macht auch uns Hoffnung.“ – (Seite 7); „Ein Griff in diese dogmatischen Christen und Marxisten ebenso wie kühlen Realisten unbegreifbare Mischung ergibt jedesmal des [sic!] Stichwort: Revolution ist Liebe.“ – (Seite 7);

Andererseits werden politische Begriffe, zum Teil aus dem marxistischen Sprachgebrauch, angewendet, um die Veränderungen in Nicaragua zu beschreiben: Klassenharmonie, Klassenauseinandersetzung, Revolution, gemeinsamer Kampf/kämpfen, Befreiung, nationale Unabhängigkeit.

Zu den im Text vorkommenden Metaphern zählen: „unter der Flagge“ der nationalen Unabhängigkeit, auf „Lichtblicke“ hoffen, „Netz“ von Alphabetisatoren, „Schöpfung“ des Neuen Menschen, „Motoren“ für eine Entwicklung, Begriffe „in einen Topf zu werfen“, ein „Griff“ in

diese Mischung.

Im Artikel finden sich ferner folgende Topoi: der Topos der Hilfe sowie der Topos der Veränderung bzw. Transformation.

Zu den Merkmalen der Revolution werden gezählt: Pluralismus, die Beteiligung von ChristInnen und SozialistInnen, breite Partizipation, soziale Reformen und Demokratisierung von Kultur und Gesellschaft. Es wird hervorgehoben, dass diese Revolution kein Modell habe (keine Hinrichtungen, kein Personenkult ...) und betont, dass es sich bei dieser Revolution um einen offenen Prozess handelt, deren Ausgang erst verhandelt wird, was sich etwa daran zeige, dass Klassenkämpfe noch bevorstünden. Als Horizont der Veränderungen betrachten die VerfasserInnen die Entwicklung zu einem sozialistischen Nicaragua.

Der Artikel beschreibt die spezifische Form der demokratischen Veränderungen durch die SandinistInnen. Es wird hervorgehoben, dass breite Kreise der Bevölkerung an dem revolutionären Prozess partizipieren, zB an der Kampagne zur Alphabetisierung. Zugleich werden die neuen Mechanismen und Institutionen der Beteiligung dargestellt, die von den SandinistInnen bereitgestellt wurden, wie etwa Volksversammlungen und Poesiewerkstätten. Demokratie wird also nicht allein auf das in den westlichen Gesellschaften verbreitete Verständnis vom Vorhandensein formaler Prinzipien und rechtlicher Institutionen reduziert, sondern in einem offenen Sinne begriffen. So befassen sich die AutorInnen mit Formen der direkten Demokratie. „[D]enn so ist wirklich das ganze nikaraguanische Volk repräsentiert, eine Repräsentanz, die nur über politische Parteien allein nicht erreicht werden kann.“ – (Seite 7)

Die ökonomische Entwicklung Nicaraguas wird als offen ausgewiesen. Die sozialen Forderungen der LandarbeiterInnen werden als Hinweis gedeutet, dass die Revolution mit der Verstaatlichung von Somozas Besitztümern nicht abgeschlossen sein werde, sondern darüber hinausgehen könne. Die AutorInnen drücken dabei ihre Hoffnung aus, dass die SandinistInnen auch bei den bevorstehenden Klassenkämpfen ihren humanistischen Charakter beibehalten.

Das Menschenbild, das vermittelt wird, bezieht sich sehr auf den „Neuen Menschen“, welcher im revolutionären Nicaragua durch Bildung erzogen werden soll. Gemeint ist ein Mensch, der nicht mehr andere ausbeutet und nicht mehr nur an die eigene Karriere denkt. Verkürzt auf die Formel „Revolution ist Liebe“ – (Seite 7) wird auf den Glauben an das Gute im Menschen verwiesen. Darin sind sich Cardenal und die AutorInnen einig. Dieser Glaube vermag, ideologische Grenzen zu überwinden: „[D]ieser Glaube macht auch uns Hoffnung. Er schafft es, Begriffe wie Marxismus, Sandinismus, Christentum, Privatkapital, Verstaatlichung und Revolution in einen Topf zu werfen – ja sie zu vereinen.“ – (Seite 7)

EPN 5-6 (1979), Seite 16 – 17 (18.12.1979)

Werner Hörtner

Nicaragua. Kulturminister Ernesto Cardenal auf Besuch in Wien

Der Artikel erscheint in einer sehr frühen Phase der Revolution in Nicaragua. Die Rubrik lautet „Nicaragua“. Als Quelle dienen die Angaben von E. Cardenal, dessen Besuch in Österreich auch den Hintergrund des Artikels bildet. Doch der Autor stellt E. Cardenal auch an eine prominente Stelle in dem Artikel, indem er seinen grossen Einsatz für den Befreiungskampf gegen Somoza unterstreicht: „Unermüdlich reiste er [...] durch Europa und Amerika, um die brutale Unterdrückungspolitik des Somoza-Regimes anzuklagen, und leitete von Costa Rica aus Hilfsaktionen für sein Land.“ – (Seite 16). Die Rolle seiner Quelle als gleichzeitiger Akteur verdeutlicht Hörtner auch, wenn er die Initiative Cardenals erwähnt, im ganzen Land Poesiewerkstätten zu errichten.

Der Artikel ist zwar in Sinneinheiten gegliedert, die einleitenden Überschriften sind allerdings sehr allgemein gehalten und beinhalten wenig konkrete Informationen (zB „Politische Situation“).

Die Schlüsselwörter sind: Kulturministerium, Alphabetisierungskampagne.

Es kommen die Mittel der Gegenüberstellung und des Vergleiches zum Einsatz. Am Beispiel der Alphabetisierungskampagne in Nicaragua zeigt Hörtner, dass Bildung mehr als die blosses Lesekenntnis bedeutet, nämlich auch das Interesse am Lesen. Er zitiert Cardenal, der als positives Beispiel einen Vergleich mit Cuba zieht, während die „karibische US-Enklave“ Puerto Rico als Negativ-Beispiel entgegensteht, wo viele Menschen zwar lesen können, aber aufgrund „der kulturellen Durchdringung durch die Vereinigten Staaten“ (Seite 17) dies nicht praktisch umsetzen. Ebenfalls wendet der Autor das Mittel der Legitimierung an. Die sandinistische Revolution sei nicht bedroht, weil sie breite Unterstützung in der Bevölkerung genieße.

Hörtner will mit diesem Artikel ein öffentliches Bewusstsein für die Errungenschaften, aber auch für die Schwierigkeiten der sandinistischen Revolution schaffen. Wenn er beklagt, dass internationale Hilfe „bisher nur in viel geringerem Ausmaß als versprochen“ eingetroffen sei, erhofft sich der Autor wohl auch, mehr materielle und politische Unterstützung für Nicaragua zu erwirken. Der Autor betont, dass die SandinistInnen sich weigern, Hilfe anzunehmen, die mit politischen Auflagen verknüpft ist.

Zu den Metaphern gehören: „dem Erdboden gleichgemacht“, „jüngste Entwicklung“,

„ausgeplünderte Staatskassen“.

Der Verfasser hebt hervor, dass die sandinistische Revolution grosse politische Legitimität bei der nicaraguanischen Bevölkerung besitze. Sie sei daher aus politischer Sicht – „da sie von der ganzen Bevölkerung mit einer Begeisterung ohnegleichen unterstützt wird“ - (Seite 16), aber auch in militärischer Hinsicht, nicht in Gefahr. „[D]och wird kein Land Mittelamerikas so wahnsinnig sein und in Nicaragua einmarschieren, da jede Regierung weiß, daß die Bevölkerung Nicaraguas so einen Angriff zurückschlagen würde.“ – (Seite 17)

Als einzig problematisch schätzt Hörtnert die wirtschaftliche Lage Nicaraguas ein, die durch die leeren Staatskassen nach Somoza und hohe Auslandsschulden gekennzeichnet ist. Das hat zur Folge, dass die Regierung Kürzungen in verschiedenen Bereichen vornehmen musste, u.a. auch bei den prioritären, sozialen und kulturellen Massnahmen. Nichts desto trotz können die SandinistInnen in diesen Bereichen einige Errungenschaften vorweisen, wie etwa die gross angelegte Alphabetisierungskampagne und die Förderung der Kultur. Hörtnert hebt besonders den Kulturbereich hervor, denn: „Nicaragua ist bekannt als eine Heimat der Dichter“ – (Seite 17). Ferner heisst es, dass das Amt des Kulturministers eine Bedeutung habe, die „es in der Geschichte dieses zentralamerikanischen Staates bisher noch nie gegeben hat.“ – (Seite 16)

EPN 6 (1983), Seite 7 – 8

Werner Hörtnert

Nicaragua – die gefährdete Revolution. Bewusstsein – kulturelle Identität - Selbstbestimmung

Der Artikel erscheint in einer Phase der sandinistischen Revolution, als eine militärische Intervention der US-Regierung droht. Der Text umfasst mehrere Aspekte der Revolution, nämlich Ökonomie, Politik und Gesellschaft. Die Rubrik nennt sich „Lateinamerika: zwischen Elend und Befreiung“.

Der Autor Werner Hörtnert ist ein Kenner Nicaraguas, denn er berichtet in den *EPN* häufig über Themen, die mit der sandinistischen Revolution zusammenhängen. Er hält sich in den 1980er Jahren in Nicaragua auf und schreibt als Mitarbeiter der alternativen Nachrichtenagentur *APIA* Reportagen direkt aus dem Land.

Die Überschriften gliedern den Text in Sinneinheiten. Zudem ist dem Artikel ein Gedicht von Gioconda Belli zur sinnlichen Erfassung der sandinistischen Revolution vorangestellt.

Zu den Schlüsselwörtern des Textes gehören: Gesellschaft, Revolution, Sandinisten/sandinistisch, Contras, kolonial/kolonialistisch, Wirtschaft, Demokratie, humanistisch.

Hörtner arbeitet mit dem Mittel der Gegenüberstellung. Der Autor vergleicht die nicaraguanische Demokratie mit der Entwicklung zur Demokratie in Europa. „[E]s wäre aber jenen Kritikern, die Nicaragua als marxistische Diktatur verurteilen, zumindest anzuraten, sich die historische Entwicklung unserer Demokratien vor Augen zu halten, zu bedenken, wie lange dieser Prozeß dauerte und auf welche Schwierigkeiten er stieß.“ – (Seite 8). Es wird darauf verwiesen, dass die spezifische Bedrohungssituation, in welcher sich das Land befinde, die Einschränkungen der politischen Freiheiten rechtfertige, zumal auch die BRD im Kontext des bewaffneten Kampfes der RAF ähnlich gehandelt habe: „Und man tut sicher gut daran, sich zu erinnern, welche Einschränkungen der demokratischen Grundrechte das Auftreten von ein paar Dutzend Terroristen in der BRD zur Folge hatte. Das gegenwärtige politische System in Nicaragua ist einem ungleich schwereren Druck ausgesetzt.“ – (Seite 8).

Hörtner bezieht sich auf das Konzept der partizipativen Demokratie, die er der westlichen Demokratie gegenüberstellt. Damit zeigt der Autor, dass es für ihn auch andere Vorstellungen gibt als nur die formalen Prinzipien der bürgerlichen Demokratie und die Beschränkung auf die Forderung nach Abhaltung von Wahlen: „Doch ist es nicht wesentlich weitsichtiger und den Verhältnissen des Landes besser angepaßt, wenn dem Konzept der „partizipativen Demokratie“, der direkten Beteiligung der Bürger an den sie betreffenden Entscheidungen, mehr Wichtigkeit zugemessen wird als jenen Formalprinzipien der Demokratie, die in Ländern der Dritten Welt – und nicht nur dort – häufig in eine Karikatur ausarten?“ – (Seite 8).

Eine weitere Entgegensetzung findet statt, wenn der Autor das Bild der sandinistischen Revolution in den europäischen Medien mit der Wirklichkeit kontrastiert: „[W]ieviel Wahrheit liegt im Gerede von der „marxistisch-leninistischen Diktatur“, das immer wieder in der westlichen Presse breitgetreten wird?“

Der Text stellt eine Schrift zur Verteidigung der Revolution gegen ihre KritikerInnen bzw. GegnerInnen dar. Die vor allem in westlichen Medien geäußerten Vorwürfe gegen die SandinistInnen werden vom Autor aufgegriffen und argumentativ erwidert. Dabei reflektiert er auch Widersprüche des revolutionären Prozesses.

Die Absicht des Artikels äussert der Autor in seinen abschliessenden Worten, dass die Verwirklichung der Revolution auch davon abhängt, dass die Solidarität mit Nicaragua fortgesetzt werde – „wohl eine kritische Solidarität, die auch Schwächen und Fehler der Revolution erkennt und diskutiert, doch mit konstruktiver Kritik.“ – (Seite 8). Mit diesen Worten schliesst Hörtner an

eine vermutlich interne Debatte der Solidaritätsbewegung an, bei der es darum geht, ob die SandinistInnen kritiserbar seien.

Zu den Metaphern zählen in diesem Text: „blutiger“ Kampf, „katastrophale“ Wirtschaftssituation, die Revolution „auszuhungern“, „an der Wiege“ der neuen Gesellschaft, „Erbe“ der Somozazeit, „Maß aller Dinge“, „vor Augen halten“, „gewichtiges Organ“, geschickte „Gratwanderungen“, im selben „Atemzug“, in eine „Karikatur“ ausarten.

An Topoi lässt sich der Verteidigungstopos ausmachen.

Im Kontext der Auseinandersetzung mit der Demokratieentwicklung äussert Hörtners Verständnis für die Anwendung staatlicher Zwangsmittel: „Bei der Kritik an dieser Tatsache [der Einschränkung von Freiheitsrechten] ist aber zu berücksichtigen, welche Angriffsmöglichkeiten etwa völlige Pressefreiheit der Opposition geben würde, die in der Tageszeitung *La Prensa* ein gewichtiges Organ besitzt.“ (Seite 8; Kursivsetzung im Original).

Die sandinistische Revolution wird nicht als linear, sondern als von Widersprüchen gekennzeichnet beschrieben, was auch am Konflikt der SandinistInnen mit den Miskitos verdeutlicht wird. Jedoch wird die Einflussnahme durch externe Faktoren als entscheidend für die Entwicklung des revolutionären Prozesses angesehen. Dazu zählt Hörtners die Hinterlassenschaften der Somoza-Diktatur sowie die politische und wirtschaftliche Blockade durch die US-Regierung, die US-Unterstützung für die Konterrevolutionäre und die Drohung einer direkten Militärintervention. Der Artikel stellt zwei politische Pole einander gegenüber: Nicaragua und die USA. Die aggressive Aussenpolitik der US-Regierung gegenüber Nicaragua wird als Hemmnis für einen wirtschaftlichen Aufschwung gesehen. So schreibt Hörtners, dass die US-Regierung „die Revolution auszuhungern“ – (Seite 7) versuche. Zugleich verweist der Verfasser darauf, dass die SandinistInnen gezwungen seien, eine Austeritätspolitik zu fahren, aber den Mangel immerhin gerecht verteilen. Insgesamt wird die positive wirtschaftliche Entwicklung von der Politik der US-Regierung abhängig gemacht. Es fällt auf, dass Hörtners die Durchhaltekraft der nicaraguanischen Revolution gegen alle Widrigkeiten betont. „Nicaragua ist ein Land, das seinen Weg – die Verwirklichung einer humanistischen Revolution – weitergeht. Leider hängt deren Erfolg oder Mißlingen [...] zum Großteil von der Politik der Reagan-Administration [...], vom Ergebnis der Bürgerkriege in El Salvador und Guatemala, von der Entwicklung der Konterrevolution“ ab – (Seite 8); „Es muß jedoch als großes Plus vermerkt werden, daß im heutigen Nicaragua – zum Unterschied von den meisten Ländern Lateinamerikas und der Dritten Welt überhaupt – auch der Mangel gerecht verteilt wird!“ – (Seite 8)

Hörtner bezieht sich auf die Vorstellung vom „neuen Menschen“, wenn er schreibt, dass sich im Erziehungswesen und in der Kultur wesentliche Aspekte der Revolution widerspiegeln, nämlich die „Schaffung eines Bewußtseins, das sozusagen an der Wiege der neuen Gesellschaft steht, und Wiederfinden der eigenen kulturellen Identität als Grundlage authentischer Selbständigkeit.“ – (Seite 8)

EPN 12 (1984), Seite 5 – 7

Werner Hörtner

Nicaragua. Unter Geiern. Die Revolution ist bedroht.

Der Text erscheint in der Rubrik „Nicaragua“. Der Artikel steht im Rahmen einer „EPN-Titelgeschichte“. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist nach den Wahlen vom November 1984. Als Quellen des Textes werden Informationen von MinisterInnen der sandinistischen Regierung sowie anderen PolitikerInnen angegeben; auch wird aus Tageszeitungen zitiert. Der Anlass für den Text sind die Wahlen in Nicaragua vom November 1984.

Der Artikel ist in Sinneinheiten gegliedert, wozu die allgemein gehaltenen Überschriften aber nur teilweise beitragen: „Wahlen, Pluralismus und Krieg“, „Institutionalisierung der Revolution“.

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Wahlen, Washington, Contras, Revolution, Parteien, Nationaler Dialog, Aggression, Invasion, Verhandlungen.

Der Verfasser zieht einen Vergleich zwischen den Wahlen in Nicaragua und den Wahlen, die in europäischen oder lateinamerikanischen Ländern stattfinden. Dabei werden die ersten freien Wahlen in Nicaragua als korrekt eingeschätzt, die den Vergleich mit Wahlen in Europa nicht zu scheuen brauchen. „[S]o gut wie alle [...] Beobachter waren sich darin einig, daß es sich um äußerst korrekt durchgeführte allgemeine, freie und geheime Wahlen handelte, die jedem Vergleich mit einem Wahlvorgang in europäischen Ländern standhalten. Für Lateinamerika, wo ordnungsgemäß durchgeführte geheime Wahlen die Ausnahme darstellen, umso bemerkenswerter.“ – (Seite 5) „Die Wahlbeteiligung lag mit 82 % weitaus über dem lateinamerikanischen Durchschnitt (gar nicht zu reden von den 54 % in den USA) [...]“ – (Seite 6)

Der Artikel legitimiert die Politik der SandinistInnen. „Die Sandinisten sind aus diesen Wahlen zweifellos innenpolitisch gestärkt hervorgegangen – nicht nur wegen des (erwarteten) Wahlsieges, sondern auch wegen der unbestreitbaren Korrektheit des Urnenganges [...]“ – (Seite 7); „[S]o gut

wie alle [...] Beobachter waren sich darin einig, daß es sich um äußerst korrekt durchgeführte allgemeine, freie und geheime Wahlen handelte, die jedem Vergleich mit einem Wahlvorgang in europäischen Ländern standhalten. Für Lateinamerika, wo ordnungsgemäß durchgeführte geheime Wahlen die Ausnahme darstellen, umso bemerkenswerter.“ - (Seite 5). Es werden Argumente angeführt, welche etwa die verspätete Abhaltung von Wahlen in ihrem Kontext begründen. Dabei wird indirekt Kritik an den politischen Manövern der US-gestützten Opposition geübt. So wird die Uneinigkeit um einen Wahltermin damit begründet, dass „[e]ine durch Wahlen gestärkte und legitimierte sandinistische Regierung [...] nicht in ihrem Sinn [lag].“ – (Seite 6) Die US-Politik gegenüber Nicaragua wird offen angeklagt: „Die Aggressionspolitik der USA hat den Aufbauprozeß in Nicaragua massiv behindert.“ – (Seite 7)

Hörtner appelliert mit seinem Text an die Fortsetzung der politischen und materiellen Unterstützung durch die Solidaritätsbewegung: „Eine wichtige Hilfe in diesem Kampf gegen die Aggression der Vereinigten Staaten wird weiterhin die Solidarität des Auslands – Unterstützung materieller, personeller und ideeller Art – sein sowie der Druck auf die jeweilige Regierung, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Nicaragua auszubauen.“ – (Seite 7)

Es werden die besonderen Umstände erläutert, unter denen sich die Demokratie in Nicaragua entwickelt habe. So hätten Wahlen unmittelbar nach dem Sieg der SandinistInnen über Somoza einen überwältigenden Erfolg derselben bedeutet. Doch statt der Abhaltung von Wahlen sei es die Priorität der SandinistInnen gewesen, die Bevölkerung erst auf den demokratischen Prozess vorzubereiten, etwa durch Alphabetisierung und politische Bewusstseinsbildung. „[Z]uerst müsse die Bevölkerung (1979 zu 50 % analphabetisch) lesen und schreiben lernen und sich ihrer politischen Bürgerrechte bewußt werden.“ – (Seite 6)

Der Verfasser abstrahiert von den konkreten Akteuren und quetscht diese in nationale Kategorien. „Die Aggressionspolitik der USA hat den Aufbauprozeß in Nicaragua massiv behindert.“ – (Seite 7); „Die USA mischen über die Coordinadora-Parteien und den Unternehmerverband COSEP auch in der zivilen Opposition gegen die Regierung kräftig mit [...]“ – (Seite 7); „Es ist schwer vorstellbar, wie Nicaragua weitere vier Jahre eines sich tendenziell verstärkenden Abnutzungskriegs überstehen soll.“ - (Seite 7). An einer Stelle wird die Ortsbezeichnung synonym für die US-Regierung herangezogen. „Auch PLI-Präsident (Unabhängige Liberale Partei) *Virgilio Godoy* meinte, es habe wenig Sinn, die Contras an den Verhandlungen zu beteiligen, da man ja mit deren Chef sprechen müsse, und der sitze in Washington . . .“ – (Seite 7, Kursivsetzung im Original)

Hörtner befasst sich mit der Kritik der US-Regierung und der nicaraguanischen Opposition am Wahlprozess. Die enge Verbindung zwischen diesen beiden wird verdeutlicht: „Was in Nicaragua

jeder vermutete, wurde im Oktober durch Enthüllungen der US-amerikanischen Presse Gewißheit: Der Wahlboykott dieser Parteien [...] war die Folge direkter Anweisungen aus Washington.“ – (Seite 6) „Die USA mischen über die Coordinadora-Parteien und den Unternehmerverband COSEP auch in der zivilen Opposition gegen die Regierung kräftig mit [...]“ – (Seite 7)

Auch die Unterstützung der US-Regierung für die Contras wird hervorgehoben: „Diese Erfolgslosigkeit der Contras auf militärischer Ebene trotz der massiven Unterstützung durch die USA (laut Angaben des nicaraguanischen Verteidigungsministeriums 172 Millionen Dollar seit 1981) führte das Weiße Haus dazu, in seinem Aggressionskonzept gegen Nicaragua den bewaffneten Antisandinisten nur mehr eine zweitrangige Bedeutung einzuräumen.“ – (Seite 6)

„Auch PLI-Präsident (Unabhängige Liberale Partei) *Virgilio Godoy* meinte, es habe wenig Sinn, die Contras an den Verhandlungen zu beteiligen, da man ja mit deren Chef sprechen müsse, und der sitze in Washington . . .“ – (Seite 7, Kursivsetzung im Original) „Es ist schwer vorstellbar, wie Nicaragua weitere vier Jahre eines sich tendenziell verstärkenden Abnutzungskriegs überstehen soll. Mit einem Präsidenten an der Spitze der USA, der „*pathologisch besessen ist, die nicaraguanische Revolution zu zerstören*“, wie es kürzlich Außenminister *Miguel D'Escoto* formulierte.“ – (Seite 7, Kursivsetzungen im Original)

Dem Autor zufolge haben die SandinistInnen trotz der politischen Stärkung durch den Wahlsieg ihr Ziel nicht erreicht, vom Aufbau zur Institutionalisierung der Revolution überzuleiten. Dies sei eine Folge der aggressiven Aussenpolitik der US-Regierung. Der Autor zeichnet dabei ein pessimistisches Bild von der sandinistischen Revolution, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht.

„Nicaragua steht zu Beginn des sechsten Jahres seiner Revolution schlechter da denn je [...]“ – (Seite 7) „Auch wenn die Invasion nicht stattfindet: Es ist schwer vorstellbar, wie Nicaragua weitere vier Jahre eines sich tendenziell verstärkenden Abnutzungskriegs überstehen soll. [...] Nicaragua könnte diesen Krieg wohl militärisch überstehen, doch nicht ökonomisch und politisch.“ – (Seite 7)

Neben Interventionsdrohung und Contraterror bestehe auch die Gefahr, dass das sandinistische Projekt durch den Druck der Opposition in Verhandlungen verwässert werde: „[D]ie oppositionellen Sektoren [wollen] entschlossener denn je das revolutionäre sandinistische Konzept auf eine sozialdemokratisch angehauchte kapitalistische Demokratie á la Venezuela oder Costa Rica zurückschrauben [...]“ – (Seite 7) Das kompromisslose Durchziehen ihres Projektes einer „nationalen Revolution“ (Seite 7) gelinge den SandinistInnen aber angesichts des Druckes durch die US-Regierung nur ansatzweise.

EPN 9 (1985), Seite 21 – 22

Werner Hörtner

Der alltägliche Krieg

Der Text erschien unter der Rubrik „Nicaragua“. Der Artikel wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als der Contrakrieg auf einem Höhepunkt angelangt war.

Der Text ist in Sinnenheiten gegliedert, wobei die Überschriften durch ihre reportagenhaft und allgemein gehaltene Sprache nur teilweise zur Übersichtlichkeit beitragen: „Das tägliche Morden“, „Am zivilen Schlachtfeld“.

Der Autor schrieb den Text anlässlich seiner Rückkehr aus Nicaragua, wo er mehr als ein Jahr lang für die Nachrichtenagentur *APIA* gearbeitet hatte. Als Quellen wurden vermutlich eigene Recherchen herangezogen.

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Krieg, Contras, Terror, Wirtschaft, Verteidigung.

Hörtner setzt die Verhältnisse in Nicaragua denen in Europa entgegen. Er will damit für die Lage in Nicaragua sensibilisieren. „Europa lebt seit 40 Jahren im Frieden, zumindest ohne Krieg. Vielen von uns ist der Krieg nur mehr vom Hörensagen oder aus Filmen bekannt. Folgender Bericht will einen Eindruck davon vermitteln, wie sich der unerklärte Krieg der USA gegen Nicaragua im Alltag der Bevölkerung auswirkt.“ – (Seite 21) Die Absicht der Sensibilisierung verfolgt der Verfasser auch, wenn er die Massaker der Contras an der Bevölkerung sehr dicht und ausführlich beschreibt. Es werden einander zwei Pole – einerseits die SandinistInnen, auf der anderen Seite die US-Regierung Reagans – gegenübergestellt. „Es dreht sich nun darum, wer den längeren Atem hat – Präsident Reagan [...] oder die Sandinisten.“ – (Seite 22)

Der Autor greift zum Mittel der Ironie, um die aggressive Strategie der US-Regierung ins Lächerliche zu ziehen. „Anfang Juni genehmigte der US-Kongreß die Wiederaufnahme der offiziellen Hilfe an die antisandinistischen Contras: 27 Millionen Dollar *'non-lethal aid'* (nicht-tödliche Hilfe!) für Präsident Reagans „Palladine der Freiheit“, „revolutionäre Demokraten“, „das moralische Äquivalent zu den Gründervätern der Vereinigten Staaten“.“ – (Seite 22, Kursivsetzung im Original) „Die *'Military Civilian Assistance'* aus Alabama, die *'Anti-Kommunisten-Liga'* [...] und viele andere Vereinigungen zur Rettung Gottes und des Abendlandes sammeln erfolgreich Geld und Waffen für die Contras, einige bilden auch Söldner zum Kampf gegen die sandinistische Teufelsmacht aus ...“ – (Seite 22, Kursivsetzung im Original)

Seine unmittelbare Nähe zum Geschehen versucht der Verfasser zu belegen, indem er Begriffe aus

dem Spanischen übernimmt, wie etwa das Wort *campesino*. Damit wird auch eine Intertextualität mit Diskursen in Lateinamerika hergestellt.

Hörtner abstrahiert von den politischen Akteuren und presst diese in nationale Kategorien.

„Folgender Bericht will einen Eindruck davon vermitteln, wie sich der unerklärte Krieg der USA gegen Nicaragua im Alltag der Bevölkerung auswirkt.“ – (Seite 21); „Im wesentlichen spielen hier zwei Faktoren zusammen: die Schwierigkeiten, die sich aus dem Übergang von einem kapitalistischen System der abhängigen Entwicklung zu einem sozial gerechteren Entwicklungsmodell ergibt – verschärft durch die allgemeine internationale Wirtschaftskrise-, und die schon fünf Jahre andauernde Erdrosselungspolitik der USA.“ – (Seite 22).

Es wird nach den Gründen des Terrors durch die Contras gefragt. Dabei stellt Hörtner fest, dass es längst nicht mehr darum gehe, Unterstützung für die Contras zu erlangen, sondern darum, die Bevölkerung einzuschüchtern und die Wirtschaft zum Erliegen zu bringen. Es sei dank der Effizienz des Geheimdienstes den Contras nicht gelungen, den Krieg in die Städte zu tragen.

Die Unterstützung der Contras durch die US-Regierung wird hervorgehoben: „Die Terrorisierung der ländlichen Bevölkerung kümmert die Contra-Führer und ihre Programmierer in den Chefetagen des CIA nicht [...]“ – (Seite 21)

Der Krieg sei vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht (Versorgungsmangel) auch in Managua zu spüren. Die Umstellung auf eine Kriegswirtschaft habe die ursprünglichen Prioritäten der sandinistischen Revolution überlagert: „[D]ie Verteidigung genießt oberste Priorität, rangiert nun vor den Bereichen Produktion, Investitionen, Erziehung, Gesundheit, Sozialwesen, auf die früher die sandinistische Revolution alle Anstrengungen konzentrierte.“ – (Seite 22)

Als Gründe für den Versorgungsmangel gibt Hörtner neben dem Wirtschaftsboykott der US-Regierung und der internationalen Wirtschaftskrise auch Unzulänglichkeiten der sandinistischen Politik und Verwaltung an. „Im wesentlichen spielen hier zwei Faktoren zusammen: die Schwierigkeiten, die sich aus dem Übergang von einem kapitalistischen System der abhängigen Entwicklung zu einem sozial gerechteren Entwicklungsmodell ergibt – verschärft durch die allgemeine internationale Wirtschaftskrise-, und die schon fünf Jahre andauernde Erdrosselungspolitik der USA.“ – (Seite 22)

EPN 5 (1987), Seite 38

Werner Hörtner

Die Seelendusche des Salman Rushdie

Der Artikel stellt eine Replik auf ein Buch von Salman Rushdie dar, aus dem ein Ausschnitt in einer vorangegangenen EPN-Ausgabe (EPN 3/1987, Seite 24 – 25) abgedruckt wurde. Es handelt sich um eine Rezension des Buches „Das Lächeln des Jaguars“. Für den Artikel ist keine Rubrik vorgesehen. Die einzige Zwischenüberschrift trägt wenig zur Gliederung bei. Der Autor gibt keine Information über seine Quellen preis, außer hinsichtlich des Werkes von Rushdie.

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Schriftsteller, (Presse-)Zensur/Zensor, Kritik, Sensibilität/unsensibel.

Der Autor stellt die Verhängung der Pressezensur in einen politischen Zusammenhang. „Doch wieso hinterfragt der indische Schriftsteller [Rushdie] nicht die Ursachen dieser ungeliebten Einschränkung der Pressefreiheit? Kein Wort über die Oppositionspolitik der ‚Prensa‘, [...] kein Wort über den Kriegszustand in Nicaragua, über die antisandinistische Propagandakampagne der USA [...]“ (Seite 38)

Hörtner abstrahiert von den konkreten politischen Akteuren und quetscht diese in nationale Kategorien. „Der bekannte indische Schriftsteller Salman Rushdie [...] verspürte nach eigenen Aussagen von Anfang an eine Sympathie für das sandinistische Nicaragua.“ (Seite 38) „Es ist [...] kein gefährliches Buch für Nicaragua, das der antisandinistischen Stimmungsmache [...] in die Hände spielt.“ (Seite 38) „[O]bendrein nehmen diese [die Kritikpunkte] weitaus weniger Platz ein als die Zustimmung des Inders zum neuen Nicaragua.“ (Seite 38)

Der Verfasser stellt die Integrität des Schriftstellers in Frage, wenn er ihm unterstellt, seine Ablehnung der Zensur nur vorzutäuschen und zwar ohne es zu begründen. „*Daniel Ortega, Sergio Ramírez* und viele andere [...] sind genauso prinzipielle Gegner der Zensur, wie es Salman Rushdie zu sein vorgibt.“ (Seite 38, Kursivsetzung im Original)

Hörtner rechtfertigt implizit die Zensur von oppositionellen Meinungen. Mit dem Hinweis auf die spezifische Situation in Nicaragua wehrt er Kritik an den SandinistInnen ab. „Doch wieso hinterfragt der indische Schriftsteller nicht die Ursachen dieser ungeliebten Einschränkung der Pressefreiheit? Kein Wort über die Oppositionspolitik der ‚Prensa‘, [...] kein Wort über den Kriegszustand in Nicaragua, über die antisandinistische Propagandakampagne der USA [...]“ (Seite 38)

Hörtner ordnet die inneren Widersprüche in der nicaraguanischen Gesellschaft dem „Hauptwiderspruch“ der SandinistInnen zur US-Regierung unter. Damit wird der Eindruck erweckt, als ob „die USA“ allein verantwortlich für die Konflikte in Nicaragua seien und es nicht auch innere Gegensätze gäbe. „Kein Wort über die Oppositionspolitik der ‚Prensa‘, über ihre Auslandsfinanzierung, ihre regelmäßigen Kontakte zur US-Botschaft, [...] kein Wort über den Kriegszustand in Nicaragua, über die antisandinistische Propagandakampagne der USA, in der Elemente wie „La Prensa“, Kardinal *Obando y Bravo* und die „unabhängige“ Menschenrechts-Kommission CPDH Schlüsselfaktoren darstellen.“ (Seite 38, Kursivsetzung im Original)

Zu den Metaphern gehören: „in seine Schranken verweisen“, „an den Rollstuhl gefesselt“, „mit offenen Armen“, „getrübter Blick“

Der Autor geht implizit von der Annahme aus, dass die Herkunft Rushdies aus der „Dritten Welt“ auch eine entsprechende Einstellung mit sich bringen müsse. Hörtner negiert damit, dass es auch in peripheren Gesellschaften unterschiedliche ökonomische und politische Interessenslagen gibt. „„Eine Süd-Süd-Beziehung ist also noch keine Garantie für ein Verständnis revolutionärer Prozesse in anderen Teilen der sogenannten Dritten Welt“, dachte ich mir beim Lesen dieser Passagen.“ (Seite 38) „Rushdies Einschätzung dieser Problematik will mir einfach nicht als legitime Meinung eines selbstbewußten Intellektuellen erscheinen, sondern als grobe Fehleinschätzung, die einem engagierten Autor aus der Dritten Welt nicht unterlaufen sollte.“ (Seite 38)

EPN 7-8 (1986), Seite 10 – 11

Ralf Leonhard

Die Folgen der Kriegswirtschaft. Zum 7. Jahrestag der Revolution am 19. Juli

Der Text bietet eine Standortbestimmung zur Situation Nicaraguas inmitten von Wirtschaftskrise und Contrakrieg. Erschienen ist der Artikel in der Rubrik „Nicaragua“. Die Überschriften tragen zur Gliederung bei, da sie verkürzt den Inhalt des Textes vorwegnehmen: „Modellwirkung zerstört“, „düstere Wirtschaftslage“, „Contra ohne Basis“.

Der Verfasser, Ralf Leonhard, ist Mitarbeiter der Nachrichtenagentur *APIA* in Managua, von wo aus er berichtet. Er zählt ebenso wie Werner Hörtner zu den Kennern Nicaraguas.

Zu den Schlüsselwörtern des Artikels gehören: Wirtschaftskrieg/-embargo, Konterrevolution/-äre, Contra.

Der Autor wechselt in diesem Text die Perspektive. Er beschreibt, wie sich wirtschaftliche Strukturen auf den Alltag der Menschen auswirken. Dabei schreibt er aus der Perspektive der Bevölkerung: „Daß das wirtschaftspolitische Nahziel [...] nicht erreicht wurde, das weiß niemand besser, als die Hausfrau, die statt der schmackhaften nicaraguanischen Bohnen bulgarisches Konservengemüse angeboten bekommt.“ – (Seite 11); „Die Frauen, die [...] vor der Lebensmittelausgabestelle Schlange stehen, verlieren kein gutes Wort über die Regierung.“ – (Seite 10)

An verschiedenen Stellen des Textes bezieht sich Leonhard auf Aussagen von sandinistischen Politikern, die gleichzeitig als Quellen der Information angegeben werden. Damit macht er deutlich, wie sein Artikel zustande gekommen ist. Es wird sichtbar, dass Informanten aus dem Kreis der sandinistischen Regierung einen gewichtigen Anteil an der Recherche des Textes darstellten.

Zu den Metaphern gehören: „mit Rosen gepflastert“, „Menschentrauben“, über etwas „herfallen“, „rosig“, „verschlafene“ Hauptstadt, „Wasserkopf“, kein gutes Wort „verlieren“, „gelobtes Land“.

Der Artikel stellt die sandinistische Demokratie der westlichen Demokratie gegenüber: „Daß die Regierung unter diesen Umständen die Ausnahmebestimmungen relativ locker handhabt und die Verfassungsdiskussion in allen Landesteilen mit sehr viel Fairneß betreibt, ist schon erstaunlich und in einem anderen Land der Welt kaum vorstellbar.“ – (Seite 11)

Der Artikel beinhaltet eine tendenziell pessimistische Sicht auf die weitere Entwicklung der

sandinistischen Revolution. Aber es wird die Durchhaltekraft der RevolutionärInnen gegen alle Widrigkeiten betont. Es wird eingestanden, dass es der US-Regierung durch Wirtschaftskrieg und Contraterror gelungen ist, die Modellwirkung dieser Revolution zu zerstören. Dennoch betont Leonhard, dass „die Nicaraguaner doch noch Hoffnung in die Zukunft haben.“ – (Seite 11) „[E]in Umschwung [ist] derzeit weder durch militärische Erfolge der Contras noch durch geschürten Aufruhr von innen denkbar.“ – (Seite 10) Ferner heißt es: „Austerität und Mangel, aber der Wille zum Überleben kennzeichnen das revolutionäre Nicaragua im Jahr sieben nach Somoza. [...] Wenn die USA nicht einmarschieren, dann wird Nicaragua seinen Weg gehen, der allerdings kaum mit Rosen gepflastert ist.“ – (Seite 10)

Entsprechend bilden das Wirtschaftsembargo und der Krieg gegen die Contras den Rahmen für die Schilderung der ökonomischen Situation Nicaraguas. Der Autor rechnet vor, wie dieser Rahmen, aber auch die internationale Wirtschaftskrise sowie die ungleichen Austauschverhältnisse der Ökonomie des Landes schaden. Gleichzeitig zeigt er auf, dass die unmittelbaren Ziele der SandinistInnen, wie etwa Agrarexportsteigerung und Selbstversorgung, auf diesem Weg nicht erreicht werden konnten.

Es wird auch eine gewisse Müdigkeit der Bevölkerung und in der Folge eine Legitimationskrise der Revolution festgestellt, die jedoch – wie oben gesagt – nicht so weit führe, dass die SandinistInnen ihre Macht abgeben müssten. „Wenn das die Revolution sein soll, denken heute viele, die wirtschaftlich schlechter dastehen, als zu Zeiten Somozas, dann bin ich dagegen.“ – (Seite 10); „Die niedrigen Löhne sind daran schuld, daß nur die Bewußtesten sich anstrengen.“ – (Seite 11)

Leonhard befasst sich mit der, als gescheitert beschriebenen, Politik, welche von den SandinistInnen verfolgt wurde, um zwischen den Interessen ihrer Basis, den Kleinbauern und Landlosen, und denen der GrossgrundbesitzerInnen einen Ausgleich herzustellen. Die Contras sieht Leonhard sowohl militärisch als auch politisch in der Defensive, worin er auch einen Erfolg der sandinistischen Politik erkennt, zumal die Agrarreform der Contra ihre kleinbäuerliche Basis abgegraben hätte. Dennoch: „[S]elbst wenn die rechten Freischärler nur fortfahren, Straßen zu verminen und Kleinbauern zu überfallen, wird die wirtschaftliche Belastung für Nicaragua auf die Dauer nicht mehr tragbar sein.“ – (Seite 11) Zugleich stellt der Autor eine Verbindung zur Solidaritätsbewegung her, wenn er schreibt, dass die Contras ihre Überfälle nun auf ausländische Freiwillige und Aufbauprojekte konzentrieren.

Der Verfasser lässt den Primat der Ökonomie in seinen Betrachtungen durchblicken, hinter den andere Bereiche zurücktreten: „Jeder Zentner nicht geernteten Kaffees kostet Devisen, jeder Soldat

fehlt in der Produktion, jedes zerstörte Gebäude muß mühevoll wieder errichtet werden.“ – (Seite 11) ; „Was sich in Nicaragua noch verschärfend [auf die Ökonomie] auswirkt, ist der Mangel an geschulten Kadern: Die besten Leute sind in der Armee oder völlig überbelastet.“ – (Seite 11)

EPN 6 (1989), Seite 7

Ralf Leonhard

Ist die Revolution am Ende?

Der Text erschien als Kasten unter der Rubrik „Kommentar“. Der Artikel wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, als die sandinistische Revolution ihr 10-jähriges Bestehen feierte, was auch einen Themenschwerpunkt in den *EPN* inspirierte.

Der Text ist in Sinneinheiten gegliedert, hat aber keine Zwischenüberschriften.

Der Autor, Ralf Leonhard, beabsichtigt mit seinem Text eine Verteidigung der Errungenschaften der sandinistischen Revolution, entgegen aller Widrigkeiten. „Doch wer behauptet, die Revolution sei deswegen gescheitert, der will nicht sehen, welche längst nicht mehr umkehrbaren Umwälzungen in diesen zehn Jahren in Bewegung gesetzt worden sind.“ (Seite 7)

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Revolution, Agrarreform, Gesundheitsversorgung.

Der Text macht verschiedene Akteure neben den SandinistInnen sichtbar, etwa die Frauenorganisation *AMNLAE* (*Asociacion de Mujeres Nicaraguenses "Luisa Amanda Espinoza"*), die Wohnblockkomitees *CDS* (*Comité de Defensa Sandinista*) und die Gewerkschaften.

Leonhard verallgemeinert seine Feststellungen und konstruiert gedanklich ein Kollektiv der GegnerInnen der Somoza-Diktatur, wenn er schreibt: „Die sandinistische Revolution mag sich anders entwickelt haben, als wir es uns erhofften, als wir im Juli 1979 den Zusammenbruch des Somoza-Regimes feierten.“ (Seite 7) Es wird ein Gefühl der Verbundenheit zwischen Autor und LeserIn geschaffen.

Der Autor unterstreicht die Besonderheit der sandinistischen Revolution im Vergleich zu den Verhältnissen in anderen Ländern. „Die Fähigkeit der Revolutionsführer, eigene Fehler öffentlich einzugestehen und zu korrigieren, sucht auf der Welt ihresgleichen.“ (Seite 7)

Die politischen Verhältnisse in Nicaragua werden denen in anderen Ländern Lateinamerikas gegenübergestellt. „Die Agrarreform mit all ihren Mängeln und Rückschlägen hat eine semif feudale

Produktionsstruktur zerschlagen, wie sie in anderen Ländern Lateinamerikas noch gang und gäbe ist [...]“ (Seite 7)

Der Verfasser zeichnet zunächst ein pessimistisches Bild der sandinistischen Revolution. Es wird darauf verwiesen, dass der völlige Zusammenbruch der Wirtschaft nur verhindert werden konnte, indem die SandinistInnen zu Massnahmen „aus dem Rezeptbuch des berüchtigten Weltwährungsfonds“ griffen. Leonhard fasst die Mißstände als Frage zusammen: „Ist die Revolution am Ende, bevor sie überhaupt die Chance hatte, sich zu entfalten?“ (Seite 7)

Zu den Metaphern zählen: „aus dem Rezeptbuch“, „den Rücken kehren“, „Wahlschlacht“, „steil bergab gehen“, „wirtschaftliche Talfahrt“.

Die Landfrage sei von den SandinistInnen im Prinzip gelöst worden. Trotz der durch den Krieg bedingten Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen seien die Menschen in Nicaragua anspruchsvoller geworden, was etwa frei zugängliche Gesundheitsversorgung und Gratisbildung betreffe. Ein weiterer Vorzug dieser Revolution sei die Fähigkeit der sandinistischen FunktionärInnen, eigene Fehler öffentlich einzugestehen und zu korrigieren, wie es etwa im Konflikt an der Atlantikküste belegt worden sei. Die Massenorganisationen hätten einen Demokratisierungsprozess durchgemacht und würden nun eher die Interessen der Bevölkerung vertreten anstatt die offizielle Linie von oben nach unten durchzusetzen. Nach der Erläuterung dieser Errungenschaften zieht Leonhard den Schluss, dass das Potential der Revolution noch nicht ausgeschöpft sei. „Die Nicaraguaner und Nicaraguanerinnen haben es geschafft, sich über all die Jahre der militärischen Aggression und wirtschaftlichen Talfahrt die Option auf die Verwirklichung ihrer Revolution zu erhalten.“ (Seite 7)

EPN 12 (1981), Seite 32 – 33

Ingolf Schädler

Eine Krise mit politischem Hintergrund. Zum Stand der wirtschaftspolitischen Entwicklung in Nicaragua.

Der Text erscheint in einer Zeit der ökonomischen Krise in Nicaragua. Der Artikel fällt in die Rubrik „Nicaragua“. Der Autor publiziert in den *EPN* keinen weiteren Text zu Nicaragua.

Als Quellen wurden für diesen Text die Angaben verschiedener nicaraguanischer Ministerien herangezogen, sowie Stellungnahmen der Kommunistischen Partei und des UnternehmerInnenverbandes.

Der Artikel ist in klare Sinneinheiten gegliedert. Die Überschriften sind etwas lang und geben eine gute Vorschau auf den folgenden Textteil.

Der Anlass des Textes ist eine Verhaftungswelle durch die SandinistInnen. Diese in ihrem Kontext zu erklären, ist Absicht des Artikels. Denn der Autor schließt seine Erläuterungen der wirtschaftlichen Lage mit den Worten: „In dieser Situation erfolgte [...] die Verhaftung von 4 Vertretern der nicaraguanischen Industrie sowie von 22 Mitgliedern der nicaraguanischen-kommunistischen Partei.“ – (Seite 33)

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Wirtschaftspolitik, Produktions- und Investitionsklima, Dekapitalisierung, Sozialpakt, Notstand.

Schädler setzt mit seinem Text die Handlungen der sandinistischen Regierung in einen ökonomischen Kontext und versucht sie auf diese Weise nachvollziehbar zu machen. So wird die Ausrufung des wirtschaftlichen Notstandes, Enteignungen von Privatbetrieben wie auch die Verhaftung von UnternehmerInnen und AktivistInnen der *KP* in einen Zusammenhang zur ökonomischen Lage gestellt. „Die Ausrufung des Notstandes am 9. September 1981 ist vor dem Hintergrund einer sich dramatisch zuspitzenden wirtschaftlichen Situation zu sehen.“ – (Seite 32)
Auch andere repressive Massnahmen werden so erklärt: „Einen der Eckpfeiler der [...] Wirtschaftspolitik [...] bildete eine mit dem Unternehmerverband COSEP informell getroffene Vereinbarung zur Wiederherstellung eines günstigen Produktions- bzw. Investitionsklimas, derzufolge die FSLN zusagte, illegale Fabriksbesetzungen bzw. Streiks der Arbeiterschaft nicht zu dulden.“ – (Seite 32)

Zu den Metaphern zählen: „sich heraus kristallisieren“, „Eckpfeiler“, „sich zuspitzen“,

„durchzuschlagen“, „verschlingen“, „explodieren“, „das Einfrieren“.

Es wird in diesem Text die ökonomische Entwicklung seit dem Juli 1979 nachvollzogen. Der Autor geht auf die Schwerpunkte der sandinistischen Wirtschaftspolitik ein, nämlich gemischte Wirtschaft mit starkem öffentlichen Sektor und Wiederaufbau durch günstige Produktionsbedingungen. Es werden die Krisenerscheinungen erläutert, sowie die Strategien, mit welchen die SandinistInnen der Krise begegneten. Dabei wird insbesondere die Boykott-Haltung der UnternehmerInnen und somit deren Mitverursachung der Krise unterstrichen. „Noch schlimmer für die nicaraguanische Wirtschaft ist allerdings die Tatsache, daß [...] von privater Unternehmenseite nicht mehr investiert wird.“ – (Seite 32)

EPN 3 (1982), Seite 34 – 35

Joe Kemptner

Nicaraguas nächstes Nadelöhr

Der Verfasser war, als er den Artikel schrieb, Pressereferent der *EZA* in Salzburg. Er scheint an keiner weiteren Stelle als Autor zu Nicaragua-Themen in den *EPN* mehr auf. Der Artikel wird zu einer Zeit veröffentlicht, als die Schwierigkeiten der sandinistischen Revolution, v.a. in wirtschaftlicher Hinsicht, sich abzuzeichnen beginnen.

Der Text wird in der Rubrik „Nicaragua“ veröffentlicht. Er ist in Sinneinheiten gegliedert, was durch die Überschriften garantiert wird. Diese wirken sinngleichend, indem sie prägnant den Text in Kurzform vorwegnehmen: zB „Wirtschaftlicher Notstand“, „Strukturelle Schwäche der Volkswirtschaft“.

Aus dem Text heraus ist kein Anlass zu erkennen. Als Informationsquellen scheinen im Artikel FunktionärInnen und MinisterInnen der sandinistischen Regierung auf. Ferner dienen internationale Zeitschriften als Quellen.

Zu den Schlüsselwörtern des Textes zählen: Abhängigkeit, Investitionen, Intervention, Demokratie.

In dem Text wird die Form der Demokratie in Nicaragua in einen Gegensatz zur Etablierung der Demokratie in westlichen Gesellschaften gestellt. Es wird besonders auf die historische Entwicklung beider Prozesse hingewiesen. „Die Bürger der USA wählten erst 20 Jahre nach der Unabhängigkeit von England erstmals den Präsidenten.“ – (Seite 35) „Das Volk von Nicaragua hat ein Recht darauf, seine eigene Demokratie aufzubauen. Kein anderes Land darf ihm da etwas aufzwingen. Vergessen wir nicht: Eine jahrhundertelange Unterentwicklung und totale Entmündigung läßt sich nicht so schnell beseitigen [...]. Bedenken wir, in welcher spannungsgeladener, von Gewalt und Krieg zerrissener Umgebung Nicaragua sich behaupten muß. Ein so viele Jahre eingeschüchtertes, terrorisiertes Volk kann nicht der Asche der Diktatur sozusagen über Nacht wie ein Phönix in der Gestalt einer Gemeinschaft neuer und demokratischer Menschen entsteigen.“ – (Seite 35)

Eine Gegenüberstellung zwischen den SandinistInnen und der Somoza-Diktatur folgt. Die spezifische Entwicklung einer eigenen Form von Demokratie im neuen Nicaragua wird in ein Verhältnis zu den autoritären Verhältnissen zuvor gesetzt. Dabei wird besonders der doppelte Maßstab in westlichen Medien hervorgehoben. „[...] eine Regierung, deren Maßnahmen manche westliche Massenmedien bereits als totalitär und menschenrechtswidrig diffamieren. Zu Somozas

Zeiten fanden sie kaum ein Wort der Ächtung seines Regimes. Wer Nicaragua eine totalitäre Diktatur nennt, hat das Augenmaß verloren.“ – (Seite 35)

Die Politik der SandinistInnen wird im Lichte der aggressiven Aussenpolitik der US-Regierung betrachtet. Die Handlungen der SandinistInnen, wie etwa der Kauf von Luftabwehrraketen, werden eben aufgrund dieses äusseren Kontextes als legitim erachtet und damit begründet. „[US-Aussenminister] Haig, der das Bombardement Kambodschas und Vietnams befahl, äusserte sich „besorgt“, weil Nicaragua Luftabwehrwaffen kaufte.“ – (Seite 35) Ferner wird der nicaraguanische Landwirtschaftsminister Wheelock zitiert: „Man darf nicht vergessen, daß jemand, der eine Kanone, made in USA, an der Schläfe spürt, nicht sehr flexibel ist. [...] Wir wollen eine Gesellschaft aufbauen mit der Beteiligung aller – die Kanone an unserer Schläfe macht die Aufgabe nicht leichter.“ – (Seite 35)

Dazu kommt die Vermittlung des Bildes vom Kampf zwischen David und Goliath und so die Darstellung von zwei entgegengesetzten Polen, wenn der „Zwerg Nicaragua“ sich dem „Riesen USA“ entgegenstelle. „Diese Weltmacht, die [...] all die Militärregimes in Zentral- und Südamerika stützt und wenn „nötig“ auch selbst militärisch interveniert, beschuldigt ein kleins [sic!] Land [...], die Region militärisch zu bedrohen.“ – (Seite 35) „Wenn die Weltmacht USA sich von der Entwicklung eines Zwerges bedroht fühlt, wieviel mehr müssen Regierung und Volk von Nicaragua Grund haben, den drohenden US-Knüppel ernst zu nehmen.“ – (Seite 35)

Zu den Metaphern gehören: Wirtschaft „ankurbeln“, „Trümmerhaufen“, „Bleigewichte“, „jeder Tropfen Erdöl“, „Quadratur des Kreises“, „im Sattel halten“, „Gewehr bei Fuß“, „Riese“, „Zwerg“, „US-Knüppel“, „mit verschränkten Armen“, das „Augenmaß verloren“, „Kanone an der Schläfe“, „der Asche wie ein Phönix entsteigen“.

An einer Stelle des Textes gebraucht der Verfasser die Sprache der lateinamerikanischen Linken, wenn die Rede von der „vielfachen militärischen Überlegenheit der Gringos“ ist. – (Seite 35)

Es findet sich hier der Topos der Verteidigungsrede. Der Autor verteidigt die spezifische Form der von den SandinistInnen etablierten Demokratie gegenüber ihren westlichen KritikerInnen. Dabei argumentiert er normativ, wenn er betont, dass „[k]ein anderes Land ihm [der nicaraguanischen Bevölkerung] da etwas aufzwingen“ dürfe.

Der Artikel beschreibt die strukturellen Schwächen und spezifischen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, welche einerseits die SandinistInnen daran hindern, einen „echten sozialen Frieden“ – (Seite 34) herzustellen, und andererseits die Entfaltung der Produktionskräfte behindern.

Zu den Hinderungsfaktoren gehören etwa die Kriegsschäden, Rohstoffabhängigkeit, Verschuldung und die Investitionsverweigerung der UnternehmerInnen.

Auch die Bedrohung der sandinistischen Revolution durch eine militärische Intervention der US-Regierung sowie durch die Überfälle der Anhänger Somozas, deren erklärtes Ziel der Sturz der SandinistInnen sei, kommt zur Sprache.

EPN 1 (1984), Seite 32 – 33

Gerhard Steger

„Die Revolution ist ein Mädchen mit Herz“. Eindrücke aus dem gefährdeten Nicaragua

Der Autor war Bundesvorsitzender der *Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus* in der SPÖ, als er diesen Artikel verfasste. Er scheint weder vorher noch nachher als Autor zu Nicaragua auf. Sein Artikel beruht zum Teil auf den Erfahrungen einer Reise, die ihn im Herbst 1983 nach Nicaragua geführt hatte. Der Text erscheint zu einem Zeitpunkt, als sich der Contrakrieg in Nicaragua auf einem Höhepunkt befand.

Die Überschriften gliedern den Text in Sinneinheiten. Der Artikel erschien in der Rubrik „Nicaragua“. Anlass des Textes war vermutlich die Reise des Verfassers nach Nicaragua. Der Artikel ist zum Teil wie ein Erfahrungsbericht abgefasst.

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Revolution, Contras, Kirche.

Es findet eine Gegenüberstellung der Veränderungen durch die SandinistInnen im Vergleich mit der Somoza-Diktatur statt. „Aufbau im Krieg, könnte man auch die Bauarbeiten an der Straße *Juigalpa-San Miguelito* am Ostrand des riesigen Nicaragua-Sees nennen. Somoza hat seinerzeit alle Gelder für diese Straße in die eigene Tasche gesteckt. Heute wird sie gebaut.“ – (Seite 33, Kursivsetzung im Original)

Der Text soll die LeserInnen im Kontext des Contrakrieges emotionalisieren. Aus diesem Grund beschreibt der Verfasser detailreich die Brutalitäten der Contras gegenüber der Bevölkerung Nicaraguas. Der Text beabsichtigt Unterstützung für die SandinistInnen zu wecken, indem an die internationale Solidarität appelliert wird: „Es wird nicht zuletzt an der internationalen Solidarität liegen, ob der Sieg des nicaraguanischen Volkes dauerhaft ist.“ – (Seite 33)

Zu den Metaphern gehören: „weitgestreut“, „ökonomische Strangulierung“.

Es wird die immer noch breite Unterstützung für die SandinistInnen in der Bevölkerung betont, während die Einflusslosigkeit der Contras hervorgehoben wird. „Auch der Grund [für die Wirkungslosigkeit der Contra-Überfälle] wird offen genannt: mangelnde Unterstützung der Bevölkerung für die Contras.“ – (Seite 32) „Ein Großteil der Katholiken steht nach wie vor zu den Sandinisten“ – (Seite 32) „Die große Masse der katholischen Arbeiter und Bauern merkt in ihrem Erfahrungsbereich, daß die Revolutionsregierung Politik für die breite Masse und nicht für eine

Oligarchie macht.“ – (Seite 32)

Ferner werden die positiven Auswirkungen der Reformpolitik der SandinistInnen im Gesundheits- und Bildungsbereich sowie in der Landwirtschaft dargelegt. Am Beispiel der vom Autor besuchten Provinz Rio San Juan wird aufgezeigt, wie der Aufbau des neuen Nicaragua in Zeiten des Krieges von statten geht. Um die Basisnähe dieser Politik zu verdeutlichen, wird der Gouverneur der Provinz zitiert: *„Mit jeder Schule, jedem Krankenhaus, jedem Stück Straße besiegen wir die Konterrevolution, weil wir praktisch beweisen, daß wir eine Politik im Interesse des arbeitenden Volkes machen“* – (Seite 33, Kursivsetzung im Original) Dennoch wird die Prekarität der Entwicklungen angesichts von drohender Intervention und Wirtschaftskrise betont: „Nicaragua ist in Bewegung, es befindet sich im Wettlauf mit der Zeit um sein Überleben.“ – (Seite 33)

Der Text weist darauf hin, dass die Kirchenhierarchie, insbesondere der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, die Rolle der politischen Opposition übernommen habe, da den Parteien die Anhängerschaft fehle.

Die Funktion der Contras wird – neben dem Terror gegen die Bevölkerung – mit der Zerstörung von Infrastruktur und Sabotage der Wirtschaft angegeben.

Der Text wurde in der Rubrik „Hintergrund“ veröffentlicht. Er ist als Gastkommentar von Johanna Dohnal gekennzeichnet. Als Anlass für den Text lässt sich der offizielle Besuch der Autorin in Nicaragua ausmachen. Der Artikel erschien zu einer Zeit, als der Contra-Krieg im vollen Gange war. Die Autorin war zum damaligen Zeitpunkt Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen sowie Koordinatorin des *Österreichischen Hilfskomitees für Nicaragua*. Im September 1985 reiste sie zu einem offiziellen Besuch nach Nicaragua. Von der Verfasserin findet sich in den *EPN* kein weiterer Beitrag. Absicht des Textes ist es, die LeserInnen zur materiellen und politischen Unterstützung für die SandinistInnen zu bewegen und zur fortgesetzten Solidaritätsarbeit für Nicaragua zu ermuntern. Der Artikel ist nicht in Sinneinheiten gegliedert, sondern es handelt sich um einen Fließtext, ohne Überschriften.

Zu den Schlüsselwörtern zählen: Ausnahmezustand, Contras, Aggression, Hilfe, Solidarität, Selbstbestimmung.

Die Autorin relativiert die Verhängung des Ausnahmezustandes in Nicaragua, der vor allem in der westlichen Welt Proteste hervorgerufen hatte. Dohnal stellt den Notstand in einen Kontext, um seine Verhängung verständlich zu machen. „Ich habe damals erklärt, daß ich den Ausnahmezustand natürlich bedauere, daß man ihn aber im Zusammenhang mit der objektiven Kriegssituation sehen müsse, in der sich Nicaragua befindet.“ – (Seite 26)

Dohnal stellt die Forderung, dass Nicaraguas Selbstverteidigungsrecht anerkannt werden müsse.

„Angesichts dieser Situation muß man Nicaragua das Recht auf Selbstverteidigung zugestehen.“ – (Seite 26) An anderer Stelle wird gefordert, die Ursachen des Ausnahmezustandes zu beseitigen.

„Wer wirklich für Freiheit und Demokratie in Nicaragua – und überall in der Welt – eintritt [...], der muß in erster Linie dazu beitragen, daß die Ursachen, die dazu [zur Notstandsverhängung] geführt haben, beseitigt werden.“ – (Seite 26) Dohnal fordert auch, alternative Informationen zu verbreiten.

„Eine der wichtigsten Aufgaben der Nicaragua-Solidarität muß es daher sein, der Fehl- und Nicht-Information durch die großen Medien entgegenzuwirken.“ – (Seite 27)

Es wird normativ auf die Notwendigkeit der Unterstützung für die SandinistInnen hingewiesen.

„Ich bin der Meinung, daß in dieser Situation internationale Hilfe und Solidarität für Nicaragua notwendiger denn je ist.“ – (Seite 26) „Ich glaube, daß die westeuropäischen Regierungen – und

insbesondere jene, die von Sozialdemokraten geführt werden – noch wesentlich mehr tun müßten und auch tun könnten.“ – (Seite 27) „Doch die Solidarität mit Nicaragua darf nicht nur die Sache von Regierungen sein. Auch jeder einzelne ist herausgefordert, einen Beitrag zu leisten.“ – (Seite 27)

Die Autorin abstrahiert von den politischen Akteuren und stülpt diesen nationale Kategorien über. „Angesichts dieser Situation muß man Nicaragua das Recht auf Selbstverteidigung zugestehen.“ – (Seite 26).

Dohnal befasst sich mit dem Bild Nicaraguas, das in den „westlichen Medien“ gezeichnet wird. Dabei übt sie vehemente Kritik an der Berichterstattung und fordert die Solidaritätsbewegung auf, eigene Informationen entgegenzusetzen. „Wir erleben es ja tagtäglich in den Medien, daß über Nicaragua sehr einseitig berichtet wird und daß vieles (z.B. die ständigen Überfälle der Contras) überhaupt verschwiegen wird. Man wirft zwar Nicaragua Pressezensur vor, betreibt jedoch durch die eigene Berichterstattung – und noch mehr durch die Nicht-Berichterstattung – selbst Zensur [...]. Eine der wichtigsten Aufgaben der Nicaragua-Solidarität muß es daher sein, der Fehl- und Nicht-Information durch die großen Medien entgegenzuwirken.“ – (Seite 27)

Dohnal erklärt die Auseinandersetzung mit Nicaragua zu einer grundlegenden Frage der europäischen Entwicklungspolitik: „An der Frage Nicaragua wird sich somit auch die Glaubwürdigkeit der europäischen Entwicklungspolitik, die sich ja immer zur Selbstbestimmung der Völker und zu einer eigenständigen Entwicklung der Länder der Dritten Welt bekannt hat, erweisen.“ – (Seite 27)

Zu den Metaphern zählen: „im Würgegriff“, „Proteststurm“, „Schulterschuß“, „mit dem Rücken zur Wand stehen“, „Schlüssel“, „wirtschaftlich auf dem Boden liegen“, „besonderes Augenmerk schenken“.

Als hauptverantwortlich für die Krisensituation Nicaraguas wird die Politik der US-Regierung benannt. Dabei unterstreicht Dohnal, dass die Bedrohung Nicaraguas eine äußerliche sei. „Die Sandinisten [...] stehen heute angesichts der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aggression von außen mit dem Rücken zur Wand.“ – (Seite 26) „Der Schlüssel für eine Änderung der Situation liegt jedoch weniger in Managua als in Washington.“ – (Seite 26) „Ich glaube, daß diese Maßnahmen von seiten der Regierung der Vereinigten Staaten Vorbedingung dafür sind, daß es in Zentralamerika zu einer friedlichen, politischen Lösung der bestehenden Konflikte kommen kann.“ – (Seite 26) „Aufgrund der äußeren Aggression ist fast die Hälfte des Budgets für die militärische Verteidigung gebunden.“ – (Seite 26)

Es wird betont, dass die Wirtschaft Nicaraguas aufgrund des Contrakrieges und des US-Embargos am Boden liege. Die Umschichtung der Mittel in die Verteidigung verhindere, dass die SandinistInnen ihre wirtschaftlichen und sozialen Ziele erreichten. Als positiver Pol gegenüber den USA wird Westeuropa gesehen, das zum wirtschaftlichen Überleben Nicaraguas beitragen könne. Dohnal eröffnet einen weiteren Horizont, indem sie eine zentralamerikanische Perspektive miteinbezieht. Damit stellt sie die Situation Nicaraguas in einen breiteren Kontext, der auch andere Länder in die Betrachtung mit einbezieht. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Aussenpolitik der Reagan-Administration auch andere Länder betrifft. „Ich glaube, daß diese Maßnahmen von seiten der Regierung der Vereinigten Staaten Vorbedingung dafür sind, daß es in Zentralamerika zu einer friedlichen, politischen Lösung der bestehenden Konflikte kommen kann.“ – (Seite 26).

EPN 7-8 (1984), Seite 36

Leo Gabriel

Miskitos – Prügelknaben der Revolution ? Zur Auseinandersetzung über die Lage an Nicaraguas Atlantikküste

Der Text erschien in der Rubrik „Nicaragua“. Als Quellen dienten dem Autor ein Bericht der OAS, ein Zeitungsartikel sowie eigene Recherchen. Anlass für den Text ist ein Artikel in der „Frankfurter Rundschau“, in dem den SandinistInnen Verbrechen gegen die indigene Bevölkerung an der Atlantikküste vorgeworfen werden. Die Überschriften tragen zur Übersichtlichkeit bei. Der Typus des Textes stellt eine Ausnahme dar, denn es handelt sich dabei um eine Polemik.

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Revolution, Miskitos, Contras, Umsiedlung/umsiedeln.

Der Verfasser stellt seinen Artikel in den Zusammenhang zu anderen Texten und stellt so eine Verknüpfung mit dem Diskurs in anderen Medien her („Frankfurter Rundschau“, OAS-Bericht). Diese Intertextualität wird durch direkte Zitate sowie die Zusammenfassung dieser Texte hergestellt. Die Auseinandersetzung mit den Texten erfolgt, indem der Autor die in anderen Medien aufgestellten Behauptungen bzw. Tatsachen darstellt und – teils durch Ergebnisse eigener Recherchen – erwidert.

Insbesondere spielt die Kontextualisierung bestimmter Ereignisse eine Rolle. Der Verfasser stellt die Ereignisse in ihren politischen Zusammenhang. Gabriel bezieht sich auf die von einem anderen Autor behaupteten Verbrechen der SandinistInnen an den Miskitos bzw. die diesbezüglichen Angaben eines OAS-Berichtes. Er stellt diese Behauptungen in den Kontext der militärischen Konfrontationen zwischen SandinistInnen und Contras und der damit verbundenen Umsiedlungen der Zivilbevölkerung aus den Kriegsgebieten. Es sei im Zuge der Umsiedlungen zu Todesfällen gekommen, jedoch könne man den SandinistInnen nicht zum Vorwurf machen, dass sie Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begangen hätten.

Gleichzeitig entlarvt Gabriel den Autor Reichle und zeigt, dass dieser für seine Vorwürfe keine Belege vorbringen kann. Insgesamt lässt sich sagen, dass auf diese Weise die Vorwürfe von Reichle – er spricht von Massenmord durch die SandinistInnen und davon, dass die Miskitos in „Konzentrationslagern“ inhaftiert wurden - relativiert und korrigiert werden. „Inzwischen sind Reichles Vorwürfe von allen Menschenrechtsorganisationen, die es eigentlich besser wissen müssten [...] dementiert worden.“ (Seite 36) „Ja sogar Reichle selbst wollte bei einem Telefongespräch mit dem Schreiber dieser Zeilen die von ihm in die Welt gesetzte Lüge nicht mehr wiederholen.“ (Seite

36) „Was den in die Miskito-Problematik einigermaßen Eingeweihten an diesem Fall überrascht, ist die Tatsache, daß diese [...] kolportierte Ungeheuerlichkeit sich nicht einmal auf die Quellen der antisandinistischen [...] Miskito-Guerilla stützen kann.“ (Seite 36)

Gabriel lässt zwar offen, ob die Entscheidung zur Umsiedlung richtig gewesen sei, rechtfertigt aber das Vorgehen der SandinistInnen bei der Umsiedlungsaktion. „Gerade aus der Erfahrung heraus, daß bei diesen [...] Kampfhandlungen die Zahl der zivilen Opfer nicht abzuschätzen war, entschloß sich die Führung der FSLN, die Bevölkerung der Grenzregion umzusiedeln [...].“ (Seite 36) „Daß die Umsiedlungsaktion selbst jedoch unter größter Rücksichtnahme auf die Zivilbevölkerung vor sich ging, bestätigen übereinstimmend alle Zeugenaussagen.“ (Seite 36) „Denn inzwischen haben Dutzende von Auslandsjournalisten [...] sich von den ehrlichen, wenn auch nicht immer ganz erfolgreichen Bemühungen der nicaraguanischen Regierung überzeugen können, diesen Opfern der noch immer anhaltenden Kriegswirren vom Rio Coco ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.“ (Seite 36)

Der Autor benutzt einen spanischsprachigen Spezialbegriff („Navidad Roja“), um seine detaillierten Kenntnisse der Situation auszuweisen. Gleichzeitig stellt er damit die Intertextualität zu Diskursen in Nicaragua her. „Kurz vor Weihnachten überquerten schließlich Hunderte von bis an die Zähne bewaffneten Miskitos den Grenzfluß und töteten im Zug dieses inzwischen als „*Navidad Roja*“ („*Rote Weihnacht*“) in die Geschichte eingegangenen Operation insgesamt etwa 200 uniformierte Sandinisten.“ (Seite 36, Kursivsetzung im Original)

Zu den verwendeten Metaphern gehören: „Prügelknaben“ der Revolution, „Kreise“, „in die Welt gesetzte“ Lüge, „Eingeweihte“, „zugkräftig“, „unter Beschuß genommen“, „Achillesferse“ der Revolution, „Wurzeln“ des Problems „freilegen“, „bis an die Zähne“ bewaffnet, „die Oberhand“ gewinnen.

EPN 6 (1989), Seite 5 – 7

Leo Gabriel

Verteidigung der Würde. Zehn Jahre Revolution in Nicaragua.

Der Text erschien unter der Rubrik „Schwerpunkt Nicaragua“. Der Artikel wurde anlässlich des zehnjährigen Bestehens der sandinistischen Revolution veröffentlicht, was die *EPN* zu einer Schwerpunktsetzung mit mehreren Texten inspirierte.

Der Autor Leo Gabriel ist Gründer der alternativen Nachrichtenagentur *APIA* in Managua und war

wissenschaftlicher Leiter des (mittlerweile aufgelösten) Ludwig Boltzmann-Institutes für zeitgenössische Lateinamerika-Forschung.

Der Artikel ist in Sinneinheiten gegliedert, wobei die Überschriften zur Übersichtlichkeit beitragen.

Die Schlüsselwörter des Textes sind: Revolution, USA, Krieg, Dialog, Frieden.

Zu den Metaphern gehören: „Flut der Lügen“, „in die Arme treiben“, „Virus“, „gesäumt“, „steile Karriere“, „die Kastanien aus dem Feuer holen“, „Verteufelungsstrategie“, „den Weg freischießen“, „unter dem Banner“, „mit fliegenden Fahnen untergehen“, „schwebende Gegensätze“, „Gewicht reduzieren“.

Gabriel zitiert den bekannten US-amerikanischen Linguisten und Gesellschaftskritiker Noam Chomsky, um aufzudecken, dass sich hinter den falschen Informationen, die über Nicaragua verbreitet würden, einfache Wahrheiten versteckten. „Die Flut der Lügen verbirgt schlicht und ergreifend einige einfache Wahrheiten. Die erste besteht darin, daß die Vereinigten Staaten sich mit verzweifelter Intensität der Aufgabe widmen, Nicaragua in die Arme der Sowjetunion zu treiben, um den Angriff gegen dieses Land als „Selbstverteidigung“ rechtfertigen zu können. Die zweite einfache Wahrheit enthält den wirklichen Grund für den in der Lügenflut verborgenen Angriff. Es ist die Drohung eines guten Beispiels, das ausgelöscht werden muß, bevor der Virus sich ausbreitet und die Region und weitere Gebiete „ansteckt.“ – (Seite 5)

An anderer Stelle deckt der Autor die Manipulationen durch die US-Regierung auf: „Der US-Regierung ist es zwar gelungen, den „Virus“ des nicaraguanischen Beispiels [...] zu schwächen, sie hat aber nicht erreicht, daß Nicaragua zu dem wurde, als das es ihre Propaganda [...] systematisch darzustellen versuchte: zu einem totalitären Staat, dessen Bevölkerung in Angst und Unterdrückung lebt.“ – (Seite 7)

Einleitend stellt der Verfasser eine provokante Frage: „Hatten die zehntausend jugendlichen Kämpfer, denen bald hunderttausend Alphabetisierer folgen sollten, etwa nur die Kastanien aus dem Feuer geholt, um einigen Dutzend Jungpolitikern, die bequem in Costa Rica gewartet hatten, bis alles vorbei war, den Weg zur Macht freizuschießen?“ – (Seite 6)

Gabriel zieht einen Vergleich zwischen der sandinistischen Revolution und anderen gesellschaftlichen Modellen in Lateinamerika. „Während die meisten Bewaffneten ihre Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit unweigerlich mit Kuba assoziierten, [...] wartete ein Großteil der Zivilbevölkerung auf die Segnungen des Modells des südlichen Nachbarn Costa Rica.“ – (Seite 6)

Gabriel abstrahiert von den konkreten politischen Akteuren und presst sie in nationale Kategorien. „Noch mitten im Krieg suchte Ortega sofort nach seinem Amtsantritt alle schwebenden internen Gegensätze durch eine auf den partnerschaftlichen Dialog ausgerichtete Strategie zu bereinigen und sie dem Hauptwiderspruch Nicaraguas, dem Konflikt mit den USA, unterzuordnen.“ - (Seite 6); „Der US-Regierung ist es zwar gelungen, den „Virus“ des nicaraguanischen Beispiels [...] zu schwächen, sie hat aber nicht erreicht, daß Nicaragua zu dem wurde, als das es ihre Propaganda [...] systematisch darzustellen versuchte: zu einem totalitären Staat, dessen Bevölkerung in Angst und Unterdrückung lebt.“ – (Seite 7)

Es werden die Prinzipien der sandinistischen Revolution hinterfragt und auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft. „Hinter dem formellen Anspruch der Comandantes, Sozialismus mit Demokratie und Revolution mit Christentum zu verbinden, stand also an der Basis eine ideologische Auseinandersetzung, die umso heftiger wurde, je mehr sich die Comandantes bemühten, sie mit den Symbolen revolutionärer Einheit zu überdecken.“ – (Seite 6) Indem der Autor den Begriff *comandante* aus dem Spanischen übernimmt, versucht er seine direkte Verbundenheit und Nähe zu den Prozessen in Nicaragua zu zeigen. Zugleich erzeugt er damit eine Intertextualität zu Diskursen in Lateinamerika.

Gabriel zeigt Handlungsspielräume und die politischen Optionen auf, vor denen die SandinistInnen standen. Es werden also nicht allein Ereignisse dargestellt, sondern auch Möglichkeiten beschrieben. „Da die Ressourcen ihres politischen Gegners und militärischen Feindes [der US-Regierung] aber potentiell unerschöpflich waren, stand die nicaraguanische Revolution bald vor der Alternative, sich entweder im Krieg unter den schwierigsten Bedingungen politisch, ökonomisch und militärisch zu konsolidieren oder aber mit fliegenden Fahnen unterzugehen. „Kuba oder Grenada“ lautete die von der lateinamerikanischen Geschichte aufgezeigte Option [...]“ – (Seite 6) „Hätten nämlich die Sandinisten in der Vergangenheit den Boykottversuchen insbesondere des salvadorianischen Präsidenten [...] nachgegeben, dann gäbe es längst keine Friedensperspektiven für Zentralamerika.“ – (Seite 6)

Gabriel zeichnet die Widersprüche nach, welche den sozialen und politischen Prozess in Nicaragua kennzeichneten. Dem Verfasser zufolge stand die Frage am Beginn der Revolution, wie die verschiedenen sozialen Sektoren in einen einheitlichen Staat integriert werden konnten. Als grundlegend sieht der Autor einen ideologischen Konflikt – hier das Modell Cuba, dort die Orientierung an Costa Rica.

Die sandinistische Bewegung sei zu wenig einheitlich gewesen, um den in Gang gekommenen Prozess zu definieren. Daher hätte sich keine geradlinige Wirtschafts- und Außenpolitik entwickelt.

Eine Mischung aus Pragmatismus und Autoritätsgläubigkeit habe die Politik gekennzeichnet. Im Kontext ihrer „antisandinistischen Verteufelungsstrategie“ (Seite 6) habe die US-Regierung erklärt, kein weiteres Beispiel mehr zuzulassen, das ihre politisch-militärische Vormachtstellung in Frage stellen könnte. Der von der US-Regierung geförderte „Auszehrungskrieg“ habe dazu geführt, dass die SandinistInnen gezwungen waren, „den politischen Diskussionsprozeß den strategischen Erfordernissen der Landesverteidigung unterzuordnen“ (Seite 6).

Mit Daniel Ortega habe sich bei den Wahlen jemand durchgesetzt, der sämtliche internen Widersprüche durch den Dialog auszugleichen und sie dem „Hauptwiderspruch Nicaraguas, dem Konflikt mit den USA“ (Seite 6) unterzuordnen versuchte. Dies habe zu Erfolgen in der Auseinandersetzung mit der Kirche, der Opposition und den Contras sowie im Konflikt an der Atlantikküste geführt. Ein wichtiger Eckpfeiler von Ortegas Strategie sei der zentralamerikanische Friedensprozess gewesen, der von den SandinistInnen am weitestgehenden erfüllt wurde.

Gabriel erweitert den Themenbereich um eine zentralamerikanische Perspektive. Der zentralamerikanische Friedensprozess wird als Eckpfeiler der sandinistischen Politik unter Präsident Ortega dargestellt. Dabei wird darauf verwiesen, dass gerade die Einhaltung des Friedensplanes durch die SandinistInnen diesen Plan am Leben erhalte, weil die Regierungen der anderen Länder Zentralamerikas es nicht so eilig damit hätten, die Vorgaben des Planes zu erfüllen. Die Friedensperspektiven in Mittelamerika werden unmittelbar mit den SandinistInnen verknüpft: „Hätten nämlich die Sandinisten in der Vergangenheit den Boykottversuchen insbesondere des salvadorianischen Präsidenten [...] nachgegeben, dann gäbe es längst keine Friedensperspektiven für Zentralamerika.“ – (Seite 6)

EPN 6 (1989), Seite 8 – 9, 11

Robert Lessmann

Zehn Jahre Wirtschaftspolitik gegen den Strom

Der Text ist anlässlich des zehnjährigen Bestehens der sandinistischen Revolution erschienen. Er wurde in der Rubrik „Nicaragua“ veröffentlicht. Der Artikel ist in Sinneinheiten gegliedert, wobei die prägnanten Überschriften zur Übersichtlichkeit beitragen: zB „Drastische Sparmaßnahmen“, „Vorrang der Landwirtschaft“. Als Quellen werden sandinistische FunktionärInnen angegeben, VertreterInnen internationaler Organisationen sowie Hilfsvereine. Der Autor Robert Lessmann ist Soziologe und freier Mitarbeiter der *EPN*.

Eine Absicht des Textes ist die implizite Einforderung von finanzieller Unterstützung für das krisengeschüttelte Land. „Als Staatschef Daniel Ortega im Mai zehn westeuropäische Länder besuchte, war sein Hauptanliegen die Bitte um Wirtschaftshilfe für sein Land. Nicaragua benötigt für 1989 mindestens 250 Millionen Dollar, um den drohenden Kollaps aufzufangen.“ (Seite 8)

Zu den Schlüsselwörtern gehören: Revolution, IWF, Inflation, Einsparungen, Wirtschaftskrise, Verstaatlichung, Lebensniveau, Privatsektor, Wachstum, Produktion, Investitionen, Import-Export, Schulden/Verschuldung, Kapitalflucht, Investitionsboykott, Wirtschaftsblockade/Handelsembargo, Contra, Kurskorrektur.

Der Verfasser zieht bei der Einschätzung der sozio-ökonomischen Lage Nicaraguas verschiedene Quellen hinzu. „Die Kindersterblichkeitsrate, für deren Senkung von skandalösen 121 pro 1000 unter Somoza auf 80 pro 1000 im Jahre 1983 die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Nicaragua als „Modellnation“ bezeichnet hatte, steigt heute wieder bedrohlich an.“ – (Seite 8) „Wenn es stimmt, was *Carlos Arguello*, Botschafter Nicaraguas in *Den Haag*, im letzten Herbst gegenüber *EPN* erklärte, daß die USA „... wenn sie schon nicht die Regierung Nicaraguas nach eigenem Gutdünken auswechseln können, sie dann das Land zu einem Ort machen wollen, an dem niemand mehr leben mag, [...]“, dann sind sie auf diesem Weg weit vorangekommen.“ – (Seite 8, Kursivsetzungen im Original)

Lessmann, bekannt als Spezialist für den Andenraum, speziell Bolivien, arbeitet mit der Gegenüberstellung und dem Vergleich der Situation in Nicaragua mit der Lage in anderen Ländern Lateinamerikas. „Wie in zahlreichen anderen Ländern Lateinamerikas führt sie [die Krise] zu Erscheinungen wie Vandalismus und wachsender Kriminalität. Doch während dort verschiedentlich

Regierungen schon nach wenigen Monaten über ähnliche Zustände gestürzt sind, blieben in Nicaragua soziale Eruptionen bisher aus“ – (Seite 8) „Trotz dieser Herausforderungen schnitt Nicaragua 1982 im Vergleich mit seinen ebenfalls krisengeschüttelten Nachbarn noch immer relativ gut ab.“ – (Seite 9) „Aber noch 1985, [...] hatte Nicaragua die höchste Investitionsrate in ganz Zentralamerika.“ – (Seite 11) Ferner stellt er die Verhältnisse im revolutionären Nicaragua denen unter Somoza gegenüber. „Die Kindersterblichkeitsrate, für deren Senkung von skandalösen 121 pro 1000 unter Somoza auf 80 pro 1000 im Jahre 1983 die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Nicaragua als „Modellnation“ bezeichnet hatte, steigt heute wieder bedrohlich an.“ – (Seite 8) Der Verfasser stellt eine Beziehung zur Solidaritätsbewegung her, indem er ein gemeinsames „Wir“ unterstellt: „Gerade das ist es aber, was den Sandinisten bis heute den Rückhalt im Volk verschafft und unsere Anerkennung und Solidarität verdient.“ – (Seite 11)

Lessmann nimmt die Position der KritikerInnen an der Politik der SandinistInnen ein. „Mittlerweile sieht sich die sandinistische Regierung sogar mit dem Vorwurf konfrontiert, IWF-Politik ohne den Internationalen Währungsfonds zu betreiben.“ – (Seite 8) „Angesichts der angekündigten drastischen Einsparungen [...], einer Erhöhung der Kreditzinsen, der Aufhebung der Subventionen [...] sowie weiteren Massenentlassungen [...], sprechen manche KommentatorInnen nicht ohne Schadenfreude von „Thatcherismus“.“ – (Seite 8)

Der Autor verteidigt die Politik der SandinistInnen, indem er ihre hohe Legitimität in der Bevölkerung herausstreicht. „Doch während dort [in anderen Ländern Lateinamerikas] verschiedentlich Regierungen schon nach wenigen Monaten über ähnliche Zustände gestürzt sind, blieben in Nicaragua soziale Eruptionen bisher aus: ein Zeichen für das Vertrauen, das die Regierung nach wie vor im Volk genießt.“ – (Seite 8) „Gerade das ist es aber, was den Sandinisten bis heute den Rückhalt im Volk verschafft und unsere Anerkennung und Solidarität verdient.“ – (Seite 11)

Der Verfasser abstrahiert von den politischen AkteurInnen und presst diese in nationale Kategorien. „Wenn es stimmt, was *Carlos Arguello*, Botschafter Nicaraguas in *Den Haag*, im letzten Herbst gegenüber EPN erklärte, daß die USA „... wenn sie schon nicht die Regierung Nicaraguas nach eigenem Gutdünken auswechseln können, sie dann das Land zu einem Ort machen wollen, an dem niemand mehr leben mag, [...]“, dann sind sie auf diesem Weg weit vorangekommen.“ – (Seite 8, Kursivsetzungen im Original)

Zu den Metaphern zählen: „galoppierende Inflation“, „Zuspitzung“, „Staatskassen geplündert“, „über den Hebel der politischen Macht“, „einen Riegel vorzuschieben“, „der große Haken“, „verschlingen“, „aufgeblähter Apparat“, „krisengeschüttelt“, „gebremst“.

Lessmann beschreibt die historisch-strukturellen und politischen Ursachen der Wirtschaftskrise in Nicaragua. Dabei verweist der Autor darauf, dass die ökonomische Krise nicht zu einer politischen Krise geführt habe, sodass die SandinistInnen die politische Macht nicht abgeben mußten. Ziel der SandinistInnen sei es gewesen, das Lebensniveau der Bevölkerung zu heben, sowie es durch strukturelle Veränderungen abzusichern. Doch diese Ziele seien in einen Widerspruch zueinander geraten. „Einer raschen Expansion der sozialen Dienstleistungen stand ein langsames Wachstum der Produktion [...] gegenüber.“ (Seite 9) Neben strukturellen Gründen, wie etwa der Verschlechterung der terms of trade, sei es die Wirtschaftsblockade der US-Regierung und der Contra-Krieg, welche der Ökonomie Nicaraguas schaden. Dies wirke sich in einer Austeritätspolitik, die dem „Repertoire des IWF“ entspreche, sowie steigender Verschuldung aus. „Vor diesem Hintergrund war der entscheidende „Fehler“ sandinistischer Wirtschaftspolitik sicherlich die Weigerung, die Kosten der Krisenlösung auf das Volk abzuwälzen. Statt dessen hat sie [...] an einer Politik der Grundbedürfnisbefriedigung und des Schutzes der sozial Schwachen festgehalten, auch wenn diese zu Lasten von Produktion und ökonomischer Effizienz ging.“ (Seite 11) Lessmann schliesst daraus: „Gerade das ist es aber, was den Sandinisten bis heute den Rückhalt im Volk verschafft und unsere Anerkennung und Solidarität verdient.“ (Seite 11)

EPN 5 (1983), Seite 40

Hermann Klosius

Im Sold des CIA. Die US-Regierung finanziert Nicaraguas Konterrevolution

Der Artikel erscheint in der Rubrik „Nicaragua“. Der Autor schreibt zeitweise Beiträge zu Nicaragua, hauptsächlich zur US-Außenpolitik gegenüber den SandinistInnen und zu den Contras. Sein Artikel wird zu einer Zeit veröffentlicht, als die Unterstützung der Contras durch die US-Regierung durch mehrere US-Zeitschriften publik gemacht wird, was vermutlich auch der Anlass für diesen Artikel war und worauf auch die Überschrift hindeutet. Die Überschriften tragen zur Gliederung des Textes bei. Als Quellen werden die nicaraguanische Regierung und österreichische Organisationen der Entwicklungshilfe genannt, sowie mehrere US-Zeitschriften wie die *New York Times*.

Zu den Schlüsselwörtern zählen: Konterrevolution, Antisandinisten, Invasion, Einmischung, Kongress, Solidarität.

Während an verschiedenen Stellen die politischen Akteure benannt werden (zB *CIA*, US-Kongress oder die nicaraguanische Regierung), wird mehrmals davon abstrahiert und die Akteure werden in ein nationales Raster gepresst. Das geschieht etwa, wenn die Politik „der USA“ erläutert wird, oder die Aggressionen der Contras „gegen Nicaragua“ genannt werden, ohne konkret zu sagen, wer davon betroffen ist. „Die *New York Times* [...] zitiert Aussagen eines abgesprungenen Honduraners, der an Vorbereitungen von Aktionen gegen Nicaragua beteiligt war. Ihm zufolge haben die USA aktiv zur Ausbildung und Bewaffnung der *Contras* [...] beigetragen.“ (Seite 40, Kursivsetzung im Original) „Aus einem [...] Geheimdokument geht hervor, daß die US-Regierung im April 1982 ihre Zustimmung zu Aktionen gegen Nicaragua gegeben hat.“ (Seite 40) „Der Bundeskanzler wird gebeten, die österreichische Hilfe für Nicaragua zu verstärken und Österreichs Solidarität mit diesem Land durch wirksame Sofortmaßnahmen zum Ausdruck zu bringen.“ (Seite 40) „[Es] wurde die Beendigung der US-Intervention in Zentralamerika und die Aufhebung des Wirtschafts- und Handelsboykotts der USA gegenüber Nicaragua gefordert und zu internationaler Solidarität mit Nicaragua aufgerufen.“ (Seite 40)

Zu den Metaphern gehören: „Protestwelle“, „politischer Arm“, „nicht ohne Echo bleiben“.

Klosius übt indirekt Kritik an der US-Außenpolitik gegenüber den SandinistInnen. Die Erwähnung

internationaler Proteste gegen diese Politik unterstützt die Stimme der KritikerInnen. Die Bemühungen der SandinistInnen um Verhandlungen mit den Nachbarländern sowie Friedensappelle internationaler Organisationen werden mit der US-Außenpolitik kontrastiert, welche die Aggression der Contras fördert.

Es wird insbesondere auf Widersprüche innerhalb der US-Gesellschaft eingegangen, durch welche Klossius die US-Außenpolitik anklagt. Dazu gehören Proteste gegen die US-Unterstützung für die Contras, die Aufdeckung dieser Beziehung durch US-amerikanische Medien und entsprechende Konflikte zwischen dem Kongress und der US-Regierung. Ergänzt wird dies mit der Hervorhebung, wie wichtig in dieser Situation internationale Solidarität mit den SandinistInnen sei.

EPN 12 (1985), Seite 23

Adalbert Krims

Hoffnung gegen alle Hoffnung

Der Autor, Adalbert Krims, schreibt in den *EPN* keinen weiteren Artikel zu einem mit Nicaragua verbundenen Thema. Anlass für den Text ist der offizielle Besuch von Staatssekretärin Johanna Dohnal in Nicaragua, an dem auch der Autor teilnahm. Als Quelle dienen die eigenen Erfahrungen bei dieser Reise und Gespräche mit sandinistischen PolitikerInnen. Die wenigen Überschriften tragen in ihrer Allgemeinheit wenig zur Gliederung in Sinneinheiten bei.

Zu den Schlüsselwörtern gehören: (Selbst-)Kritik, Volk/Bevölkerung, Sandinisten, Revolution.

Krims betont die Durchhaltekraft der Bevölkerung von Nicaragua trotz der schwierigen Lage. Der Autor legitimiert damit die sandinistische Revolution trotz der vorhandenen Widersprüche. „Die Situation in Nicaragua ist schwierig, fast aussichtslos. Dennoch ist der Optimismus [sic!] der Bevölkerung nicht gebrochen.“ (Seite 23) „Diese schwierige [...] Situation [...] habe [laut Medien] dazu geführt, daß sich das nicarguanische Volk immer mehr von den Sandinisten abwende. [...] Es ist daher eher ein Paradoxon, daß es in Wirklichkeit anders ist.“ (Seite 23) „Trotz aller Kritik und Unzufriedenheit steht für die überwiegende Mehrheit der Nicaraguaner fest: „Dies ist unsere Regierung, und wir werden für sie kämpfen!““ (Seite 23)

Der Verfasser abstrahiert von den konkreten politischen Akteuren und presst sie in nationale Kategorien. „Man weiß, daß die schwierige Wirtschaftssituation und auch manche Einschränkungen der Freiheitsrechte nicht auf böse Absichten der Sandinisten zurückzuführen, sondern eine Folge des unerklärten Krieges gegen Nicaragua sind.“ (Seite 23) „Der [...] Befreiungstheologe Leonardo Boff hatte sicher recht, wenn er [...] erklärte, Nicaragua sei ein Beispiel für ganz Lateinamerika.“ (Seite 23) An anderer Stelle verallgemeinert Krims in einem indirekten Zitat von den konkreten Akteuren auf das ganze Land. „Das Land habe [laut Boff] eine Geschichte der Unterdrückung, aber nicht der Unterwerfung.“ (Seite 23)

Der Autor wechselt die Perspektive und nimmt eine verallgemeinerte Rolle ein. „Für den Europäer, der zum ersten Mal nach Nicaragua kommt, ist der erste, oberflächliche Eindruck deprimierend.“ (Seite 23)

Krims abstrahiert von seiner eigenen Perspektive, um eine allgemeine Gültigkeit seiner Betrachtungen, durch Verwendung des Wortes „man“, aufzustellen. „Diese schwierige [...] Situation,

so kann man in ausländischen Medien oft lesen und hören, habe dazu geführt, daß sich das nicarguanische Volk immer mehr von den Sandinisten abwende.“ (Seite 23) „Natürlich hört man in Nicaragua viel Kritik [...] Aber eines hört man nicht (außer bei einigen Oppositionellen, die der Konterrevolution nahestehen): nämlich daß die sandinistische Regierung abtreten und durch eine andere ersetzt werden soll.“ (Seite 23); „Man weiß, daß die schwierige Wirtschaftssituation und auch manche Einschränkungen der Freiheitsrechte nicht auf böse Absichten der Sandinisten zurückzuführen, sondern eine Folge des unerklärten Krieges gegen Nicaragua sind.“ (Seite 23); „[E]r drückte damit das aus, was man im ganzen Land als Slogan sehen und hören kann“

Der Verfasser stellt die miserable Situation in einen allgemeinen Zusammenhang. Die Verantwortung für die wirtschaftliche Krise wird nicht so sehr bei der Politik der SandinistInnen gesehen, sondern vor allem bei dem „unerklärten Krieg gegen Nicaragua“. (Seite 23)

Krims benutzt Parolen aus dem Diskurs der SandinistInnen, um den Durchhaltewillen der sandinistischen Revolution auszudrücken. „Und er [der brasilianische Befreiungstheologe Leonardo Boff] drückte damit das aus, was man im ganzen Land als Slogan sehen und hören kann: „Das siegreiche Nicaragua verkauft sich weder, noch ergibt es sich.““ (Seite 23) Ferner werden Begriffe wie Freiheit verwendet, um die sandinistische Revolution zu charakterisieren. „„In Nicaragua opfern die Menschen ihr Leben für die Gerechtigkeit, für die Freiheit.“ Das Land habe eine Geschichte der Unterdrückung, aber nicht der Unterwerfung. Es ziehe den Tod der Unterwerfung vor, betonte Boff.“ (Seite 23)

Der Autor arbeitet mit dem Mittel der Gegenüberstellung, wenn er die Zeit unmittelbar nach dem Sturz Somozas der aktuellen Lage Nicaraguas entgegensetzt. Krims zitiert dazu den sandinistischen Minister Antonio Blandón: „Der stellvertretende Entwicklungsminister [...] sagt uns ganz offen: „Wir reden heute nicht mehr vom nationalen Wiederaufbau, sondern vom wirtschaftlichen Überleben.““ (Seite 23)

Zu den Metaphern gehört: „Würgegriff“.

Krims zeichnet ein pessimistisches Bild von der Entwicklung der sandinistischen Revolution. Entgegen der Aufbruchsstimmung in den ersten Jahren der Revolution betont er, dass es in der aktuellen Lage ums Überleben ginge: „Die Revolution kann gegenwärtig kein besseres Leben versprechen, sie kämpft um ihr Überleben.“ (Seite 23) Als Grund nennt Krims den immer festeren „wirtschaftlichen und militärischen Würgegriff“ (Seite 23) (Versorgungsmangel und Contrakrieg). Zugleich sieht Krims die Gefahr, dass die Revolution selbst ihre Dynamik verlieren und zu einem System fester Regeln erstarren könnte, was er durch das Zitat des sandinistischen Vizepräsidenten

Sergio Ramirez verdeutlicht: „Es ist wichtig, daß die Revolution nicht ihre allgemeine Dynamik verliert, die sie am Anfang hatte. Es besteht immer die Gefahr, daß diese Dynamik abkühlt, daß sich der revolutionäre Prozeß institutionalisiert und zu einem bloßen System wird, einem System von Regeln, die befolgt werden müssen. Wir versuchen, das zu vermeiden.“ (Seite 23)

Auch hebt der Autor hervor, dass die SandinistInnen – wegen ihrer eigenen Art zu regieren (Selbstkritik, Bereitschaft, politische Fehler zu korrigieren) - hohe Legitimität in der Bevölkerung genießen und nicht in Gefahr seien, ihre Macht abzugeben. Krimm geht sogar weiter und zitiert nochmals den Befreiungstheologen Leonardo Boff, der in Nicaragua ein Beispiel für ganz Lateinamerika sieht.

5.c. Schlussfolgerungen aus der Artikel-Feinanalyse

Häufig wird in den Texten der *Entwicklungspolitischen Nachrichten* das Mittel der Gegenüberstellung angewendet. Dies betrifft etwa die Kontrastierung der politischen wie auch sozioökonomischen Verhältnisse in Nicaragua mit denen anderer lateinamerikanischer Länder, aber auch Europas und der USA. Insbesondere die spezifische Form der Demokratie, welche von den SandinistInnen eingeführt wurde, wird oft der bürgerlichen Demokratie westlicher Prägung entgegengesetzt. Seltener werden die Zustände unter der Somoza-Diktatur den Veränderungen durch die SandinistInnen gegenübergestellt. Als Beispiel für eine solche Kontrastierung steht ein Zitat von Ralf Leonhard: „Die Agrarreform mit all ihren Mängeln und Rückschlägen hat eine semif feudale Produktionsstruktur zerschlagen, wie sie in anderen Ländern Lateinamerikas noch gang und gäbe ist [...]“ (Leonhard 1989: 7). Ein Grund für solche Gegenüberstellungen liegt darin, dass die AutorInnen aufzeigen wollen, wie sich die Lage durch die SandinistInnen zum Besseren gewendet habe. Auch sollen bestimmte Vorwürfe und Kritik an den SandinistInnen relativiert und so entkräftet werden.

Auffällig ist weiters, dass die Ereignisse in Nicaragua oft kontextualisiert werden, d.h. sie werden nicht isoliert, sondern in ihrem politischen, sozialen und ökonomischen Kontext betrachtet. Die Kontextualisierung hat die Funktion, die Ereignisse in ihrem Zusammenhang zu erklären. Es überwiegen dabei Erklärungsansätze, welche externe Faktoren, also im wesentlichen die US-Außenpolitik gegenüber Nicaragua, betonen. Eine wichtige Position nehmen auch Ansätze zur Einordnung der demokratischen Veränderungen in Nicaragua ein. Ein Beispiel bietet ein Zitat von Johanna Dohnal: „Ich habe damals erklärt, daß ich den Ausnahmezustand natürlich bedauere, daß man ihn aber im Zusammenhang mit der objektiven Kriegssituation sehen müsse, in der sich Nicaragua befindet“ (Dohnal 1986: 26).

Ebenfalls finden sich Texte, in denen die Politik der SandinistInnen legitimiert wird. Häufig wird dies in Verbindung gebracht mit dem Hinweis auf die enorme Durchhaltekraft der nicaraguanischen Bevölkerung, die trotz aller Widrigkeiten zu ihrer Revolution steht. Es wird damit der Zweck verfolgt, die Errungenschaften der sandinistischen Revolution zu verteidigen und der Kritik entgegenzutreten. Ein Beispiel von Robert Lessmann: „Doch während dort [in anderen Ländern Lateinamerikas] verschiedentlich Regierungen schon nach wenigen Monaten über ähnliche Zustände gestürzt sind, blieben in Nicaragua soziale Eruptionen bisher aus: ein Zeichen für das Vertrauen, das die Regierung nach wie vor im Volk genießt“ (Lessmann 1989: 8).

Im Kontext der Auseinandersetzung mit der spezifischen Form der von den SandinistInnen

etablierten Demokratie wird von einigen AutorInnen mit einer Relativierung argumentiert. Es werden so die Vorwürfe von Medien und PolitikerInnen entkräftet, dass es sich in Nicaragua um eine Diktatur oder Totalitarismus handle. Die sandinistische Revolution soll auf diese Weise verteidigt werden.

Ein anderes Kennzeichen ist die Abstraktion von den konkreten Akteuren der Politik und die Ersetzung durch nationale Kategorien. Es verschwimmt dabei die konkrete Verantwortung von Personen, Organisationen oder Institutionen. Statt dessen scheint die Politik ohne zu differenzieren durch nationale Kollektive, wie etwa „die USA“, bestimmt zu sein. Ein Beispiel von Hermann Klosius: „Die New York Times [...] zitiert Aussagen eines abgesprungenen Honduraners, der an Vorbereitungen von Aktionen gegen Nicaragua beteiligt war. Ihm zufolge haben die USA aktiv zur Ausbildung und Bewaffnung der *Contras* [...] beigetragen“ (Klosius 1983: 40; Kursivsetzung im Original). Wobei hier zu relativieren ist, dass häufig dieselben AutorInnen, die solche Abstraktionen vornehmen, im gleichen Artikel eine differenzierte Betrachtungsweise an den Tag legen, wenn sie die konkreten Akteure eben doch benennen. Ein Beispiel, bei dem beides in einem Satz geschieht, liegt ebenfalls bei Klosius vor: „Aus einem [...] Geheimdokument geht hervor, daß die US-Regierung im April 1982 ihre Zustimmung zu Aktionen gegen Nicaragua gegeben hat“ (Klosius 1983: 40).

Seltener geschieht es, dass AutorInnen einen Perspektivenwechsel vornehmen. Damit wird zunächst verfolgt, eine bestimmte Kritik zu personifizieren und somit greifbarer und nachvollziehbar zu machen. Ein Beispiel von Ralf Leonhard: „Daß das wirtschaftspolitische Nahziel [...] nicht erreicht wurde, das weiß niemand besser, als die Hausfrau, die statt der schmackhaften nicaraguanischen Bohnen bulgarisches Konservengemüse angeboten bekommt“ (Leonhard 1986: 11). In eine ähnliche Richtung geht die Verwendung des Wortes „man“, womit beabsichtigt wird, eine allgemeine Gültigkeit der Betrachtungen des Autors/der Autorin herzustellen. Adalbert Krims schreibt: „Natürlich hört man in Nicaragua viel Kritik [...] Aber eines hört man nicht (außer bei einigen Oppositionellen, die der Konterrevolution nahestehen): nämlich daß die sandinistische Regierung abtreten und durch eine andere ersetzt werden soll“ (Krims 1985: 23). An anderer Stelle wird eine Verallgemeinerung erreicht, indem ein gedankliches „wir“-Kollektiv konstruiert wird. Durch die Konstruktion eines solchen „wir“-Kollektivs wird zugleich eine gewisse emotionale Nähe des Autors/der Autorin zur LeserInnenschaft hergestellt. So heisst es bei Leonhard: „Die sandinistische Revolution mag sich anders entwickelt haben, als wir es uns erhofften, als wir im Juli 1979 den Zusammenbruch des Somoza-Regimes feierten“ (Leonhard 1989: 7).

Häufig wird die Intertextualität der Artikel offenbar - etwa dann, wenn Bezug genommen wird auf die Vorwürfe, die in anderen Medien gegenüber den SandinistInnen geäußert werden. Werner

Hörtner schreibt: „[E]s wäre aber jenen Kritikern, die Nicaragua als marxistische Diktatur verurteilen, zumindest anzuraten, sich die historische Entwicklung unserer Demokratien vor Augen zu halten, zu bedenken, wie lange dieser Prozeß dauerte und auf welche Schwierigkeiten er stieß“ (Hörtner 1983: 8). An verschiedenen Stellen wird diese Intertextualität hergestellt, indem bestimmte Begriffe aus dem spanischen Sprachgebrauch übernommen werden, wie etwa „Comandantes“ (Gabriel 1989: 6), „Campesinos“ (Hörtner 1985: 21) oder „Gringos“ (Kemptner 1982: 35). Weiters ist auch die explizite Offenlegung von Quellen, etwa durch direkte Zitate, zum Bereich der Intertextualität hinzuzurechnen. In einem Fall stellt der Artikel eine unmittelbare Replik auf einen anderen in den *Entwicklungspolitischen Nachrichten* publizierten Text dar. Johanna Dohnal wiederum nimmt ausdrücklich Bezug auf den entwicklungspolitischen Diskurs, wenn sie schreibt: „An der Frage Nicaragua wird sich somit auch die Glaubwürdigkeit der europäischen Entwicklungspolitik, die sich ja immer zur Selbstbestimmung der Völker und zu einer eigenständigen Entwicklung der Länder der Dritten Welt bekannt hat, erweisen“ (Dohnal 1986: 27). Im Kontext der US-Aussenpolitik gegenüber den SandinistInnen kommt das Mittel der Polarisierung zum Einsatz. Es werden einander die beiden Pole „Nicaragua“ und „USA“ gegenübergestellt. Dabei wird tendenziell das Bild des ungleichen Kampfes zwischen David und Goliath angewendet. Joe Kemptner schrieb: „Wenn die Weltmacht USA sich von der Entwicklung eines Zwerges bedroht fühlt, wieviel mehr müssen Regierung und Volk von Nicaragua Grund haben, den drohenden US-Knüppel ernst zu nehmen“ (Kemptner 1982: 35). Sehr selten geschieht es, dass Forderungen aufgestellt werden. Bei Dohnal finden sich Forderungen an die Solidaritätsbewegung sowie allgemein an die Politik: „Angesichts dieser Situation muß man Nicaragua das Recht auf Selbstverteidigung zugestehen“ (Dohnal 1986: 26). Die Quellen werden in den Artikeln häufig offengelegt. Es handelt sich dabei um internationale Zeitschriften, nicht selten aus den Vereinigten Staaten, sowie um Informationen von Mitgliedern der sandinistischen Regierung und seltener auch von gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden und internationalen Organisationen. Schliesslich dienen auch eigene Recherchen als Informationsquelle, wenn es sich bei den Autoren um Mitarbeiter der alternativen Nachrichtenagentur *APIA* handelt.

5.c.1. Partizipation und Demokratie

Ein immer wiederkehrendes Thema in den *Entwicklungspolitischen Nachrichten* sind Pluralismus und Demokratie in Nicaragua. Es werden die in anderen Medien aufgestellten Behauptungen und Vorwürfe, es handle sich um eine Diktatur, widerlegt. Es wird ein Kontext hergestellt zu vergleichbaren Erfahrungen der westlichen bürgerlichen Demokratien, etwa mit dem bewaffneten

Kampf der *Roten Armee Fraktion* (Hörtner 1983: 8). Dabei wird darauf verwiesen, dass sich jede andere Regierung in der Situation eines Krieges vermutlich mit ähnlichen Mitteln zur Wehr gesetzt hätte wie die SandinistInnen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes und die damit einhergehende Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte wird als notwendiges Übel gesehen, um die militärische Bedrohung durch die Contras einzudämmen.

Ein weiterer Aspekt ist der Hinweis auf die lange historische Entwicklung der westlichen Demokratien. Es wird verlangt, bei den SandinistInnen keine anderen Maßstäbe anzulegen und anzuerkennen, dass es nach der Diktatur Somozas eine gewisse Zeit brauche, bis auch in Nicaragua demokratische Verhältnisse etabliert würden (Kemptner 1982: 35; Hörtner 1984: 6). Joe Kemptner zeigte den doppelten Maßstab der Medien auf, wenn er schrieb: „[...] eine Regierung, deren Maßnahmen manche westliche Massenmedien bereits als totalitär und menschenrechtswidrig diffamieren. Zu Somozas Zeiten fanden sie kaum ein Wort der Ächtung seines Regimes. Wer Nicaragua eine totalitäre Diktatur nennt, hat das Augenmaß verloren“ (Kemptner 1982: 35). Es wird in diesem Zusammenhang auch das zweierlei Maß hervorgehoben, mit dem Nicaragua im Verhältnis zu den anderen zentralamerikanischen Staaten gemessen wird. Während die SandinistInnen in westlichen Medien und von konservativen PolitikerInnen als totalitär, repressiv und gegen die Menschenrechte gerichtet dargestellt werden, werden die systematischen Verbrechen gegen die linke Opposition in Guatemala, El Salvador und Honduras relativiert oder ganz verschwiegen.

Worauf ebenfalls hingewiesen wird, sind die spezifischen Veränderungen in Hinblick auf die politische Partizipation. Es wird der nicaraguanischen Bevölkerung zugestanden, ihren eigenen demokratischen Weg mit den entsprechenden Mechanismen der Meinungsfindung, wie etwa Volksversammlungen, zu erproben (Gusenbauer/Kopeinig 1980: 7; Hörtner 1983: 8). Während die Anwendung staatlicher Zwangsmittel (Streikverbot, Ausnahmezustand) durch die SandinistInnen zumeist mit der Bedrohungssituation des Landes kontextualisiert wird, so zeigt Werner Hörtner implizites Verständnis dafür, wenn er etwa die Pressezensur mit dem Hinweis verteidigt, dass völlige Pressefreiheit den oppositionellen Medien zu grossen Spielraum biete (Hörtner 1983: 8; Hörtner 1987: 38).

5.c.2. Politische Legitimität

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Stabilität und breite politische Legitimität der sandinistischen Regierung in der Bevölkerung. Es wird von verschiedenen AutorInnen kontinuierlich betont, dass trotz der ökonomischen Krise und der militärischen Belagerungssituation die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrzahl zu „ihrer“ Regierung und Revolution stehe. Das von den *CIA-*

StrategInnen anvisierte Ziel eines inneren Aufbruchs und schliesslich Sturzes der SandinistInnen sei so in weite Ferne gerückt. Es sei vielmehr einzigartig für Lateinamerika, dass eine Regierung es sich leisten könne, die Bevölkerung zu bewaffnen, da in anderen Ländern die Regierungen über ähnliche Krisenlagen längst gestolpert seien. Diese Argumentation findet sich häufiger und über die Jahrgänge verstreut, gerade auch bei jenen AutorInnen, die von ihren bei einem Besuch in Nicaragua gemachten Erfahrungen berichten. Robert Lessmann schreibt dazu: „Doch während dort [in anderen Ländern Lateinamerikas] verschiedentlich Regierungen schon nach wenigen Monaten über ähnliche Zustände gestürzt sind, blieben in Nicaragua soziale Eruptionen bisher aus: ein Zeichen für das Vertrauen, das die Regierung nach wie vor im Volk genießt“ (Lessmann 1989: 8).

5.c.3. Politisches Bewusstsein

In den ersten Jahren spielt die Thematisierung des politischen Bewusstseins der nicaraguanischen Bevölkerung eine Rolle. Dieses wird insbesondere mit der Alphabetisierungskampagne der SandinistInnen in einen Zusammenhang gesetzt. So wird ein Bild des „Neuen Menschen“ vermittelt, der durch Bildung und Erziehung die Werte der sandinistischen Revolution verinnerlicht. Gusenbauer/Kopeinig beschreiben diese Entwicklung als Abgrenzung von der bisher vorherrschenden Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und von der Orientierung an der Karriere (Gusenbauer/Kopeinig 1980: 7). Werner Hörtner nennt als Funktionen des Erziehungswesens und der Kultur die „Schaffung eines Bewußtseins, das [...] an der Wiege der neuen Gesellschaft steht, und Wiederfinden der eigenen kulturellen Identität als Grundlage authentischer Selbständigkeit“ (Hörtner 1983: 8).

5.c.4. Ökonomie und soziale Reformen

Die wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas wird zu Beginn noch optimistisch betrachtet und als weitgehend offen eingeschätzt. So findet sich bei Gusenbauer/Kopeinig die Hoffnung, die SandinistInnen könnten das Land auf einen Weg zum Sozialismus bringen (Gusenbauer/Kopeinig 1980: 7). Tendenziell lässt sich feststellen, dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die *EPN*-AutorInnen sich vom Wiederaufbau aus den Ruinen des Somoza-Regimes mit möglicher sozialistischer Perspektive zur krisenhaften Überlebensökonomie inmitten eines Krieges wandelt. Die widersprüchliche Situation wurde schon in den frühen Jahren der sandinistischen Revolution von mehreren AutorInnen erkannt. So wird festgestellt, dass die Strukturen des Weltmarktes, die ungleichen Tauschverhältnisse, die internationale Krise, aber auch spezifische Faktoren wie die Hinterlassenschaften der Somoza-Diktatur und die Verschuldung dazu geführt haben, dass der wirtschaftspolitische Spielraum der SandinistInnen nur sehr begrenzt gewesen sei. Dennoch werden

das ambitionierte Programm einer ökonomischen Umstrukturierung – Steigerung der Exporte bei gleichzeitiger Subventionierung der grundlegenden Lebensmittel, Sicherung der Nahrungsmittelsouveränität durch eine Agrarreform, Diversifizierung der Handelsbeziehungen – und die sozialen Errungenschaften hervorgehoben, die trotz der schwierigen Ausgangslage durchgesetzt werden konnten, wie zB die Alphabetisierungskampagne und der Aufbau eines kostenlosen Gesundheitswesens. Im Zuge des Contrakrieges und des sich verschärfenden Wirtschaftsboykotts durch die US-Regierung weicht die ursprüngliche Sichtweise einem zunehmenden Pessimismus. Es wird beschrieben, wie die wirtschaftspolitischen Ziele der SandinistInnen zunehmend in einen Widerspruch zueinander treten. Den gesunkenen Einnahmen aus den Exporten stünden die gestiegenen Ausgaben im Sozialbereich gegenüber (Lessmann 1989: 9). Weiters seien die SandinistInnen mit ihrer Politik gescheitert, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen sozialen Sektoren herzustellen. Dies drücke sich darin aus, dass die UnternehmerInnen die Wirtschaft durch Produktionsboykott schädigten (Schädler 1981: 32, Kemptner 1982: 34). Werner Hörtnert macht eine positive ökonomische Entwicklung im wesentlichen von der Politik der US-Regierung abhängig. Zugleich weist er darauf hin, dass der Mangel immerhin gerecht verteilt werde (Hörtnert 1983: 8). Es lässt sich bei den Betrachtungen einiger AutorInnen ein Primat der Ökonomie feststellen. So wird darauf verwiesen, dass der Contrakrieg wichtige Ressourcen für die Verteidigung binde, welche in der Wirtschaft fehlten (Hörtnert 1985: 22; Leonhard 1986: 11).

5.c.5. US-Aussenpolitik

Die Aussenpolitik der US-Regierung, vor allem unter der Präsidentschaft Ronald Reagans, gegenüber Nicaragua nimmt einen zentralen Stellenwert in den Betrachtungen der *EPN*-AutorInnen ein. Während die Politik der Carter-Administration noch positiv eingeschätzt wurde, wich dieser Optimismus mit der Übernahme des Präsidentenamtes durch Reagan 1980 einem zunehmenden Pessimismus. Die politische und materielle Unterstützung Reagans für die Contras, der Wirtschaftsboykott, die Drohung einer militärischen Intervention (verstärkt nach der US-Intervention in Grenada 1983) sowie schliesslich die politische Einflussnahme auf den zentralamerikanischen Friedensprozess machten wesentliche Charakteristika der US-Aussenpolitik aus, die diesen Pessimismus nährten. Wie bereits an anderer Stelle gezeigt, werden jedoch mitunter in der Argumentation konkrete Verantwortlichkeiten von Regierungsstellen verwischt und durch „nationale“ Kategorien ersetzt – so steht oft die Rede von „den USA“ für die Politik der Regierung. In späteren Artikeln ab Mitte der 1980er Jahre wird der Fortbestand der sandinistischen Revolution substantiell von der Politik der US-Regierung abhängig gemacht. „Es ist schwer vorstellbar, wie

Nicaragua weitere vier Jahre eines sich tendenziell verstärkenden Abnutzungskriegs überstehen soll. Mit einem Präsidenten an der Spitze der USA, der „*pathologisch besessen ist, die nicaraguanische Revolution zu zerstören*“, wie es kürzlich Außenminister *Miguel D'Escoto* formulierte“ (Hörtner 1984: 7; Kursivsetzung im Original). Innere Widersprüche, wie etwa der Konflikt an der Atlantikküste, werden diesem äusseren Konflikt nicht untergeordnet, aber sehr oft in einem Zusammenhang damit betrachtet.

5.c.6. Zentralamerikanischer Friedensprozess

Der zentralamerikanische Friedensprozess ist ein Thema, das vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre relevant wird. Er wird als ein Garant für das Überleben der sandinistischen Revolution angesehen. So wird auch die Einhaltung des Friedensplanes durch die SandinistInnen betont, während hervorgehoben wird, dass die Bündnispartner der US-Regierung in Mittelamerika wenig zur Umsetzung beitragen. Es wird also die friedensstiftende Rolle der SandinistInnen in der Region unterstrichen. „Hätten nämlich die Sandinisten in der Vergangenheit den Boykottversuchen insbesondere des salvadorianischen Präsidenten [...] nachgegeben, dann gäbe es längst keine Friedensperspektiven für Zentralamerika“ (Gabriel 1989: 6).

6. Zusammenfassung

Am Beginn dieser Arbeit stand die Frage nach dem Diskurs der österreichischen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, also wie dieser Diskurs beschaffen war und welche Kontinuitäten und Brüche es gab.

Solidarität ist ein Begriff, der – oft synonym zum Begriff der Brüderlichkeit gebraucht - während der bürgerlichen Aufklärung und der Französischen Revolution wirksam wurde. Der Begriff machte dabei einen Bedeutungswandel von der Verwendung in der Sprache des Schuldrechtes – als wechselseitige Haftungsform – zu einem politischen Begriff durch. Solidarität wurde in engem Zusammenhang mit der Hilfe für die Armen verstanden. Während der Französischen Revolution wurde ein Rechtsanspruch auf eine solche Hilfe, die bis dahin von der zufälligen Mildtätigkeit von karitativen Organisationen abhängig war, eingeführt. Weitere Impulse erhielt das Konzept der Solidarität durch die FrühsozialistInnen und während der Revolution von 1848, insbesondere in Frankreich. Die eigentliche Umsetzung des Gedankens eines Rechtsanspruches erfuhr die Solidarität mit der Einführung des Sozialstaates, wo sie in institutionalisierter Form als Klassenkompromiss – allerdings nur zwischen Männern - etabliert wurde.

Die österreichische Solidaritätsbewegung mit Nicaragua gründete bereits vor dem Sturz der Somoza-Diktatur ihre ersten Komitees. Es wurde eine Delegation von österreichischen Ärzten in die Nachbarländer Nicaraguas entsandt, um für die Betreuung der vor der Repression durch die Diktatur geflüchteten Menschen zu sorgen. Eine erste politische Bündelung fand mit der Gründung des *Österreichischen Solidaritätskomitees für Nicaragua (ÖSKN)* statt, in dem verschiedene Organisationen – von Jugendverbänden bis hin zur *Caritas* – zusammenfanden. Das *ÖSKN* erfuhr politische und materielle Unterstützung durch die Regierung von Bundeskanzler Bruno Kreisky. Kennzeichnend für die Solidaritätsbewegung war, dass sie ihre Aktivitäten nach dem Sieg der Befreiungsbewegung *FSLN* fortsetzte. Die Solidarität drückte sich nun darin aus, dass der Wiederaufbauprozess in Nicaragua politisch, materiell und durch verschiedene Projekte, unterstützt wurde. Vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Contras und einer drohenden US-Militärintervention rief die sandinistische Regierung die internationale Solidaritätsbewegung dazu auf, Brigaden nach Nicaragua zu entsenden, die beim Ernteeinsatz helfen sollten. Auch aus Österreich folgten Menschen diesem Aufruf. Nach ihrer Rückkehr beteiligten sich viele BrigadistInnen an den Aktivitäten der Solidaritätsbewegung, was zu einem starken Anstieg des

Engagements führte.

Den empirischen Teil dieser Arbeit stellt eine Diskursanalyse dar. Als Rahmen für die Diskursanalyse wurde in dieser Arbeit zunächst eine statistische Auswertung der Nicaragua-spezifischen Artikel vorgenommen. In der Folge wurden die entwicklungspolitischen Institutionen untersucht, die den Diskurs zu Nicaragua in den *Entwicklungspolitischen Nachrichten (EPN)* strukturierten. Dazu gehörte der *Österreichische Informationsdienst für Entwicklungspolitik (ÖIE)*, die alternative Nachrichtenagentur *APIA* sowie die *Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)*. Daran schloss eine Vorstellung der für die Diskursanalyse relevanten AutorInnen in Form von Kurzportraits an. Die Diskursanalyse im engeren Sinn wurde mit einer allgemeinen Untersuchung der *EPN*, des Mediums des *ÖIE*, eingeleitet. Es wurden die formale Struktur sowie überblickshaft die Inhalte dieser Zeitschrift analysiert.

Die Diskursanalyse der *EPN* hat ergeben, dass die sandinistische Revolution in Nicaragua eine prominente Stellung innerhalb der *EPN* einnimmt. Das zeigt sich etwa daran, dass Nicaragua als Thema mehrmals in den Editorials einen zentralen Platz findet. Auch wurden zwei „Titelgeschichten“ sowie ein Schwerpunkt zu den Entwicklungen in Nicaragua gestaltet. Thematisch drehte sich die Berichterstattung zunächst häufig um die sozialen und demokratischen Veränderungen im Zuge der Revolution. Später wurden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Krieg und Boykott geschildert. Einen wichtigen Stellenwert nahmen auch die Verhandlungen um einen zentralamerikanischen Friedensprozess ein. Der Konflikt an der Atlantikküste wurde mehrmals zum Thema.

Zur Struktur der Texte lässt sich sagen, dass diese häufig Verteidigungsschriften für die sandinistische Revolution darstellen. Es werden die Maßnahmen der *FSLN* in ihren politischen Zusammenhang gestellt und legitimiert. Das bedeutet, dass der Contrakrieg und die US-Außenpolitik der Reagan-Administration den Rahmen für die Betrachtungen ergeben. Kritik an der Politik der *FSLN* wird ebenfalls in diesem Raster beleuchtet, d.h. Kritik, die diese Zusammenhänge nicht mit einbezieht, wird hinterfragt. Die meisten AutorInnen der hier analysierten *EPN*-Artikel entstammen einem Kreis von Personen, die zugleich für andere Medien der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung Texte verfassten – so etwa für die Zeitschrift „*Lateinamerika anders*“ - oder/und zumindest zeitweise Mitarbeiter der alternativen Nachrichtenagentur *APIA* in Managua waren. Dies trifft auf die Nicaragua-Kenner Leo Gabriel, Werner Hörtner, Hermann Klosius und Ralf Leonhard zu. Viele AutorInnen kommen aus einem Umfeld, das christlich sowie auch sozialdemokratisch und politisch links geprägt ist, wobei die Grenzen fließend sind.

7. Forschungsausblick

Weitere Forschungsarbeiten könnten an diese Arbeit anschließen. So wäre eine Auseinandersetzung mit der Chile-Solidaritätsbewegung, der vorangegangenen „großen“ Bewegung im Zusammenhang mit Lateinamerika, ergiebig. Ein Vergleich zwischen Chile- und Nicaragua-Solidaritätsbewegung würde neue Erkenntnisse bringen, wenn auch die Voraussetzungen der beiden Bewegungen unterschiedlich sind: Hier die Solidarität mit einer Regierung, die in Nicaragua ein sozialrevolutionäres Gesellschaftsprojekt zu verwirklichen suchte, dort die Solidarität mit den von einer Diktatur verfolgten und unterdrückten ArbeiterInnen und *campesinos* in Chile. Es könnten auch andere Quellen bearbeitet werden. Für eine weitere Diskursanalyse bietet sich etwa die „*Lateinamerika anders*“ an, die Zeitschrift der *Informationsgruppe Lateinamerika*. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit könnte sich so ein gutes Bild der Lateinamerika-Solidaritäts-„Szene“ ergeben. Auch ein Blick auf Afrika und die in den 1980er Jahren in Österreich sehr aktive Anti-Apartheid-Bewegung könnte interessante Querverbindungen zu Tage fördern. Als Gegentendenz wäre dies vor allem angesichts eines in Österreich häufig rassistisch aufgeheizten Klimas wünschbar, das sich im Diskurs über Migration und Flucht und der damit einhergehenden Verschärfung des Fremdenrechtes ausdrückt. Die Erforschung der Anti-Apartheid-Bewegung könnte zeigen, dass die Beziehungen der österreichischen Bevölkerung zu Afrika auch schon in einer anderen Weise gestaltet waren.

Zu kurz gekommen ist in dieser Arbeit eine Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen der Solidaritätsbewegung. Es fehlt eine Erörterung der „VordenkerInnen“ bzw. der Ereignisse, die entscheidende Impulse für die nachfolgenden Diskussionen gegeben haben. Dazu zähle ich etwa die von der Dependencia-Schule angestossene Debatte über Abhängigkeit und „Entwicklung“ oder auch die - in Folge der Konferenz des lateinamerikanischen Bischofsrats in Medellín (1968) und der dort gefassten kirchlichen „Option für die Armen“ aufgekommenen – Befreiungstheologie. Beide politischen Strömungen beeinflussten die Solidaritätsbewegung. Was nicht zuletzt daran sichtbar wird, dass viele AktivistInnen der Bewegung einen ideologisch linken sowie familiär wie politisch christlichen Hintergrund hatten. Diese ideologischen Grundlagen der Solidarität könnten noch herausgearbeitet werden. Damit im Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass auch eine Untersuchung der Beziehungen zwischen der Solidaritätsbewegung und anderen sozialen Bewegungen wie der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Ökologiebewegung noch aussteht.

Es fehlt auch die Herausarbeitung des Zusammenhanges zwischen der Solidaritätsbewegung und den entwicklungspolitischen Institutionen des österreichischen Staates. Weil diese Beziehung im Falle der österreichischen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, vor allem während der Regierungszeit von Bruno Kreisky, besonders ausgeprägt war, wäre ein solcher Zusammenhang in einer weiteren Forschungsarbeit stärker zu berücksichtigen. Auch die Erforschung des fließenden Überganges von Projekten der Solidaritätsbewegung in Nicaragua zu Projekten der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit sowie der intensiven persönlichen Beziehungen, die bis heute bestehen, könnten interessante Details ergeben.

Ebenfalls fehlt noch die Untersuchung der konflikthafter Beziehungen der Solidaritätsbewegung zu konservativen entwicklungspolitisch tätigen Organisationen in Österreich. Insbesondere konservative PolitikerInnen der *ÖVP* wie Andreas Khol waren ausdrückliche Gegner der Sandinistischen Revolution in Nicaragua und verteidigten die aggressive US-Außenpolitik. Auseinandersetzungen gab es etwa über die Ernennung eines deutschen Somoza-Anhänger zum österreichischen Honorarkonsul in Managua, was letztlich durch den politischen Druck der Solidaritätsbewegung verhindert werden konnte.

Schliesslich ist die Geschichte der österreichischen Solidaritätsbewegung nicht abgeschlossen. Elemente dieser Bewegung leben weiter in der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung. Ein Indiz dafür ist die personelle Überschneidung: Personen, die schon in der Nicaragua-Solidaritätsbewegung aktiv waren, sind es auch heute wieder in dieser neuen Bewegung. Solche Kontinuitäten herauszuarbeiten verspricht spannende Erkenntnisse.

Literaturverzeichnis

I. Primärquellen der Diskursanalyse

Dohnal, Johanna (1986): Nicaragua im Würgegriff; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 1, Seite 26, 27.

Gabriel, Leo (1984): Miskitos – Prügelknaben der Revolution? Zur Auseinandersetzung über die Lage an Nicaraguas Atlantikküste; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 7-8, Seite 36.

Gabriel, Leo (1989): Verteidigung der Würde. Zehn Jahre Revolution in Nicaragua; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 6, Seite 5-7.

Gusenbauer, Alfred / Kopeinig, Margaretha (1980): Nikaragua – Triumph eines Befreiungskampfes oder das Bündnis von Christen und Sozialisten; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 18, Seite 6, 7.

Hörtner, Werner (1979): Nicaragua – Kulturminister Ernesto Cardenal auf Besuch in Wien; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 5-6, Seite 16, 17.

Hörtner, Werner (1983): Nicaragua – die gefährdete Revolution. Bewußtsein – kulturelle Identität – Selbstbestimmung; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 6, Seite 7, 8.

Hörtner, Werner (1984): Unter Geiern. Die Revolution ist bedroht; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 12, Seite 5-7.

Hörtner, Werner (1985): Der alltägliche Krieg; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 9, Seite 21, 22.

Hörtner, Werner (1987): Die Seelendusche des Salman Rushdie, Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 5, Seite 38.

Kemptner, Joe (1982): Nicaraguas nächstes Nadelöhr; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 3, Seite 34, 35.

Klosius, Hermann (1983): Im Sold des CIA. Die US-Regierung finanziert Nicaraguas Konterrevolution; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 5, Seite 40.

Krims, Adalbert (1985): Hoffnung gegen alle Hoffnung, Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 12, Seite 23.

Leonhard, Ralf (1986): Die Folgen der Kriegswirtschaft. Zum 7. Jahrestag der Revolution am 19. Juli; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 7-8, Seite 10, 11.

Leonhard, Ralf (1989): Ist die Revolution am Ende?; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 6, Seite 7.

Lessmann, Robert (1989): Zehr Jahre Wirtschaftspolitik gegen den Strom; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 6, Seite 8, 9, 11.

Schädler, Ingolf (1981): Eine Krise mit politischem Hintergrund. Zum Stand der wirtschaftspolitischen Entwicklung in Nicaragua; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 12, Seite 32, 33.

Steger, Gerhard (1984): „Die Revolution ist ein Mädchen mit Herz“. Eindrücke aus dem gefährdeten Nicaragua; Entwicklungspolitische Nachrichten Nr. 1, Seite 32, 33.

II. Sekundärliteratur

Die Entwicklungspolitischen Nachrichten. Was sie waren; wie sie wurden, was sie sind; in: EPN 6/82, Seite 11.

Freda Meissner-Blau: Neue Obfrau. Wechsel an der ÖIE-Spitze; in: EPN 7-8/84, Seite 15.

Balsen, Werner / Rössel, Karl (1986): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln.

Bayertz, Kurt (1998): Begriff und Problem der Solidarität; in: *Bayertz, Kurt (Hg.) (1998):* Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main (Seite 11-53)

Franz, Margit (1993): Venceremos - auch hierzulande?: Österreichs Entwicklungszusammenarbeit mit dem sandinistischen Nicaragua. Graz (Dipl.).

Franz, Margit (2006): Austria's Solidarity with Sandinista Nicaragua, 1979-1990; in: Klaus Eisterer/Günter Bischof (Hg.): Transatlantic Relations. Austria and Latin America in the 19th and 20th Centuries. Innsbruck.

Gabriel, Karl: Solidarität – Begriff, Geschichte, Differenzierungen;

[http://egora.uni-muenster.de/fb2/ics/\(Solidarit_344t_-_Modulforum_-_Begriff,_Geschichte,_Differenzierungen\).pdf](http://egora.uni-muenster.de/fb2/ics/(Solidarit_344t_-_Modulforum_-_Begriff,_Geschichte,_Differenzierungen).pdf) (22.4.2007)

Hierlmeier, Josef (Moe) (2002): Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua. Stuttgart.

Höll, Otmar (1992): Entwicklungspolitik; in: Herbert Dachs/Peter Gerlich u.a. (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien (2.Aufl.)

Jäger, Siegfried: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse; http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm (22.5.2007)

Jäggle, Martin: Fünf Jahre Ulrich Trinks. Fünf Jahre ÖIE. Ein Rückblick; in: EPN 9/84, Seite 14.

Kanamüller, Ursula (1992): Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? Möglichkeiten und Grenzen

des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua (1979-1989). München – Wien.

Karges, Rosemarie (1995): *Solidarität oder Entwicklungshilfe? Nachholende Entwicklung eines Lernprozesses am Beispiel der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua*. Münster – New York.

Klosius, Hermann & Schennach, Stefan: EPN-Nummer 100; in: EPN 1/88, Seite 3.

Kößler, Reinhart / Melber, Henning (2002): *Globale Solidarität? Eine Streitschrift*. Frankfurt am Main.

Kovacs, Fritz (1996): *Österreich – Nicaragua. Versuche einer Einflussnahme auf die Politik durch die österreichische Solidaritätsbewegung für Nicaragua (nicht approbierter Entwurf einer Dissertation)*.

Kranz, Peter: *Vor 30 Jahren – Wie alles anfing. Von den Chile-Nachrichten zu den Lateinamerika-Nachrichten*; in: *Lateinamerika-Nachrichten* 348, Juni 2003, Seite 32 – 35.

Kreisky, Eva: *Brüderlichkeit und Solidarität. Maskuline Fahnenworte einer politischen Ethik der Moderne*;

<http://evakreisky.at/2002-2003/theorie/solidaritaet.html> (26.4.2007)

Metz, Karl M. (1998): *Solidarität und Geschichte. Institution und sozialer Begriff der Solidarität in Westeuropa im 19. Jahrhundert*; in: *Bayertz, Kurt* (Hg.) (1998): *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt am Main (Seite 172-194).

Pernerstorfer, Josef: *Förderung entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit*; in: EPN 6/82, Seite 7.

Pilz, Brigitte: *Ein Kind seiner Zeit*; in: *Südwind-Magazin* 10/2004 (Oktober), Seite 33-37.

Schennach, Stefan: *Kreisky folgt Meissner-Blau. Wechsel an der ÖIE-Führungsspitze*; in: EPN 4/86, Seite 2.

Winge, Meinrad: *„Arbeitsplatz ÖIE“ oder „Wie alternativ ist der ÖIE?“*; in: EPN 6/82, Seite 8.

III. Interviews

Interview mit Leo Gabriel vom 26.5.2007

Interview mit Werner Hörtner vom 3.5.2007

Interview mit Hermann Klosius vom 30.5.2007

Interview mit Margaretha Kopeinig vom 30.4.2007

Interview mit Ralf Leonhard vom 17.4.2007

IV. Online-Ressourcen

25 Jahre Südwind/ÖIE;

<http://www.oneworld.at/swagentur/detail.asp?showmenu=yes&fr=&b=50&ID=5190> (9.10.2006)

Die Geschichte des Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik;

<http://www.oneworld.at/suedwind.agentur/oeie.htm> (9.10.2006)

<http://www.czernin-verlag.com/czerninverlag/authorshow.xml?id=6> (15.3.2007)

<http://www.suedwind-magazin.at/start.asp?artid=2864&ausg=200405&b=0&artart=> (15.3.2007)

<http://www.austria.gv.at/site/3332/default.aspx> (2.10.2007)

[\[salzburg.at/autoren/index.cfm?a_id=1319&detail=2787&select_month=0104\]\(http://www.literaturhaus-salzburg.at/autoren/index.cfm?a_id=1319&detail=2787&select_month=0104\) \(16.3.2007\)](http://www.literaturhaus-</p></div><div data-bbox=)

[\[web.de/php_skripte/detailseite.php?ID=AQ+906753&PHPSESSID=0dceee3fe9338f51550e72f4b4593664\]\(http://www.sokrates-web.de/php_skripte/detailseite.php?ID=AQ+906753&PHPSESSID=0dceee3fe9338f51550e72f4b4593664\) \(16.3.2007\)](http://www.sokrates-</p></div><div data-bbox=)

<http://www.johanna-dohnal.at> (16.3.2007)

<http://www.bmlv.gv.at/wissen-forschung/publikationen/person.php?id=193> (18.3.2007)

<https://www.wienerzeitung.at/DesktopDefault.aspx?TabID=4601&Alias=wzo&cob=259830¤tpage=2> (26.3.2007)

Summary

The central question of this paper is about the discourse of the Austrian solidarity movement with Sandinista Nicaragua – what are the continuities and the breaks of this discourse?. The Sandinista revolution in Nicaragua (1979-90) has high significance for the discourse of the Entwicklungspolitische Nachrichten (EPN), the Austrian magazine for development policy, which I have analyzed. After clarifying, which historical meanings the concept of solidarity had, I go on to discuss the Austrian solidarity movement with Nicaragua and its political activities. What follows, is the portrayal of some institutions and people of the Austrian development policy „scene“, which influenced the discourse. Afterwards, I analyze the content and formal structure of the EPN. Finally, I analyze a sample of selected articles of the EPN.

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die Frage nach dem Diskurs der österreichischen Solidaritätsbewegung mit dem sandinistischen Nicaragua – welche Kontinuitäten und welche Brüche gibt es dabei? Die sandinistische Revolution in Nicaragua (1979-90) hat eine wichtige Bedeutung für den Diskurs der Entwicklungspolitischen Nachrichten (EPN), dem österreichischen Magazin für Entwicklungspolitik, das ich analysiert habe. Nach der Bedeutungskklärung des Begriffes Solidarität diskutiere ich die österreichische Solidaritätsbewegung mit Nicaragua und deren politische Aktivitäten. Es folgt die Darstellung einiger Institutionen und Personen der österreichischen entwicklungspolitischen „Szene“, die den Diskurs beeinflusst haben. Danach analysiere ich Inhalte und formale Struktur der EPN. Zuletzt untersuche ich eine Stichprobe von ausgesuchten Artikeln der EPN.

LEBENS LAUF

Persönliche Daten

Name: Alexander Stoff
Adresse: Meidlgasse 13/7/13, 1110 Wien
Telefon: 01/913 55 96
Email: latinska@gmx.net
Geburtsdatum: 17.02.1976
Familienstand: ledig

Ausbildung

1982-1986 Volksschule, 1110 Wien
1986-1994 Gymnasium, 2320 Schwechat
1994 Matura
1995-2007 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien